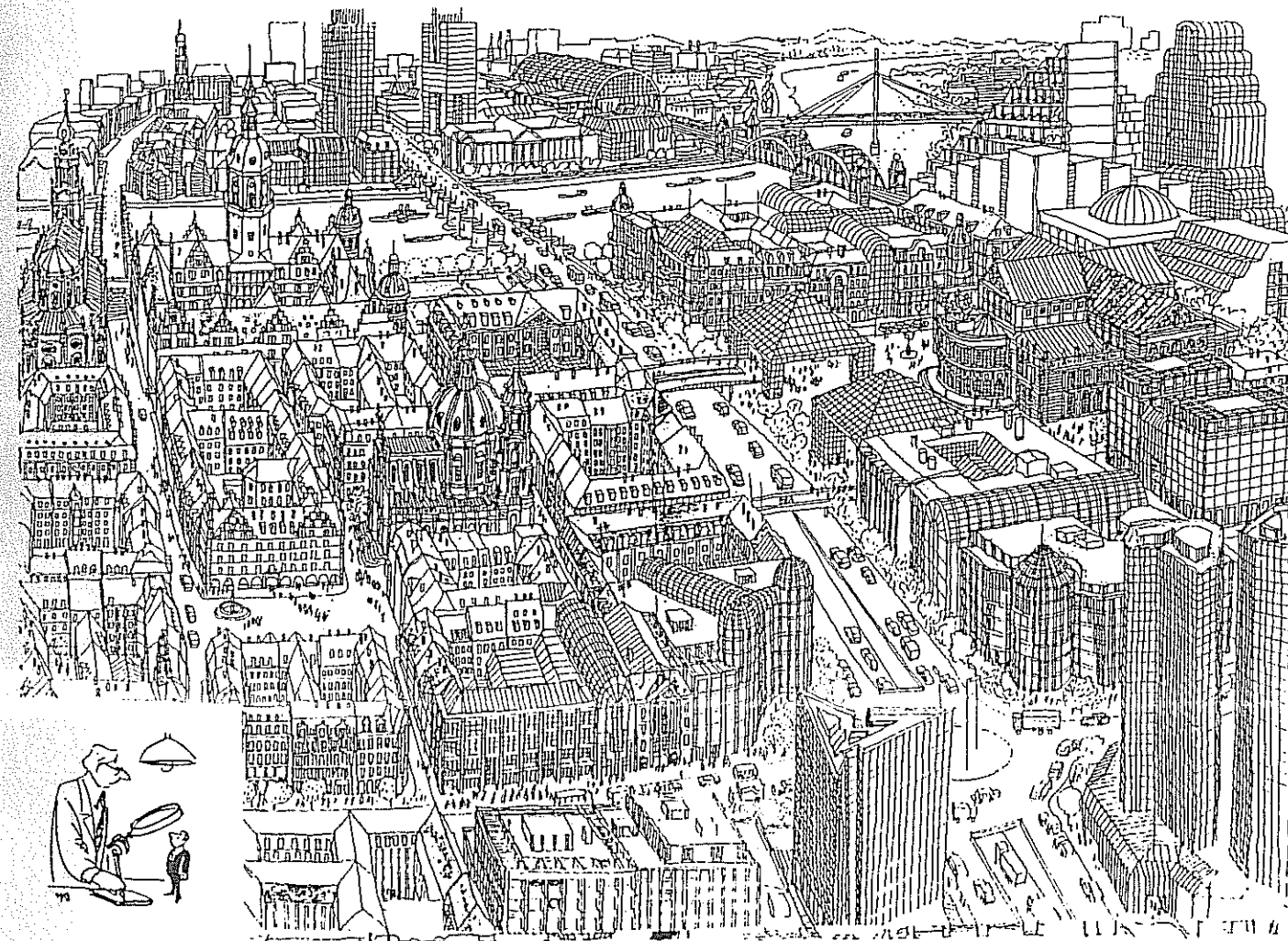


Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie

6. Jg. Nr. 1
Juli 1991



Herausgegeben im Auftrag der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für
Soziologie von Wendelin Strubelt, Bonn

V o r w o r t

Diese Ausgabe des Nachrichtenblattes dokumentiert in Teilen die Vorträge des ersten gemeinsamen Treffens der beiden noch existierenden Sektionen für Stadt- und Regionalsoziologie in Deutschland. Ihre Fusion steht für den Herbst an. All dies sind inzwischen - fast - normale Vorgänge, auch wenn die Normalität für die Kolleginnen und Kollegen der ehemaligen DDR noch nicht eingekehrt ist. Ihre beruflichen Aussichten sind häufig noch ungewiß. Es wird noch - an den Universitäten - abgewickelt und neu konzipiert - vor allem bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. So schlägt der Wissenschaftsrat vor, im Bereich Brandenburg ein Institut für Stadt- und Regionalentwicklung und in Dresden ein Institut für ökologische Raumplanung zu gründen.

Aber auch für uns aus der alten Bundesrepublik ist nicht alles mehr normal, eben weil wir uns an diese neue Normalität noch nicht gewöhnt haben. Sie ist noch zu neu. Und gerade im Bereich der Stadtsoziologie, unserem hauptsächlichen Forschungsgegenstand, steht uns mit der Entwicklung Berlins noch einiges an Ungewöhnlichem ins Haus. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Sektion und das Nachrichtenblatt nicht auch zu Foren der hektischen Diskussion würden, wie es jetzt in vielen Organen bezogen auf Berlin der Fall ist, wohl aber doch Zentren der soliden analytischen und konzeptionellen Diskussion über beabsichtigte und erwünschte, vor allem aber auch unerwünschte Folgen dieses weiteren gesellschaftlichen Großexperiments. Der räumliche Niederschlag gesellschaftlicher Prozesse ist ein eminent wichtiger Problembereich und es sollte vermieden werden, daß dies nur unter ökonomischen Gesichtspunkten analysiert und bewertet wird.

Wichtiger, nochmaliger Hinweis:

Ich weise nochmals darauf hin, daß ich nur noch Material zur Veröffentlichung akzeptieren kann, das reproduktionsfähig, d.h. auch platzsparend geschrieben ist. Mir ist es nicht möglich, schlecht kopierte oder nicht reproduktionsfähige Text neu schreiben zu lassen. Sie werden zukünftig ohne zusätzliche Information meinerseits an die Absender - nolens volens - in den Papierkorb wandern. Dafür bitte ich um Verständnis und Beachtung.

Wendelin Strubelt

Bonn, im Juli 1991

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 31. Oktober 1991

Schicken Sie Ihre Beiträge bitte an die folgende Adresse der Redaktion:

Wendelin Strubelt
c/o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Postfach 20 01 30

5300 Bonn 2

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. <u>Berichte und Ankündigungen aus der Sektion</u>	
- Hinweis auf die nächste Sitzung der Sektion am 25./26. Oktober 1991	3
- Dokumentation des ersten gemeinsamen Treffens der Sektionen Stadt- und Regionalsoziologie der DGS und der GfS	6
-- 1. Programm	6
-- 2. Dokumentation der Referate	7
o Harald Bodenschatz: Wendezeiten: Begegnungen mit der Stadtsoziologie in der (ehem.) DDR	7
o Jens S. Dangschat: Die Situation des Mittelbaus in der Stadt- und Regionalsoziologie	15
o Hartmut Häußermann: Wissenschaft und Politik	18
o Marianne Rodenstein: Über die Frauenforschung in die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie	21
o Wendelin Strubelt: Meine Erfahrungen im deutschen Einigungsprozeß	24
o Sigrun Kabisch: Zur Geschichte der Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Leipzig	31
o Christine Hannemann: Die "Platte" im Kontext der gesellschaftlichen Ideologie der DDR	33
o Siegfried Grundmann/Ines Schmidt: Migration in und aus Ostdeutschland	37
o Richard Pieper: Dezentralisierung und Regionalisierung sozialer Dienste auf Stadtteilebene	43
o Sigrun Kabisch: Informationen zum Forschungsvorhaben Arbeitsmarktentwicklungen und regionale Mobilität bei Massenentlassungen und Betriebsstillegungen in den neuen Bundesländern - Am Beispiel Rostock und Borna	47
-- 3. Teilnehmerliste	49
II. <u>Berichte / Informationen / Hinweise</u>	
- H. Bertram, E. Esser, U. Gerhardt, B. Giesen, K.-U. Mayer, H. G. Soeffner, J. Weiss, A. Weymann: Zur Lage des Fachs: Heskemer Protestation	51
- Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute: Resolution	55
- Diverse Hinweise	56

Seite

III. Forschungsprojekte

- Ulfert Herlyn: Informationen zum Forschungsprojekt Wandel der Lebenswelt einer Mittelstadt im gesellschaftlichen Umbruch 61
- Universität Dortmund
- Christine Hannemann/Stephan Kathke: Soziologische Stadtteilforschung in Moskau-Teplui Stan 67
- Hiltrud Burwitz, Henning Koch, Thomas Krämer-Badoni: Vier Wochen ohne Auto 71

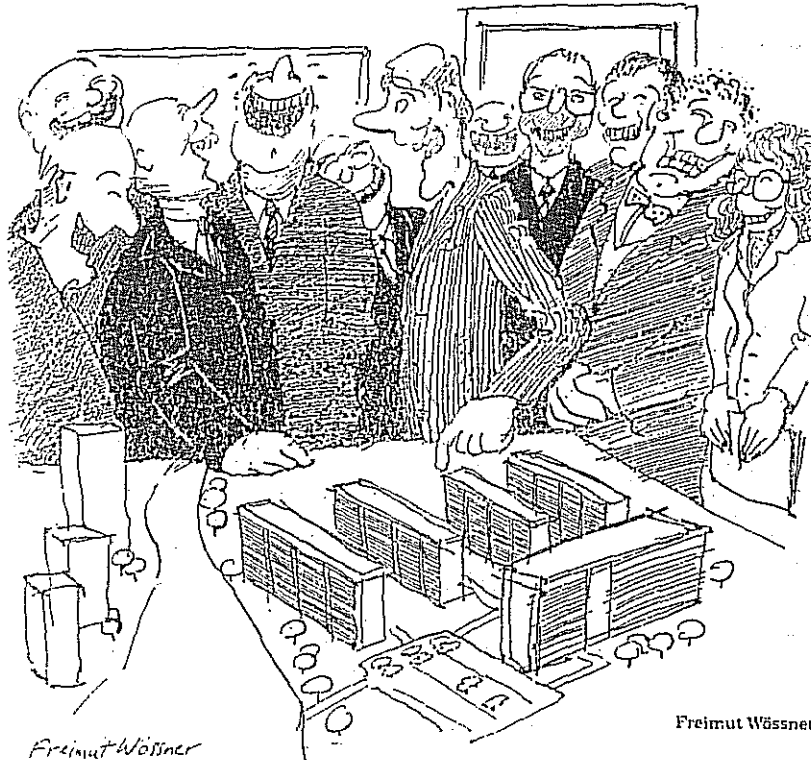
IV. Lehrveranstaltungen

- Universität Dortmund 89
- Universität Bremen 90

V. Literatur-Hinweise

- Diverse Literaturhinweise 91
- Auszug aus den "Schnellinformationen" der BfLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek 100

Meine Damen und Herren Stadträte,
falls jemand von Ihnen hier einziehen
will — noch können wir Reservierungswünsche berücksichtigen.



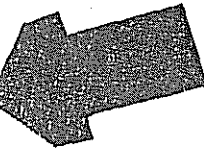
Freimut Wössner

Freimut Wössner

Aus: Süddeutsche Zeitung Nr. 160 (13./14.07.1991)

I. Berichte und Ankündigungen aus der Sektion

Nächste Sitzung der Sektion am 25./26. Oktober 1991



Auf der Sektionssitzung in Weimar wurde beschlossen, die nächste Sitzung der Sektion am 25/26. Oktober 1991 (voraussichtlich in Leipzig) abzuhalten. Dabei sollen zwei Themenschwerpunkte diskutiert werden: I. Folgen des Prozesses der Vereinigung der beiden deutschen Staaten; II. Die Beschreibung von Lebens- und Wohnformen in der ehemaligen DDR.

I. Der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird räumliche Strukturen, politische Prozesse, staatliche Strategien und die Alltagsorganisation in der ehemaligen DDR, aber auch in der Bundesrepublik verändern. In diesem Themenschwerpunkt sollen Untersuchungsansätze zu den Folgen dieses Prozesses vorgestellt werden. Mögliche Themen könnten sein:

- Wohnungsversorgung und Wohnungspolitik,
- regionalökonomische Entwicklungen und Veränderungen des Stadtsystems (inklusive Bedeutung der Hauptstadtproblematik),
- Wanderungsprozesse,
- Fallstudien: Was verändert sich in Regionen, Städten bzw. Stadtteilen.

Zu allen diesen Themen sollten auch die Rückwirkungen auf die alte BRD und die Konsequenzen für die neue politische und gesellschaftliche Situation diskutiert werden.

II. Auf der Sektionssitzung in Weimar wurden einige Ansätze zur Aufarbeitung von wissenschaftlichen und politischen Konzepten im Bereich von Stadt- und Regionalentwicklung der ehemaligen DDR vorgetragen. Dabei hat sich gezeigt, daß einerseits erhebliche Informationsdefizite auf Seiten der westlichen Teilnehmer bestanden, andererseits, daß die Theorien, Methoden und Wirklichkeitsbeschreibungen, die in der ehemaligen DDR entwickelt wurden, noch kritischer Rezeption bedürfen.

Fragen, die in diesem Themenschwerpunkt diskutiert werden sollten, sind:

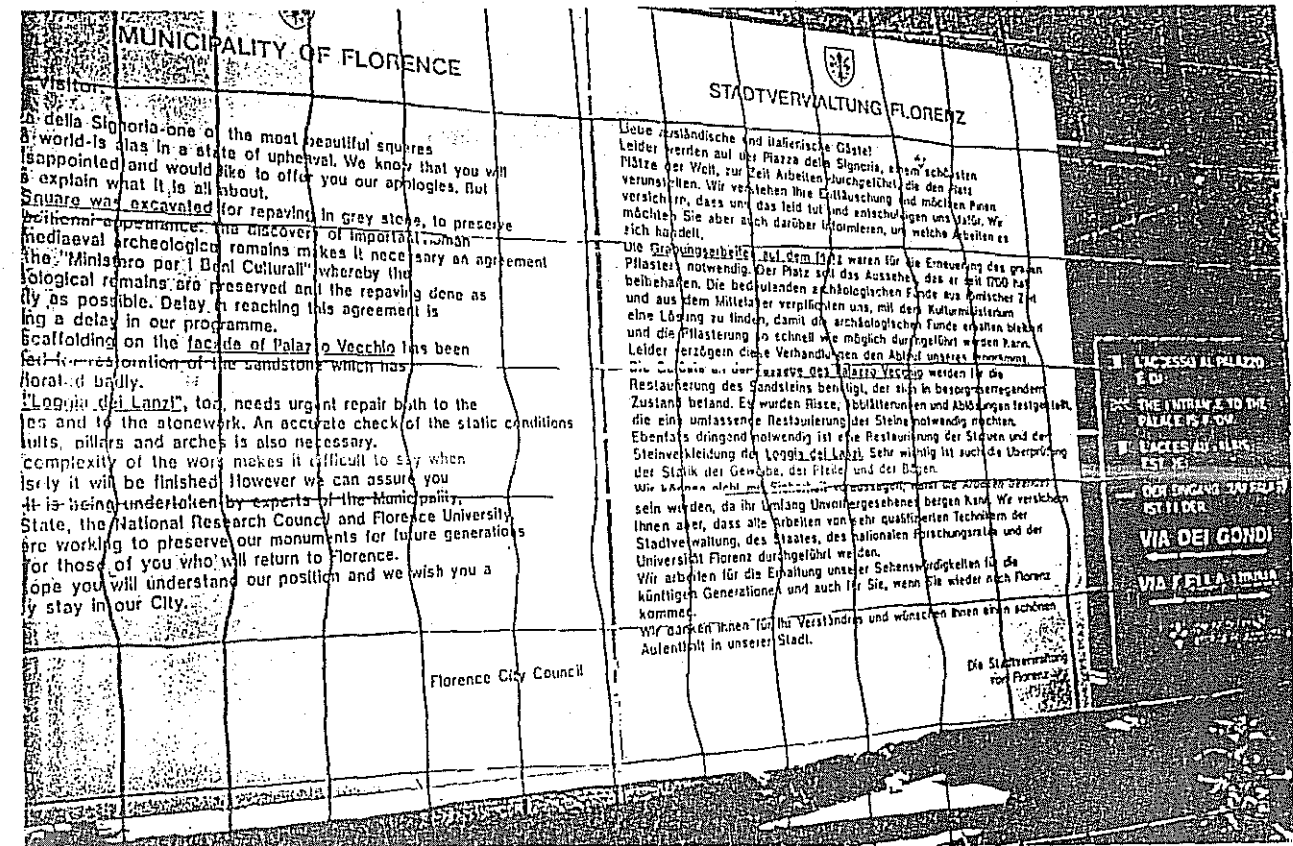
- Was war in der ehemaligen DDR "besonders"? Insbesondere: Was ist unter der Kategorie der "sozialistischen Lebensweise" zu verstehen?
- Welche "neuen" Wohnformen und Lebensweisen haben sich in der ehemaligen DDR entwickelt?
- Was verändert sich an den Lebens- und Wohnformen, warum verändert sich dies, was bleibt, was sollte bleiben?
- Wie hat sich die gesellschaftliche Stellung der Frauen in Arbeits- und Wohnbereich entwickelt? Wie verändert sie sich jetzt?
- Welche Rolle haben soziale Netze, informelle Ökonomie und Nachbarschaften gespielt? Wie sahen die Versorgungsstrategien der privaten Haushalte aus, wie verändern sie sich?

Soziologentag 1992

Vom 28. September bis 2. Oktober 1992 findet der nächste deutsche Soziologentag in Düsseldorf statt. Die Sektion hat beschlossen, einen Vorschlag zur Gestaltung einer Plenarveranstaltung an den Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu richten. Im Mittelpunkt soll dabei die Frage stehen, wie sich in verschiedenen europäischen Ländern periphere Räume herausgebildet haben, wie ihre Entwicklung zu beschreiben ist, welche politischen Strategien dazu entwickelt worden sind, und welche Wirkungen solche Politiken hatten? Hintergrund dieses Vorschlages ist die heute noch nicht abzusehende Entwicklung in der ehemaligen DDR, für deren Zukunftsperspektiven es durchaus kontroverse Ansichten gibt: zum einen die These, die ehemalige DDR werde auf lange Zeit ein peripherer Raum innerhalb des neuen Deutschland bleiben, zum anderen die These, das die Niveau bei Einkommen und Infrastrukturausstattung in der ehemaligen DDR werde innerhalb weniger Jahre an dasjenige der alten Bundesrepublik angeglichen werden. Da der Soziologentag unter dem Generalthema "Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa" steht,

glauben wir, mit diesem Vorschlag eine Fragestellung vorgeschlagen zu haben, die sowohl innerdeutsche wie europäische Entwicklungsprobleme aufnimmt.

Die Diskussion beider Themenbereiche soll nach bewährtem Verfahren zweistufig erfolgen: zur Oktober-Sitzung sollen Themenvorschläge bzw. Argumentationsskizzen vorgestellt werden, auf der Frühjahrstagung 1992 soll dann anhand ausgearbeiteter Referate diskutiert werden. Wer eine solche Skizze im Oktober vortragen möchte, sollte dies beim Sprecher der Sektion anmelden.



Dokumentation des ersten gemeinsamen Treffens der Sektionen Stadt- und Regional-
soziologie der DGS und der GfS am 3. und 4. Mai 1991 in Weimar

i. Programm

Freitag, den 03.05.1991

Der Fall "Ich" oder Beiträge zur Wissenschaftsentwicklung der Stadt- und Regional-
soziologie in deutschen Realitäten

- B. Bodenschatz: Wendezeiten - Begegnungen mit der Stadtsoziologie der (ehemaligen) DDR
- J. Dangschat: Die Situation des Mittelbaus in der Stadt- und Regionalsoziologie
- H. Häußermann: Stadtsoziologie und Politik
- I. Spiegel/M. Rodenstein: Entwicklung der Frauenforschung in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie
- W. Strubelt: Meine Erfahrungen im deutschen Einigungsprozeß
- A. Kahl/S. Kabisch: Zur Geschichte der Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Leipzig
- Chr. Hannemann: Die "Platte" im Kontext der gesellschaftlichen Ideologie der DDR
- F. Staufenbiel: Weimarer Stadtsoziologie im Konflikt zwischen Bewohnerinteressen und Baupolitik
- S. Grundmann/I. Schmidt: Migration in, aus und nach Ostdeutschland
- Chr. Weiske: Hierarchie und Solidarität unter Soziologen

Samstag, den 04.05.1991

Projekte in Ostdeutschland

- Chr. Weiske u.a.: Europäische Provinz Weimar
- U. Herlyn/F. Staufenbiel: Veränderung der Lebenswelt in einer Mittelstadt (Gotha)
- R. Pieper: Dezentralisierung und Regionalisierung sozialer Dienste auf Stadtteilebene
- Heil/B. Hunger: Sozialplanung
- B. Hunger: Weiterentwicklung großer Neubaugebiete in den neuen Bundesländern
- Buhtz: Wohnungspolitik und soziale Integration in den neuen Bundesländern
- H. Häußermann/S. Kabisch: Arbeitsmarktentwicklung: Vergleich Borna/Rostock

2. Im folgenden werden die hier eingegangenen Referate dokumentiert.

W E N D E Z E I T E N :
Begegnungen mit der Stadtsoziologie in der (ehem.) DDR

Beitrag zur gemeinsamen Tagung
der ost- und westdeutschen Sektionen
für Stadt- und Regionalsoziologie
in Weimar am 3. und 4. Mai 1991

Harald Bodenschatz, Mai 1991

Mein Beitrag thematisiert einige fragmentarische Anmerkungen zu west-östlichen stadtsoziologischen Begegnungen von Fachleuten und Institutionen. Diese Anmerkungen reflektieren eigene, ausgewählte Erfahrungen - und zwar aus der Optik eines West-Berliners. Dieser Hinweis auf den Ort muß gemacht werden. Ist doch West-Berlin härter, direkter, alltäglicher und ohne Unterbrechung mit dem Prozeß der sog. Vereinigung konfrontiert als manche andere westdeutsche Großstadt. Daß meine Anmerkungen nicht immer die akademische Distanz wahren, möge man mir entschuldigen. Das Thema erlaubt nicht immer eine solche Distanz.

Ausgangspunkt meines Beitrages ist ein Artikel von Mathias Schreiber im Feuilleton der FAZ vom 24. April 1991 zum Bauhaus in Dessau mit dem Titel "Wolzig - Bauhausnöte in Dessau". Dieser Artikel ist deshalb von besonderem Interesse, weil er die Muster des Umgangs mit den Wissenschaften und deren Institutionen in der ehemaligen DDR beispielhaft widerspiegelt, die Muster der Wahrnehmung, der Bewertung und der Schlußfolgerung. Was hat das alles mit Soziologie zu tun? Ich denke, sehr viel: der Direktor des Bauhauses, Professor Rolf Kuhn, ist nämlich Soziologe, und die Polemik des FAZ-Artikels richtet sich gerade gegen den soziologischen Aspekt des Bauhauses.

Mathias Schreiber beschreibt das 1986 nach Jahrzehnten der Mißachtung und Diskriminierung mit Hilfe des Direktors des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, Bernd Grönwald, wiedergegründete Bauhaus als Institution, die nichts weiter gewesen sei "als eine kleine, graue Maus im Dienst an der Weiterbildung sozialistischer Architekten", was umso schwerer wiege, als in der DDR ja überhaupt keine "für unkonventionelles Entwerfen offene Architektenschaft" existiert habe.

Aus welcher Kenntnis ist eine solche Analyse gespeist? Aus einer heute nicht untypischen westlichen Vorverurteilung, aus einer positionellen Sicherheit, die nicht mehr ergründet, abgewogen und belegt werden muß. Wertungen solchen Typs haben Konjunktur, und ich will auch nicht behaupten, daß ihnen prinzipiell jegliche Grundlage fehle. Notwendig ist aber in jedem Einzelfalle eine Recherche, die sich konkreter Kenntnis versichert.

Ich selbst hatte mit dem Bauhaus in Dessau seit 1988 Kontakt, mein Bild dieser Institution ist aber vor allem durch die Teilnahme an dem mehrtägigen 2. Walter-Gropius-Seminar im November 1989 geprägt worden, das just in der Woche stattfand, in der die Mauer in Berlin geöffnet wurde. Thema des Walter-Gropius-Seminars war die Diskussion eines Stadtentwicklungs-

konzepts für Dessau, das den Besonderheiten des Ortes und der Region gerecht werden sollte. Die personelle Besetzung des Seminars war interdisziplinär ausgerichtet, mit Vertretern aus skandinavischen Ländern, und - das war damals noch eine Sensation - aus Israel. Für dieses Seminar lagen zahlreiche Vorarbeiten ebenfalls interdisziplinärer und internationaler Provenienz vor, darunter auch stadtsoziologische Analysen aus der damaligen DDR.

Die Vorarbeiten wie die damaligen Beiträge der KollegInnen aus der DDR zeigten deutlich, daß die heutige Rede von "grauen Mäusen" eine unerträgliche Pauschalisierung und nicht unerhebliche Arroganz aufweist. Das Bauhaus war natürlich eine Institution der DDR und in der DDR, es war aber - so nicht nur mein Eindruck - eine Institution mit Reformanspruch, ein quasi klösterliches Refugium, an dem Reformdiskussionen geführt werden konnten und Reformkonzepte erarbeitet wurden - allerdings im Rahmen des Möglichen und ohne Aussicht auf Realisierung, also für die Schublade. Spielwiese - so mag man einwenden. In gewissem Sinne natürlich Spielwiese, zugleich aber Ort der engen Rahmen der DDR überwindenden Diskussion, Ort der fachlichen Weiterbildung, der Erarbeitung von fachlichem know-how und von Positionen, die nach dem Verfall der DDR einen fruchtbaren Boden für eine Weiterarbeit bereiteten.

Doch zurück zu der Analyse von Herrn Schreiber in der FAZ. Schreiber hat eine klare Vorstellung von seinem Bauhaus im Kopf, von einem Bauhaus, das "möglichst selbstkritisch, klar, geradlinig, lapidar" sein muß, das von "Nietzsches 'gerader Linie'" und vom "Geist der Reduktion" geleitet werden soll. All dies findet er im heutigen Bauhaus nicht wieder. Denn dort, so bemerkt er mit Abscheu, sei die Rede von der Kritik an der "Industrie-Gesellschaft", von der "Teilung der Welt in extrem reiche und extrem arme Regionen", von der "Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen", und dort wird der unsägliche Anspruch formuliert, "alternative Zivilisationsmodelle" zu entwerfen, und dies in "internationaler Kommunikation" und in einer "Kooperation der Disziplinen", der Kooperation von Urbanistik, Design, Architektur, Kunst - und das vergißt Schreiber aufzuführen - der Soziologie. Die Schreckensmeldungen Schreibers gipfeln in dem Facit: "Letztlich gehe es um einen Ausweg aus der Krise des Industrie-Zeitalters."

Mit diesen Stichworten, so meine ich, sind zentrale Themen einer kritischen Soziologie heute angesprochen, Themen, für die nicht nur der Name Ulrich Beck steht. Das ist sicher kein Zufall - ich habe bereits erwähnt, daß der Direktor des Bauhauses Soziologe ist, und darüberhinaus sind noch einige sozialwissenschaftlich orientierte ArchitektInnen und PlanerInnen am Bauhaus tätig. Herrn Schreiber wird es bei einer solchen Orientierung des Bauhauses "schwindelig". Er spricht von "großspurigem Schwatzen-Konzept", vom Unterschreiten des "Reflexionsniveaus einer mittelmäßigen Fachhochschule der 70er Jahre", von "wolkigem Wust aus 'alternativen' Phrasen, Politologenchinesisch, Selbstverständlichkeiten und" - jetzt kommt die Keule - "mühsam gewendeter Parteiprogrammatik", von "abstraktem Welterlösungsprogramm". Das Programm wirke, so offensichtlich der Gipfelpunkt der Analyse, "als hätten ein paar westdeutsche 'Fundis' der Grünen es aufgesetzt". Fachhochschulniveau, Wendehalsprogramm,

grüner Fundamentalismus - da hat sich doch wirklich eine ganz einmalige Giftküche zusammengebraut.

In der Tat, darüber kann kein Zweifel bestehen, ist das neue Programm des Bauhauses keine Kopie des alten Bauhausprogramms. Natürlich war auch und gerade das alte Bauhaus ein Hort der Weltverbesserung, eine Schmiede zur Produktion der vergötterten Moderne, der Siedlungen der Moderne, des modernen Wohnens, des modernen Menschen, mit einem dem Anspruch nach sozialorientierten und sozialwissenschaftlich argumentierenden Programm, dessen Begründung sicher nicht frei von extrem fundamentalistischen Zügen war. Das neue Programm kritisiert implizit die Technikgläubigkeit des alten Bauhauses, die Respektlosigkeit vor den baulich-räumlichen Zeugnissen der Geschichte, vor der lokalen Kultur und Natur, es versucht, ein neues Leitbild vor dem Hintergrund der Erfahrungen des alten Bauhauses zu formulieren, das etwa in der Konzeption des "Industriellen Gartenreiches" für die Region Dessau-Wittenberg-Bitterfeld erste Konturen gewonnen hat. Diese Konzeption zielt auf die Vermittlung der beiden bisher gegensätzlichen gesellschaftlichen Kulturen, der Kultur des aufgeklärten absolutistischen Gartenreiches und der Kultur der modernistischen Industrielandschaft.

Eine solche programmatische Neuorientierung ist ein ungemein schwieriger, komplexer Prozeß, eine Aufgabe, deren Dimension am Bauhaus sicher noch nicht von allen erkannt worden ist. Natürlich genügt es nicht, ein neues Programm zu verkünden. Notwendig ist eine öffentlich nachvollziehbare, über einen längeren Zeitraum gehende Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Programm des alten Bauhauses vor dem Hintergrund heutiger Problemsicht, eine Auseinandersetzung, die nicht mit einem Programm und mehreren Zeitschriftenaufsätzen abgehakt werden kann, sondern gewaltiger soziokultureller Anstrengungen bedarf, die die Kraft der Bauhausmitarbeiter allein übersteigen. Mit dem geplanten kulturellen Projekt Bauhausstadt für die Jahre 1992/93 ist diese Anstrengung aber bereits in ein operationalisierbares Konzept transformiert worden. Für ein solches Projekt bedarf es natürlich nationaler und internationaler Unterstützung und Zusammenarbeit, und diese hat auch bereits begonnen. Ich möchte nur die ersten Schritte in Richtung einer Kooperation mit der IBA-Emscher-Park erwähnen.

Nichts darüber in dem Artikel von Mathias Schreiber. Für seine Vision vom Bauhaus als einem Ort für Künstlerarchitekten, die nicht durch programmatische Bande gefesselt werden sollen, ist das alles auch ohne Belang. Seine Schlußfolgerung lautet, und das ist vielleicht das Charakteristischste an seiner Sichtweise aus dem fernen, reichen Frankfurt: Kopf ab, Abwicklung des Personals, insbesondere Abwicklung des Direktors. Sein Artikel schließt mit den Worten: "Auf den Weg dorthin", gemeint ist zu dem Bauhaus seiner Vorstellung, "führen wohl kaum bessere Vorsätze, sondern nur bessere Leute" - also keine Weltverbesserer, keine Befürworter einer Auseinandersetzung mit den problematischen Folgen der Industriegesellschaft, keine Vertreter einer sozialwissenschaftlich fundierten Gestaltungsweise.

Ich habe die den notwendigen und berechtigten programmatischen Streit weit überziehende Polemik gegen das Bauhaus in Dessau nicht nur deshalb angesprochen, weil ich diese Institution etwas

näher kenne - etwa durch meine Gastdozentur am Bauhaus im Wintersemester 1990/91 und durch meine Beratungstätigkeit für das Konzept "Industrielles Gartenreich", sondern weil mit dieser Polemik einige Grundsatzprobleme west-östlicher wissenschaftlicher Zusammenarbeit aufgeworfen werden. Aber nicht nur das: die Polemik - so meine These - spiegelt zugleich die Lage, Einschätzung und Bedeutung der Stadtsoziologie in der alten Bundesrepublik wider. In diesem Sinne ist der Artikel nicht nur als Angriff auf den soziologischen Aspekt des Bauhauses zu begreifen, sondern auf den Beitrag der Soziologie zu Architektur und Städtebau überhaupt. Denn der FAZ-Artikel transformiert m.E. die bei uns seit den 80er Jahren vor allem in Kreisen der Architekturszene zu beobachtende Geringschätzung der Stadtsoziologie auf die Verhältnisse in den neuen Bundesländern. Diese Geringschätzung ist in erster Linie Ausdruck des nicht nur fremdverschuldeten Bedeutungsverlusts der Stadtsoziologie in der alten Bundesrepublik. Ob ihre Transformation auf Institutionen der neuen Bundesländer auch etwas mit dem anderen Profil dieser Teildisziplin im Osten zu tun hat, mit einem Profil, das Ausdruck der Zwänge und Möglichkeiten dieser Gesellschaft war, ist nicht sehr wahrscheinlich - setzt sie doch eine genauere Kenntnis der Rolle der Stadtsoziologie in der ehemaligen DDR voraus.

Was sind aber die Besonderheiten der "östlichen" Stadtsoziologie? Augenfällig war es nicht nur für mich, daß diese Teildisziplin in der späten DDR eine sehr viel stärker akzentuierte praktische, sozialpolitische Orientierung hatte. Ich verweise nur auf die zahlreichen stadtbezogenen Arbeiten, die im Dunstkreis der Weimarer Stadtsoziologie entstanden sind, etwa die Arbeiten über Magdeburg, Brandenburg, auf die sog. kommunalen Praktika von Studenten, die solche Arbeiten begleiteten, darunter auch ein Praktikum zu Dessau. Diese ortsbezogenen Arbeiten waren praktisch orientiert, zugleich aber praktisch folgenlos, weil sie Alternativen zur Diskussion stellten, die der dominanten Praxis widersprachen, und weil sie keine Kraft hatten, die dominante Praxis zu reformieren. Zugleich waren sie nur in einem sehr eingeschränkten Sinne öffentlich, d.h. beschränkt zugänglich und kein Gegenstand einer öffentlichen Diskussion vor Ort.

Wer sich die Mühe macht, in diese Studien auch einmal hineinzulesen, über die einleitenden Teile hinaus, wird finden, daß im Rahmen solcher Stadtporträts doch eine weitgehende Kritik an der zerstörerischen städtebaulichen Praxis der Verantwortlichen möglich war, eine Kritik an dem Verfall der alten Städte, an der verfehlten Kahlschlagorientierung der 60er Jahre, an der verfehlten ausschließlichen Orientierung am Plattenneubau seit den 70er Jahren. Nicht möglich war eine differenzierte Analyse der Hintergründe dieser Fehler, eine Kritik des um die großen Baukombinate sich rankenden Interessenblocks und dessen Wirkungsweise. Doch solche Lücken wird man auch in jeder Vorbereitenden Untersuchung nach Baugesetzbuch in unserem Lande finden. Gerade wenn man diese Stadtporträts mit den soziologischen Aspekten unserer Vorbereitenden Untersuchungen vergleicht, dann muß man zugeben: die Stadtporträts müssen nicht versteckt werden, sie bieten inhaltlich und methodologisch Stoff für weitere Diskussionen. Diese Einschätzung gilt m.E. in gleicher Weise für manche Arbeiten auf zentraler Ebene, etwa in der

Abteilung Städtebauprognose des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie.

Die Produkte all dieser sozialwissenschaftlich orientierten Institutionen sind heute aber pauschal entwertet, sie tragen das Stigma einer realsozialistischen Sprache und werden von westlicher Seite oft ohne nähere Betrachtung als unwissenschaftlich angesehen und mit Nichtbeachtung bestraft. Ich möchte nur darauf verweisen, daß etwa die stadtsoziologische Studie über Brandenburg den dort in der Stadterneuerung heute Verantwortlichen bis vor kurzem nicht einmal bekannt geworden ist. Dies ist in doppelter Hinsicht bedauerlich: Zum einen wäre es doch wichtig, im Sinne der Mobilisierung endogener fachlicher Kapazitäten eine differenzierte Diskussion und Einschätzung dieser Art der Stadtanalyse in Gang zu setzen; zum anderen eröffnet die Existenz dieser Studien auch einige Möglichkeiten der Längsschnittanalyse des Wandels gesellschaftlicher Verhältnisse in den Städten der ehemaligen DDR.

Ich möchte damit nicht behaupten, daß all diese Arbeiten dem Kanon unseres Verständnisses einer kritischen Stadtsoziologie entsprechen: Das wäre auch ein idealistischer Anspruch. Diese Arbeiten hatten keine Möglichkeit, über wissenschaftliche Grundsatzdiskussionen in die öffentliche Meinungsbildung kultureller Wertemuster einzugreifen, und sie hatten keine Möglichkeiten, durch lokale strategische Konzeptionen die kommunalpolitische Diskussion zu bereichern. Zudem war der internationale Erfahrungsaustausch äußerst beschränkt, aber nicht vollständig ausgeschlossen, wie gerade die Bauhauserfahrungen zeigen. Die Beschränkungen aber erschwerten eine methodologische und vor allem theoretische Diskussion, eine Auseinandersetzung und Weiterentwicklung dieser für das Epitheton "Wissenschaftlichkeit" bei uns so wichtigen Felder.

Daß die Kultur der Diskussion in der DDR derjenigen bei uns nicht entsprach, steht wohl außer Zweifel. Daß aber die Sensibilität in Fragen des Umgangs mit gesellschaftlichen Zwängen und das fachliche, handlungsorientierte Engagement durchaus auch als positive Beiträge gewertet werden können, wird oft übersehen. Meine Erfahrung war, daß gerade manch soziologischer Beitrag in der frühen Wendezeit sich durch ein ausgesprochenes Engagement auszeichnete. Deutlich wurde das etwa bei dem berüchtigten Symposium der Bauakademie der DDR zum Thema "Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung" im Januar 1990, einer Art unverarbeiteten Generalausstieg aus der Vergangenheit und einer Huldigung an die absehbare Zukunft, vor allem eine Huldigung an einen abstrakten Fetisch, an den nicht näher bestimmten und differenzierten "Markt". Dem Ritual der abstrakten Markthuldigung entzogen sich damals nur sehr wenige, darunter in erster Linie die Arbeitsgruppe "Stadtentwicklung und Sozialpolitik", in der sich Soziologen gesammelt hatten. Diese Arbeitsgruppe verwies, unterstützt von Peter Marcuse, auf zentrale Probleme einer pauschalisierenden Marktorientierung, die mögliche Werte der Vergangenheit und Chancen wie Gefahren der Übergangszeit ausklammerte.

Die Stellungnahme der Arbeitsgruppe "Stadtentwicklung und Sozialpolitik" war keineswegs das einzige Beispiel einer eigenständigen östlichen Position, die auf der eigenen

wissenschaftlichen Tradition beruhte und die einer Kooperation mit der westlichen Tradition nicht aus dem Wege ging - im Gegenteil. Mein Eindruck aus Berliner Sicht ist bis heute, daß die Initiativen zu einem Ost-West-Dialog von der östlichen Seite ausgingen, von KollegInnen des Bauhauses, des Instituts für Städtebau und Architektur, der Humboldtuniversität. Mit der zunehmenden Abwicklung der alten DDR-Institutionen ist dieser Dialog schwieriger geworden. Eine Antwort auf diese Schwierigkeiten in Berlin war die Initiative von Siegfried Grundmann, der - zusammen mit dem sozialwissenschaftlich interessierten Architekturtheoretiker Bruno Flierl und anderen KollegInnen - die Gründung eines Vereins vorbereitet hat, der beides zum Ziel hat: die Förderung des inzwischen in Berlin wieder weitgehend versiegten projektübergreifenden Ost-West-Dialogs und die Arbeitsbeschaffung für die in ihren Arbeitsmöglichkeiten bedrohten SoziologInnen. Dieser Verein nennt sich richtig schön akademisch "Verein zum Studium von Veränderungen der Sozialstruktur und des Sozialraums in der Region Berlin".

Die Abwicklung von DDR-Institutionen wirft zahlreiche Fragen auf. Ich möchte hier nur eine davon ansprechen. Ein Ost-West-Dialog - darüber besteht sicher Einigkeit - setzt die Existenz nicht nur östlicher WissenschaftlerInnen voraus, sondern auch die Existenz von wissenschaftlichen Institutionen, in denen sich diese WissenschaftlerInnen weiter entfalten können, Institutionen, die nicht eine neue Form der Subalternität fördern, die Form der aprioristischen Zweitklassigkeit.

Dies ist im übrigen nicht nur aus nationaler Perspektive sinnvoll, sondern auch und vielleicht noch mehr aus europäischer Perspektive. Zur Zeit zerbrechen jahrzehntealte Kommunikationsnetze mit den osteuropäischen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion. Als im März eine Gruppe der TU Berlin im Rahmen der wissenschaftlichen Kooperation Moskau besuchte, wurde sie immer wieder gefragt: Wie steht es um die Bauakademie, wie geht es dem Direktor des ISA, Bernd Grönwald? Nun, die Bauakademie ist gebrochen, Bernd Grönwald hat Selbstmord begangen. Ist es im Sinne einer europäischen Zusammenarbeit, im Sinne der Förderung neuer Beziehungen zwischen Westeuropa und der Sowjetunion, wissenschaftliche Bande ersatzlos zu kappen? Muß hier nicht Ersatz geschaffen werden, und ist dabei nicht die Mitarbeit der östlichen KollegInnen unverzichtbar? Wissenschaftliche Kontakte sind ja nicht nur formelle Akte institutionellen Austauschs, sondern immer auch über konkrete Personen vermittelt. Hier sind jetzt die in der Pflicht, die heute die Verantwortung tragen, also etwa auch die Institutionen, die das Erbe der Bauakademie angetreten haben. Das Problem ist bekannt, zu fragen bleibt, was wann geschieht.

Vielleicht ist bisher der Eindruck entstanden, ich sähe im Ost-West-Verhältnis ausschließlich Probleme auf der westlichen Seite. Diesen Eindruck will ich nicht stehen lassen. Ich habe auch Probleme mit manchen Verhaltensformen der ostdeutschen KollegInnen, Verhaltensformen, die sicher ihre Gründe haben, die mir aber doch diskussionswert erscheinen. Dazu gehören in allererster Linie die Umgangsformen mit den Problemen der Wende selbst, die Schwierigkeiten, diese Probleme auch öffentlich zu verarbeiten.

Unangemessen erschien mir etwa die Tagung Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der ostdeutschen Gesellschaft für Soziologie im November 1990 in Rostock. Diese Tagung stellte sich in keiner Weise den aktuellen Problemen, sondern versandete seltsam zeitlos. Ein anderes Beispiel: kaum nachvollziehbar war für mich die kurzfristige Absage einer Veranstaltung im West-Berliner "Stadttor" zur Thematik der Abwicklung des Instituts für Städtebau und Architektur, eine Absage, die in der Furcht vor einer Verschlechterung der Situation infolge einer öffentlichen Thematisierung begründet schien. Gänzlich unverständlich blieb für mich schließlich das vielfache Schweigen auf den Selbstmord des Direktors des Instituts für Städtebau und Architektur, Bernd Grönwald, obwohl die Bedeutung der Stadtsoziologie in der späten DDR ja nicht ganz unwesentlich mit der Person Grönwalds verknüpft war. Es war dann Bruno Flierl, Opfer der alten Bauakademie, der mit seinem Nachruf in der Bauwelt dieses Schweigen Weise brach. Die ost-westlichen Verhältnisse auf dem Felde der Wissenschaft sind ganz offensichtlich sehr viel härter, als es an der Oberfläche sichtbar wird. Es scheint jedenfalls manchmal, als hätten inzwischen neue Konkurrenzen alte Rivalitäten und Ruppigkeiten längst überlagert. Doch darüber spricht man ja wenig, und schon gar nicht öffentlich.

Ich weiß nicht, ob es unfair war, auch diese letzten Aspekte anzusprechen. Unfair ist es in jedem Falle, wenn nur die östliche Stadtsoziologie Gegenstand unserer Diskussion wäre. Zu fragen ist gleichermaßen: Welche Rolle hat die Stadtsoziologie bei uns gespielt, und zwar nicht nur deren kritische Variante? Was war ihr Beitrag etwa zur Legitimation der Kahlschlag-sanierung, des Baus von Großsiedlungen, der Zerstörung der Identität der historischen Stadt, der Zwangskarrieren der Bewohner, des umweltzerstörenden, technikgläubigen Wachstums? Welche Themen wurden in unserer Forschung bearbeitet, welche ausgeblendet, welche totgeschwiegen? Welches Gewicht hatten unsere kritischen Argumente in der offiziellen Politik? Welche Kompromisse waren dabei nötig? Wie hoch ist der Anteil engagierter, produktiver Wissenschaftler in unseren Institutionen? Ist die Existenz all dieser Institutionen hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Leistung gerechtfertigt? Doch Fragen stellen setzt bestimmte Herrschaftsverhältnisse voraus, Schweigen ebenso.

Wolkig - Bauhaus-Nöte in Dessau

aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.04.1991

Nietzsches Glücksformel "ein Ja, ein Nein, eine gerade Linie, ein Ziel" war auch ein Vorgriff auf die großartigen Vereinfachungen des Bauhauses. Die sich heroisch definierende Reduktion entspricht jener moralischen Besinnung aufs Elementare, die für Nachkriegs- und Nachkrisenzeiten typisch ist: für die Zeiten der Reue und Einkehr. Das Bauhaus wurde nicht zufällig 1919, unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gegründet. Der nach 1925 gebaute Dessauer Gebäudekomplex von Walter Gropius, die Erinnerungen, Maßstäbe und Krisen, die an ihm hängen, gehören zu den Kostbarkeiten, die im vereinten Deutschland jetzt mit vereinten Kräften gepflegt werden sollten. Nach dem katastrophalen Absterben der SED-Diktatur läge es sogar nahe, ein neues Nachdenken über das Bauhaus im Geist einer Nachkriegszeit zu wagen: möglichst selbstkritisch, klar, geradlinig, lapidar, was nicht dasselbe bedeuten muß wie technisch-funktional. Es gibt auch eine poetische, verträumte, phantastisch-kindliche Einfachheit - am Bauhaus lehrte nicht nur der nüchterne Gropius, dort lehrten auch Schlemmer, Kandinsky und Klee.

In der ehemaligen DDR hat man, nach anfänglichem Zögern, die Bauhaus-Tradition und ihre gebauten Zeugnisse als kulturelles "Erbe" durchaus gepflegt, nicht zuletzt im wohlwollenden Rückblick auf linke Bauhaus-Meister wie Hannes Meyer. Mitte der siebziger Jahre wurde das Schulgebäude mit dem großzügig verlasteten Werkstatttrakt aufwendig "rekonstruiert", wie man in der DDR sagte. Die Meisterhäuser daneben befinden sich in einem erbärmlichen Zustand, doch sie stehen noch. 1986 wurde aus dem Architekturmuseum wieder eine Bauhaus-Schule mit den Fachbereichen Design, Architektur, Sammlung Bauhaus. Freilich fehlte in der DDR, wo das Bürgerturn als Bauherr ausfiel und wo der serielle Plattenbau nach sozialistischem Plansoll dominierte, eine selbstbewußte, für unkonventionelles Entwerfen offene Architektenschaft, die am heiligen Ort, in Dessau, Ungewöhnliches hätte lehren können. Die neue Institution war nichts als eine kleine, graue Maus im Dienst an der Weiterbildung sozialistischer Architekten.

Deren Leiter vor der Wende, Rolf Kuhn, ist noch immer im Amt. Die Mitarbeiter des Instituts haben ihm kurz vor der Wiedervereinigung bei einer Abstimmung das Vertrauen ausgesprochen, der Mann ist zumindest nicht unbeliebt. Kuhn möchte nun, getreu einem Grundsatzpapier vom September 1990, das Bauhaus als "interdisziplinäre Akademie" mit Werkstatt und wissenschaftlicher Sammlung weiterführen und ausbauen, auch sucht er Geldgeber für die Renovierung der Meisterhäuser. Das Bonner Bauministerium leistet eine Übergangsfinanzierung, das Land Sachsen-Anhalt und die Stadt Dessau haben weitere Unterstützung zugesagt.

Doch was Kuhn und seine Mitarbeiter bisher formuliert haben, ist mitnichten geeignet, das Reflexionsniveau einer mittelmäßigen westdeutschen Fachhochschule der siebziger Jahre zu überragen. Die "programmatische Zielstellung" ist kaum mehr als ein wolkiger Wust aus "alternativen" Phrasen, Politologeneschensisch, Selbstverständlichkeiten und mühsam gewendeter Partei-Programmatik. Der Bösewicht heißt nicht mehr "Kapitalismus", sondern "Industrie-Gesellschaft". Ein "sozio-kultureller Wertewandel" soll sie - nicht mehr revolutionär, sondern "evolutionär" - verändern. Die Bauhaus-Akademie versteht sich vor diesem Hintergrund als eine "sozial polyphone" Kampfschule wider die "Teilung der Welt in extrem reiche und extrem arme Regionen", wider die "Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen", wider die "Konzentrationsprozesse in Wirtschaft, Politik und Medien". Wichtiger als "das originelle Werk" sei "das Problem". Man will "der Macht" keine ornamentalen Dienste leisten, sondern "alternative Zivilisationsmodelle" entwerfen, in "internationaler Kommunikation" und bei strikter "Kooperation der Disziplinen" Urbanistik, Design, Architektur, Kunst. Letztlich gehe es um "einen Ausweg aus der Krise des Industrie-Zeitalters".

Bei all dem allzu gut Gemeinten wird einem schwindelig. Es ist kein Wunder, daß ein sehr potenter westdeutscher Sponsor, der das Bauhaus spektakulär unterstützen wollte, zurückgezuckt ist, als er das großspurige Schwatzbuden-Konzept gelesen hatte. Kuhn und seine Mitformulierer können keine Architekten sein. Sie sind Weltverbesserer. Ihr Programm wirkt, als hätten ein paar westdeutsche "Fundis" der Grünen es aufgesetzt. Anscheinend hat man in Dessau noch nicht davon gehört, daß selbst unter den Grünen sich mittlerweile jene Pragmatiker durchsetzen, die nicht gegen "die Industrie-Gesellschaft", sondern mit ihren Markt-Mitteln und ihrem Einfallsreichtum die Natur schonen und der Dritten Welt helfen wollen.

Gravierender ist ein anderer Einwand: Abstrakte Welterlösungsprogramme, mögen sie auch klarer gefaßt werden, sind der wesentlich anarchischen, melancholisch-vitalen Phantasie von Künstlern, Kunsthandwerkern oder Architekten eher hinderlich. Sie werden seit Jahren tapfer in Loccum oder Tutzing diskutiert, ohne daß daraus auch nur ein einziger aufregender Öko-Stuhl entstanden wäre. Die dröge Programmhüberei hat auch am alten Bauhaus der Kunst geschadet, ähnlich war es nach 1945 bei der Ulmer Hochschule für Gestaltung. Von Nietzsches "gerader Linie" und vom Bauhaus-Geist der Reduktion sind die Dessauer noch Kontinente entfernt. Auf den Weg dorthin führen wohl kaum bessere Vorträge, sondern nur bessere Leute.

Matthias Schreiber

Die Situation des Mittelbaus in der Stadt- und Regionalsoziologie'

Jens S. Dangschat

Die letzte Sektionssitzung in Weimar sollte auch dazu benutzt werden, über grundsätzliche Probleme unserer Profession zu diskutieren. Die Betonung der subjektiven Sicht in diesem Teil der Sektionssitzung scheint mir in dem hier dargestellten Fall nicht angemessen. Die Situation des Mittelbaus und die zukünftigen Möglichkeiten, im Hochschulbereich "Karriere" zu machen, sind derart schlecht, daß die Schilderung in Gefahr steht, personifiziert zu werden und die immanente Kritik damit übergangen wird.¹ Um die Situationsbeschreibung auf eine breitere Basis zu stellen, habe ich eine kleine Befragungsaktion innerhalb der Sektion gestartet. Mit Hilfe von drei halbstandardisierten Fragebögen je einen für ProfessorInnen, Mittelbau und studentische Hilfskräfte) wurden Informationen gesammelt zu den persönlichen Daten, der Art und der Befristung der Stellen sowie die Zahl bisheriger Stellen. Abschließend kam ein Teil über die Einschätzung der eigenen Karriereöglichkeiten und die Sektionsarbeit.

1. Stichprobe und Rücklauf

Dazu habe ich 29 ProfessorInnen angeschrieben (darunter vier Frauen = 14 %). Diese wurden gebeten, neben ihrem Fragebogen auch einen Fragebogen für die "Mittelbauer", respektive auch für die studentischen Hilfskräfte weiterzugeben. Darüber hinaus habe ich 45 Personen aus dem Mittelbau angeschrieben (darunter 11 Frauen = 25 %). Hieraus ergibt sich bereits eine Stichproben-Problematik. Viele, die einmal im Mittelbau waren, sind auf diese Weise nicht mehr erreichbar, d.h. die Ergebnisse unterschätzen die Problematik, heutzutage eine Hochschulkarriere einzuschlagen. Das wird noch unterstützt dadurch, daß alle AnsprechpartnerInnen "im System" stecken, ein Stück noch an diese Karrieremöglichkeit glauben und ihre kognitiven Dissonanzen kleinarbeiten müssen (oder sich in Ironie flüchten, s.u.).

Es antworteten von den angeschriebenen 29 ProfessorInnen 12 (= 21 %), darunter zwei Frauen (50%). Aus dem Bereich des Mittelbaus erhielt ich zehn von 45 Fragebögen zurück (32 %), darunter zwei Frauen (18 %). Hinzu kamen von den weitergegebenen Fragebögen weitere zehn, so daß ich 20 von 55 Fragebögen (35 %), darunter fünf von 11 (35 %) Frauen auswerten konnte. Im Rücklauf ergab sich keine geschlechtsbezogene Auffälligkeit, jedoch eine status-

bezogene: Der Mittelbau war deutlich unterrepräsentiert. Neben den genannten Fragebögen erhielt ich drei von wissenschaftlichen Hilfskräften, so daß ich auf eine Gesamtzahl von 35 Fragebögen kam (zwei Professoren, 20 Mittelbau, drei studentische Hilfskräfte, darunter von neun Frauen = 38 % (2/5/2)).

2. Thesen zur Benachteiligung des Mittelbaus: Der Mittelbau ist mehrfach benachteiligt

2.1 Unsichere Jobs

Die Unsicherheit der Mittelbaustellen besteht in erster Linie in ihrer Befristung, in zweiter Linie in der unter Umständen starken Abhängigkeit von der jeweiligen ProfessorIn.² Die Stellen selbst sind vorwiegend BAT IIa-Stellen (9) gefolgt von den höchstqualifizierten Stellen (CI/IIa/IIb/A14) (7). Es gab nur eine halbe Stelle (BAT IIa/2). Zwei Drittel aller Stellen sind befristet. Die Befristungsdauer scheint allerdings in der letzten Zeit länger geworden zu sein (dies mag auch auf einen Rückgang von üblicherweise auf bis zu zwei Jahre begrenzten Drittmittelprojekt-Stellen liegen). Die Mehrheit der Stellen ist auf vier bis sechs Jahre befristet (6), gefolgt von zwei bis unter vier Jahren (5) und unter zwei Jahren (2). Die sieben nicht befristeten Stellen sind jedoch schon vor geraumer Zeit eingenommen worden; sie sind bis zu 15 Jahre von den jeweiligen Stelleninhabern besetzt. 1984 wurde die letzte befristete Stelle besetzt - mithin in den letzten sieben Jahren keine mehr. Auch die Inhaber der festen Stellen haben vorher eine Reihe von befristeten Verträgen gehabt (bis zu sechs). Die jetzigen auf unbefristeten Verträgen haben in der Regel mindestens vier Projekte bereits hinter sich (7) oder auch fünf Projekte (5). Dazwischen lagen in der Regel längere Phasen der Arbeitslosigkeit, die beispielsweise durch Promotionen überbrückt wurden. D.h. "Erfolg" und Ausweis von Qualifikation ist, viele (unbefristete) Stellen, möglichst nahtlos hintereinander eingenommen zu haben. Das macht es aber nahezu unmöglich, an einem Thema länger zu verweilen und daraus zu promovieren. Die "glatte" Karriere (zumindest Promotion) - noch immer von Stelleninhabern gefordert - verschwindet empirisch oder begrenzt sich auf diejenigen, die nach dem Diplom nichts anderes zu tun hatten und diese Zeit finanziell durchstehen konnten. Das ist "Flexibilisierung" und "Deregulierung" hautnah!

Die Stellen im Mittelbau sind in der Regel nicht ausgeschrieben (nur sechs = 30 %). Die meisten laufen über persönliche Kontakte oder persönliche Initiative. Bemerkenswert ist auch, daß zwei der StelleninhaberInnen ihre Stelle nur deshalb hatten, weil sie den dafür nötigen Projektantrag selbst geschrieben hatten.

Dieser flexibilisierten und in Ansätzen deregulierten Struktur steht die extrem abgesicherte Situation der beamteten ProfessorInnen gegenüber. Zusätzlich sind viele der Mittelbaustellen Bestandteil der Ausstattung der Professoren (über

1) Ich danke allen KollegInnen, die sich an der Fragebogen-Aktion beteiligt haben. Ohne ihre Äußerungen wäre eine solche Darstellung der Berufsperspektive des Mittelbaus nicht möglich gewesen.

2) Ich fühle mich darin durch die Reaktion einzelner auf den Vortrag bestätigt, denn es kamen Vorwürfe wie: "Beamtenmentalität", "Sicherheitsdenken", "Anspruchsdenken" etc., ohne daß Gelegenheit gegeben wurde, darauf zu reagieren. Daß diese Vorhaltungen nun von der Generation kommt, die die jetzige Position unter völlig anderen Bedingungen erreicht hatte, und für die eine "Hochschulkarriere" mindestens eine denkbare, wenn nicht wünschenswerte war, macht umso deutlicher, wie nötig es ist, von den persönlichen Aspekten abzusehen und die strukturellen Bedingungen des Mittelbaus in den Vordergrund zu stellen.

3) Über die Probleme der Abhängigkeit und der Vermischung der Rollen ArbeitgeberIn/ArbeitnehmerIn resp. PrüferIn/PrüfkandidatIn wurde nichts erhoben; dies soll und kann Thema späterer Diskussionen sein. Hier werden dann die individuellen Aspekte auch zu Recht eine Bedeutung erhalten.

Bleibeverhandlungen und Berufungszusagen, d.h. sie haben den gleichen Stellenwert wie der Kopieretat, zusätzliche Computer oder auch SekretärInnenstellen und Hilfskraftstunden. Darüber hinaus müssen die MitarbeiterInnen ihre Qualifikationsarbeiten und ihre zusätzlichen Arbeiten meist ohne Unterstützung von Sekretariaten schreiben, d.h. sie verbringen einen großen Teil ihrer Arbeitszeit vor dem (meist) eigenen PC.

2.2 "Geprellte Generation" (Bordicu)

Neben der Jobsituation ist vor allem der ungünstige Altersaufbau auffällig. Über die Hälfte (11) ist 40 Jahre und älter, weitere fünf sind zwischen 35 und unter 40 Jahre alt. Im Durchschnitt ist der Mittelbau - früher auch "wissenschaftlicher Nachwuchs" genannt - im Durchschnitt 40 Jahre alt. Die Qualifikation besteht vorwiegend im Diplom (11), fünf von ihnen sind promoviert, vier weitere habilitiert. Blickt man auf das Alter der ProfessorInnen, so sind sie im Mittel nur etwa acht Jahre älter, können also nicht "ausgesessen" werden. Schlimmer noch: Im Durchschnitt erreichten diese jetzigen ProfessorInnen ihre Stelle bereits im Alter von 36,7 Jahren, nur drei von ihnen waren 40 Jahre und älter (der jüngste 31, gefolgt von einem mit 32, zwei mit 33 usw.). Dieses macht bereits deutlich, daß die Möglichkeiten, sich auf weiterqualifizierende Stellen zu bewerben, relativ gering sind. Nimmt man auch noch die vor längerer Zeit besetzten festen Stellen im Mittelbau hinzu, so wurde Mitte der 70er Jahre eine Beschäftigtenstruktur geschaffen, die zu Lasten des heutigen "Nachwuchses" geht.

Der Altersaufbau auch in der Professorenschaft führt dazu, daß die nächsten aus Altersgründen frei werdenden Stellen vorwiegend die wenigen C4-Stellen sein werden, also für den Mittelbau nur schwierig erreichbar sind. Die letzte Stelle war vor vier Jahren ausgeschrieben (C3 in Frankfurt) und in der Zwischenzeit gab es nur eine einzige Vertretung (C3 in Oldenburg).

Gegenwärtig scheint die Situation gut zu sein, da sich drei Stellen in der Ausschreibung befinden (zwei C4-Stellen, eine C3-Stelle - alle in Hamburg). Blickt man allerdings auf den Altersaufbau und einen (unter der Annahme einer bis zum 65. Lebensjahr laufenden Dienstzeit) altersbedingten Wechsel, so wird nur eine einzige weitere Stelle (1993) in diesem Jahrhundert frei, die nächste dann erst im Jahre 2001. Dann wird der jetzt in der Stichprobe vertretene Mittelbau im Durchschnitt 50 Jahre alt sein, mithin zu alt, um sich auf eine weiterqualifizierende Stelle bewerben zu können.

Hinzu kommt, daß - in Reaktion auf den sozialen Wandel - in dieser Phase die berechnete Forderung der Frauen auf eine angemessene Teilhabe an beruflichen Karrieren gestellt und in ersten Ansätzen umgesetzt wird. Der männliche Mittelbau dieser Generation - und das ist keine Lamoryanz - wird zusätzlich benachteiligt, weil die jahrelange Geschlechts-Benachteiligung der Frauen gegenwärtig ausgeglichen werden soll. Damit wirkt sich gegenwärtig gegen den Mittelbau eine doppelte Abschottung aus: Frauen dürfen häufiger als früher in den Mittelbau (aber bitte nicht weiter), Männer dürfen seltener in den Mittelbau und die darin befindlichen kommen auch nicht weiter. Diese doppelte Fragmentierung erschwert das Erkennen des Gruppeninteresses, das quer zu

Auch in der Professorenschaft wird Kritik an der Sektionsarbeit laut. Auch hier wird eine Undurchsichtigkeit im Führungsstil bemängelt. Beispielsweise wird mehrfach kritisiert, daß die Beiträge für den Soziologentag undurchsichtig vergeben würden (ein Hinweis auf die Fortsetzung der Konkurrenz auch im Professoren-Stand), daß ein rascherer Führungswechsel vonnöten sei und daß aufgrund der Themenfestlegung ein zu starres Vorgehen vorhanden sei, so daß man nicht flexibel auf neue Themenschwerpunkte reagieren könne. Auffällig ist, daß aus dem Kreis der ProfessorInnen darüber hinaus eher Praktisches und Organisatorisches kritisiert wird. Zum Beispiel wird bemängelt, daß die Referate vorher nicht verschickt werden, daß die Tagungen schlecht vorbereitet seien, daß viele (wohl die bekannten ProfessorInnen) leider nicht mehr kommen und daß die Diskussionen dem jeweiligen Standard nicht entsprächen.

Auf die Frage schließlich, was man in der Sektionsarbeit nun besser machen könnte, gibt es auch zwischen dem Mittelbau und der ProfessorInnenschaft eine unterschiedliche Richtung. Während im Mittelbau mehr Diskussionen mit politischem Interesse gefordert wurde, mehr Infos über laufende Forschungen und mehr Praxisbezug, wird von den ProfessorInnen eine Öffnung zu den Medien verlangt, eine eigene Zeitschrift (sic!) und einen Preis auszuloben. Eine Stimme allerdings beklagt den fehlenden Nachwuchs, insbesondere den männlichen Nachwuchs.

3. Welche Forderungen sind aus Sicht des Mittelbaus ableitbar?

Die erste Forderung ist an den Mittelbau selbst zu richten. Er muß sich seiner gemeinsamen Situation bewußt werden und daraus zu einer eigenen Gruppenvertretung finden. Er muß, auch unabhängig von der offiziellen Sektionsarbeit zu Formen der Vernetzung von Informationen kommen, um daraus wiederum Forderungen in die Sektion hineinzubringen. Darüber hinaus die folgenden Lösungsvorschläge:

1. Verbesserung und Transparenz der Jobsituation: Es wäre eine Job-Vermittlung einzurichten. Sie bestünde aus zwei Teilen. Jedes interessierte Mittelbaumitglied sollte auf einem kurzen Formblatt seine persönlichen Daten über Qualifikationen, inhaltliche Schwerpunkte und Einsatzbereiche nennen, sowie die zeitliche Bindung an bestehenden Projekten. Diese müßten zentral gesammelt werden und mit einem zweiten Teil, nämlich der Anfrage nach Arbeitskräften, kombiniert werden. Dieses müßte an zentraler Stelle gesammelt und fortgeschrieben werden. Darüber hinaus scheint es mir sinnvoll, eine Stellen-Situations-Berichterstattung zu institutionalisieren. Die Fragebogenaktion, auf der die oben geschilderten Ergebnisse beruhen, könnten hier ein erster Schritt sein.

2. Verbesserung der Qualifikationen: Da man in der Regel auf das Wissen einer einzigen ProfessorIn angewiesen ist und diese sich erfahrungsgemäß nicht immer und vor allem um die Fortbildung ihrer MitarbeiterInnen umfangreich kümmern, scheint es sinnvoll, ein zentrales Verzeichnis von Veröffentlichungsmöglichkeiten (Kopien der Informationen an die AutorInnen von Manuskripten), sowie von Tagungen zentral zu sammeln. Es scheint sinnvoll, daß eine Person

der erkannten Geschlechts-Ungleichheit liegt. Wie nötig allerdings die Forderungen der Frauen sind, zeigt deren vermutliche Chancen bei der Vergabe der nächsten Professorenstellen: Da es m.W. gegenwärtig in der (alten) Bundesrepublik keine habilitierte Frau gibt, die nicht mit einer Professur versorgt ist, kann sich an der Männerdominanz unter ProfessorInnen bis ins nächste Jahrtausend nichts ändern.

Entsprechend ist die Wahrnehmung der eigenen Karrieremöglichkeiten. Auf diese Frage eine bezeichnende Antwort: "Wieso Karriere?" Es überwiegen negative Statements: "Ziemlich mies", "überhaupt keine (mehr)", "gegen null", "wegen Themenwechsel und aus Altersgründen eher mäßig" und "ich komme nicht mehr weg" (eines "festen" Mittelbauers). Viele, auch die auf festen Stellen, haben resigniert. Sie sehen realistisch, daß sie nur unter Einschränkung ihrer Interessen, unter einer zu geringen Ausschöpfung ihres Talents sich über Wasser halten können, auf Jobs, die sie nicht mehr fordern und auf denen sie sich nicht weiterqualifizieren können/wollen. So sehen sie eine "Stagnation, aber das ist nicht so schlimm, weil ich einen sicheren Job habe" oder "streben in diesem Bereich keine Karriere mehr an". Nur wenige sind sich über ihre Karriere "unklar" oder finden die Aussichten gar "zufriedenstellend". Vermutlich auf die aktuelle Stellensituation reagierend, sieht einer die Situation "gegenwärtig relativ gut, verglichen mit vor drei bis vier Jahren", ein weiterer ist "voller Hoffnung" und ein dritter schließlich sieht seine Karrierechancen als "gut" an.

Auch die ProfessorInnen wurden gebeten, zu den Karrieremöglichkeiten des Mittelbaus aus ihrer Sicht Stellung zu nehmen. Es überwiegt die Einschätzung, daß dies gegenwärtig schwierig sei, insbesondere im eigenen, dem Uni-Bereich (was können und wollen die ProfessorInnen da tun?). Darunter scheinen einige auch zu leiden: "Katastrophal, da kein Aufbau von unten mehr möglich ist". Weitere sehen durchaus auch die Ursachen aufgrund des Altersaufbaus, denn die Situation für den Mittelbau sei schwierig, weil es "eine Flaschenhalssituation gibt aufgrund der Leute meines Alters". Ein weiterer sieht es "in zehn Jahren besser", vermißt bis dahin jedoch Übergangsregelungen (wie sehen die aus der Sicht von ProfessorInnen aus?). Nur einer scheint sich trotz der Probleme ein sonniges Gemüt bewahrt zu haben. Er sieht die Situation des Mittelbaus als "einigermaßen gut". Er habe praktisch alle in Jobs untergebracht, zwar nicht in dem Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie, und darüber hinaus fast alle in ABM oder in Zwischenlösungen (Zynismus oder Ironie?).

2.3 Die Sektionsarbeit unterstützt in keiner Weise den Mittelbau

Die Strukturen der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie ist selbstverständlich auf das Interesse von ProfessorInnen ausgerichtet. Das schließt die Leitung der Sektion mit ein und geht bis hinein in die Themenwahl. So wird aus Kreisen des Mittelbaus der zentrale Führungsstil kritisiert, der seit Jahren unverändert sei, es seien keine Reformen möglich, es sei eine reine Machterhaltung der ProfessorInnen und eine Klügelwirtschaft. Dies bringe vor allem die seltener auftauchenden KollegInnen (also mehrheitlich den Mittelbau) unter einen erheblichen Darstellungsdruck, der das Konkurrenzdenken auch im Mittelbau fördere. Darüber hinaus werde auch zunehmend ein Kotau vor Frauen und deren Interessen gemacht.

aus dem Vorstand der Sektion [Mittelbaubeauftragte(r)] sich um diese Koordination schwerpunktmäßig kümmern sollte.

3. Das Mitteilungsblatt sollte viel stärker zum Informationsaustausch genutzt werden, das heißt also, die "Marktplatzfunktion" dieses Informationsblattes ist zu stärken: Informationen über laufende und beabsichtigte/beantragte Projekte, Tagungsberichte, rechtzeitige Hinweise auf "call for papers" (alles Dinge, die bei ausbildungs- und weiterqualifikationsinteressierten ProfessorInnen eingefordert werden sollten!). Vielleicht ergibt sich auch eine Möglichkeit, im Rahmen des Nachrichtenblattes gezielt den Mittelbau anzusprechen, eigene, interessant erscheinende Artikel dort der KollegInnenschaft vorzustellen. Das könnte auch der Einstieg sein, daß Mitteilungsblatt mehr zu einem Diskussionsforum zu machen (beispielsweise, wenn Siebel & Häußermann (1991) "gewagte" Thesen zur Stadtentwicklung vorstellen).

Übrigens, wer sich durch diese wenigen Seiten angesprochen fühlt, Kritik zu üben, weitere Vorschläge zur Integration des Mittelbaus oder zur Koordination von Gruppen-Interesse zu machen, die/der ist hiermit herzlich aufgefordert, es zu tun. Kontakt:

J.S. Dangschat, Universität Hamburg, Institut für Soziologie, Sedanstraße 19, 2000 Hamburg 13, Tel.: (040) 4123 - 2463/2499, Fax: (040) 41 75 34.

Wissenschaft und Politik

(Kurzreferat auf der Sitzung der Sektion Stadt und Regional Soziologie am 3. Mai 1991 in Weimar)

Stadtforschung findet immer in einem politischen Feld statt, da die Struktur der Städte durch öffentliche Planung, öffentliche Investitionen und eine Vielfalt von Interventionen in wirtschaftliche Aktivitäten (Wirtschaftspolitik, Wohnungsbau) beeinflusst wird. Stadtforschung ist also insofern "angewandte" Soziologie, als sie es in jedem Fall mit einem politischen Gegenstand zu tun hat.

Dies zeigt sich auch in der Konjunktur der Themen, die in der Arbeit der Sektion in den vergangenen Jahren zu beobachten war. Abwechselnd, parallel und auch wiederholt wurden folgende Bereiche diskutiert:

- Sanierung in den Städten, Sozialplanung, Sanierungsfolgen
- Disparitäten bei der Versorgung mit Infrastruktur
- Wohnungspolitik, Verteilungsfragen, ordnungspolitische Optionen: Markt versus staatliche Intervention
- Stadtentwicklung: Ziele und Verteilungseffekte von stadtpolitischen Strategien, soziale Strukturierung durch räumliche Prozesse (Segregation, Vor- und Nachteile von verschiedenen Wohnstandorten, Verdrängungseffekte, Soziale Probleme in Neubaugebieten)
- Süd-Nord-Gefälle, soziale und politische Folgen des sozialökonomischen Strukturwandels, Strategien für altindustrialisierte Gebiete
- Frauen in Stadt und Land: Benachteiligung durch patriarchalisch geprägte Strukturen der Familie, der Erwerbstätigkeit, der Siedlungsstrukturen und der Wohnweise
- Außerdem waren die spezifischen Lebensbedingungen von bestimmten sozialen Gruppen immer wieder Thema: Ausländer,

Vorwurf der Irrelevanz wissenschaftlicher Diskussionen bzw. der Abgehobenheit von stadtsoziologischen Diskussionen, die niemandem wirklich nützten. Von Praktikern wird gegenüber der wissenschaftlichen Stadtforschung häufig der Vorwurf erhoben, diese sei zu theoretisch, gehe an den Problemen der Praxis vorbei und sei nicht verwertbar - also insgesamt irrelevant.

Damit wiederholt es sich auf der Ebene der Sektion, was auch zwischen Auftraggebern von Stadtforschung und der soziologischen Disziplin als beständiges Problem auftritt: der Vorwurf, Soziologen redeten in einem Fachjargon, den sonst niemand verstehe; den Fachsoziologen fehle der Problembezug, ihre Arbeit habe also eine geringe Relevanz; Wissenschaftler sagten nichts Neues; was ihre Forschung ergebe, habe der Praktiker schon vorher gewußt; die Ergebnisse soziologischer Forschung seien zu allgemein, d. h. nicht auf das Machbare konzentriert (Effizienzproblem), die soziologische Forschung sei "keine Hilfe" für die praktische Arbeit.

Hinter diesen gegenseitigen Vorwürfen steht das grundsätzliche Problem der Trennung von Wissenschaft und Politik, die sich mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft herausgebildet hat. Diese Trennung besteht in einer Ausdifferenzierung von Systemen mit unterschiedlichen Wahrheits- bzw. Relevanzkriterien, die nur im Ausnahmefall zur Deckung zu bringen sind (am ehesten im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften).

In der Politik werden aus aktuellen Machtkonstellationen und Konflikt- bzw. Problemwahrnehmungen Handlungsnotwendigkeiten und Handlungskriterien bestimmt. Aus dieser Perspektive wird dann die Wissenschaft um Hilfe gegeben, sie soll die Effektivität und Effizienz von politischen Strategien überprüfen und verbessern helfen. Dies ist die Funktion einer beratenden Sozialwissenschaft. Die Stadtforschung wird aus dieser Perspektive zu einer "Hilfswissenschaft für die Stadtplanung" (Schäfers). Ziele und ein Korridor von Handlungsmöglichkeiten werden vorgegeben, nur was

Bei der Behandlung dieser Gegenstände ging es im Kern immer um ähnliche Fragen:

1. Welche Privilegien bzw. Diskriminierungen entstehen oder werden verstärkt durch räumliche Strukturen?
2. Welche Verteilungswirkungen hat die staatliche Politik? Welche Wirkungen für die Verteilung von Lebenschancen ergeben aus den durch die Politik beeinflussten Raumstrukturen?
3. Wie entstehen die räumlichen Strukturen (politisch-ökonomischer Prozeß) und die darauf gerichteten Politiken?
4. Wie können ungerechte oder nachteilige Wirkungen verhindert oder beseitigt werden?

Am Ende aller Untersuchungen stand also immer die Frage nach der Reparatur von Fehlentwicklungen, nach den Voraussetzungen für eine Stadtpolitik, die gleiche Lebenschancen anzielt, nach einer Planung, die die sozialen Vor- und Nachteile der städtischen Entwicklung nicht einseitig verteilt. Damit verbunden war auch immer die Frage nach strukturellen Alternativen zu den vorherrschenden Praktiken der Stadtentwicklungspolitik. Die Stadtforschung steht also immer im Schnittpunkt zwischen Wissenschaft und Politik.

Daraus läßt sich aber keineswegs schließen, daß sich Wissenschaft und Politik vorzüglich gegenseitig ergänzen. Daß es sich dabei im Gegenteil um eine konfliktreiche Beziehung handelt, hat sich auch in der Geschichte der Sektion gezeigt: zwischen den Teilnehmern der Sektionssitzungen, die aus den unterschiedlichen Sphären der praktischen Orientierung (aus Politik, Verwaltung oder privaten Büros) kamen und den wissenschaftlich Arbeitenden (universitäre Forschung) kam es immer wieder zu Disputen (und manchmal heftigen gegenseitigen Vorwürfen) über das Ziel der Sektionstätigkeit. Während den Praktikern von Seiten der Wissenschaftlern häufig Theorielosigkeit und die Begrenztheit ihrer Ansätze vorgehalten wurde, entgegneten die in der planerischen Praxis Tätigen mit dem

in dieses vorgegebene Spektrum von Zielen und Mitteln paßt, ist hilfreich und verwertbar. Aufgabe der beratenden Stadtforschung ist es, Problemlösungen zu erfinden, die Effizienz von Instrumenten zu überprüfen und die Folgen politischer Intervention zu eruieren. Wenn der Handlungsrahmen, der der politischen Praxis vorgegeben ist bzw. den sie selbst definiert hat, überschritten wird, wenn sich also die Rezepte nicht mit vorhandenen Instrumenten decken, wird an die soziologische Forschung der Vorwurf erhoben, sie sei zu praxisfern, zu theoretisch, sie sitze im Elfenbeinturm.

Das Wissenschaftssystem ist demgegenüber seiner Idee nach zweckfrei. Diese Vorstellung und ihre Institutionalisierung in einem Selbstverwaltungssystem der Wissenschaft ist eine Idee der Aufklärung. Die Wissenschaft dient der Entzauberung der Welt, der Rationalisierung gesellschaftlicher Beziehungen. In den Naturwissenschaften wird Unwissen (bzw. Mythologie) durch Wissen ersetzt, in den Sozialwissenschaften werden unwahre Deutungen der Welt durch wahre bzw. andere ersetzt. Die Funktion der Wissenschaft ist die Selbstaufklärung der Gesellschaft über sich selbst, sie ist daher im Kern kritisch und innovativ. Die Aufklärung von Fehldeutungen und Irrtümern vollzieht sich allerdings in einer gesellschaftlichen und politischen Umwelt, die durch eine Herrschaft strukturiert ist, die auf Fehldeutungen beruht. Eine offene Gesellschaft gesteht dies als Möglichkeit prinzipiell zu und bedient sich einer mit besonderem Schutz institutionalisierten Wissenschaft, um Selbstreflexion zu garantieren. Die Freiheit der Wissenschaft ist also ein konstitutives Element einer freiheitlichen Gesellschaft. Wo die Freiheit der Wissenschaft eingeschränkt ist, ist es - wie die Geschichte zeigt - auch mit den übrigen bürgerlichen Freiheiten nicht weit her. Die Freiheit der Wissenschaft, d. h. ihre Themen- und Methodenwahl sowie das Publikationsrecht, wird dort beschränkt und bekämpft, wo eine gesellschaftliche Macht sich anmaßt, die Wahrheit schon zu kennen und sich daher auch das Recht nimmt, ein Monopol auf die Beschreibung der Wirklichkeit und auf die

Definition von Problemen durchzusetzen - egal ob es sich dabei um die Kirche oder eine Partei handelt. In einer demokratischen Gesellschaft darf daher der Wert einer wissenschaftlichen Leistung nicht daran gemessen werden, ob sie und wie viel sie zu einer Problemlösung beiträgt - im Gegenteil, eine aufklärende Wissenschaft wird in der Regel mehr Antworten geben, als Fragen gestellt worden sind, mehr Probleme aufzeigen, als von der Politik gelöst werden können. Daher ist für die Wissenschaft eine spezifische Öffentlichkeit konstitutiv: an diese vor allem wendet sich die wissenschaftliche Forschung.

Aus den unterschiedlichen Gütekriterien von politischem und wissenschaftlichem System müssen sich Spannungen und Konflikte ergeben. Diese können nicht als Defizit bezeichnet werden, und sie können nicht aus falschem Harmoniebedürfnis oder aus mangelndem Selbstbewußtsein vermieden werden. Die Konflikthaftigkeit resultiert nicht aus unterschiedlichen Werthaltungen oder normativen Orientierungen, sondern aus unterschiedlichen Zugängen zur Realität und aus unterschiedlichen Zwecken der institutionellen Systeme. Dies heißt auch, daß eine Standpunktwissenschaft nicht eine kritische Wissenschaft ist - wenn also eine Ideologie durch eine andere lediglich ersetzt wird. Entscheidend für die kritische Funktion der Wissenschaft ist vielmehr ihre methodische Qualität - die intersubjektive Nachvollziehbarkeit des Argumentationsganges und der empirischen Beweisführung. Die exakte Beschreibung der Realität ist eine der ersten Aufgaben der Stadtforschung - und jeder weiß, daß dies ohne theoretischen Zugang nicht möglich ist. Eine notwendige Spannung zum politisch-administrativen System ergibt sich daraus, daß zu dieser Realität die Politik selbst gehört, und daß daher bei Realitätsbeschreibungen in der Regel die Politik selbst zum Problem gerechnet werden muß.

Die Chancen für eine politikberatende Wissenschaft, die an dieser aufklärenden Funktion von Wissenschaft festhält, vom politisch-administrativen System selbst finanziert zu werden, sind

selbstverständlich sehr begrenzt. Der Beratungsbedarf der Politik steigt, je geringer die Handlungsmöglichkeiten in einem bestimmten Feld sind. Je schärfer die Konflikte sind, und beengter die Restriktionen, desto mehr wissenschaftliche Phantasie ist in der Regel gefragt. Je mehr zur Disposition der Politik steht, desto eher reicht der übliche politische Sachverstand aus, um Handlungsstrategien zu entwerfen. Diese Situation hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß sich in der Forschung eine Arbeitsteilung herausgebildet hat - um nicht zu sagen: - eine Spaltung zwischen angewandter und Grundlagenforschung, zwischen privatwirtschaftlicher und universitärer Forschung.

Eine Wissenschaft, die unter dem Diktat der Aufhebung der Differenz zwischen Wissenschaft und politischer Praxis steht, verliert zwangsläufig ihren kritischen und innovativen Stachel. Im Begriff des "wissenschaftlichen Sozialismus" war diese Differenz aufgehoben, denn damit war programmatisch der Zweifel an die Naturwissenschaften, keine strikte Erfahrungswissenschaft sein, aber diese Differenz hat der orthodoxe Marxismus verwischt.

Deshalb ist es so wichtig, die Ergebnisse der Stadtforschung in der ehemaligen DDR kritisch zu diskutieren und das Selbstverständnis von Stadt- und Regionalsoziologen und ihren Bezug zur politischen Praxis immer wieder neu zu reflektieren.

Verwendete Literatur:

Offe, Claus 1977: Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften, in: Interaktion von Wissenschaft und Politik, herausgegeben vom Wissenschaftszentrum Berlin, Frankfurt/New York: Campus Verlag 321-330

Habermas, Jürgen 1968: Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Siebel, Walter 1984: Minnesänger und Narren. Zu Funktion und Voraussetzungen sozialwissenschaftlicher Stadtforschung, in: Raumforschung und Raumordnung, 24. Jahrgang, Heft 6, 287-293

MARIANNE RODENSTEIN

Über die Frauenforschung in die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

Ich möchte - da unser Thema "der Fall Ich" heißt - hier einige für mich wichtige Stationen der Frauenforschung darstellen, die mich schließlich in die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie geführt haben.

Die Allgemeinheit unserer bis dahin als privat definierten Probleme haben - wie ich - wohl viele Frauen erst erkannt, als ausgelöst von den zunehmenden Aktivitäten um den § 218, die Rolle der Frau in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert wurde. Ich gehörte seit Ende 1974 in München einer Frauengruppe an, die sich unabhängig von ihren persönlichen Problemen über Themen der Frauenbewegung - wie z.B. Lohn für Hausarbeit, Frauen der weiblichen Sexualität - informieren und einen eigenen Standpunkt gegenüber dieser neuen politischen und privaten Herausforderung, die für uns die Frauenbewegung darstellte, gewinnen wollte. Ich möchte meinen, daß ich in dieser Zeit und durch diese Diskussionen überhaupt erst für Diskriminierungen sensibel wurde, und vor allem zum erstenmal einen spezifischen Standpunkt als Frau in unserer Gesellschaft ausbildete. Natürlich hatte ich mich als Soziologin im Studium mit den Geschlechtsrollen beschäftigt, jedoch im Grunde ohne zu begreifen, was dies mit mir zu tun hatten.

Eine der Folgen dieser Standortneubestimmung war, daß sich unsere Gesellschaft nun als patriarchale darstellte und gerade für uns Soziologinnen damit einen neuen Fixpunkt für eine kritische Gesellschaftsanalyse bot, den die ehemaligen Genossen aus der Zeit der Studentenbewegung verloren hatten und häufig dementsprechend unmotiviert und zeitweise desorientiert ihr Geschäft der Soziologie betrieben.

Mit neuem Elan und mit einem klaren Bild der "Gegner" vor Augen war ich seit 1977 Mitglied einer Gruppe von Wissenschaftlerin-

nen in München, die die Vorbereitung zur Gründung der Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie nach einem Beschluß von Soziologinnen auf dem Soziologietag in Bielefeld übernommen hatte. Es ging damals vor allem um die wissenschaftliche Begründung der Notwendigkeit einer eigenen Sektion Frauenforschung. Schließlich gäbe es die Sektion Familiensoziologie, in dem das Thema Geschlechterrollen abgehandelt wurde, so war vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie damals abwehrend zu hören gewesen.

Nach einer Vorbereitungstagung im Herbst 1978 in München konnte 1979 auf dem Soziologietag in Berlin die erste Sektionsveranstaltung stattfinden, die u.a. dem Thema Sozial- und Gesundheitspolitik für Frauen gewidmet war. Auf dieser Veranstaltung wurde scharfe Kritik an der Sektionsgründung geübt, an dem Ansinnen innerhalb der etablierten patriarchalen Institutionen Frauenforschung durchzusetzen zu wollen. Diese offene und grundsätzliche Kritik kam jedoch nicht von männlichen Kollegen, die sich eher verunsichert und hinter vorgehaltener Hand spottend zurückhielten, sondern von ebenfalls frauenbewegten Kolleginnen, die sich dem Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen angeschlossen hatten. Dem Verein ging es nicht um die "abgehobene", d.h. an den Universitäten stattfindende Forschung, sondern darum, daß Wissenschaftlerinnen zusammen mit (nicht über) Frauen in Projekten für Frauen verwertbares Wissen produzierten und dieses auch vermittelten. Das Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum, das FFBIZ, in Berlin ist eine Einrichtung, die dieses Konzept vertreten hat. Heute würde man diesen Gegensatz zwischen den Sektionsgründerinnen und den Frauen des Vereins als einen zwischen frauenbewegten Frauen in Institutionen und autonomen Frauen kennzeichnen. Was damals als heftige Konkurrenz um den richtigen Weg der Frauenbewegung ausgetragen wurde, hatte sich nach wenigen Jahren zu einem eher gleichgültigen Nebeneinander entwickelt. Differenzen bestehen weiter, nehmen neue Formen an, neue Gruppie-

rungen innerhalb der Frauenbewegung kämpfen um den jeweils für richtig gehaltenen Weg.

Als Gründungsmitglied der Sektion Frauenforschung bin ich zwar bis 1984 regelmäßig zu den Tagungen gefahren und habe mich in dieser Zeit nicht für die der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie interessiert. Nachdem nun aber deutlich war, daß die Sektion Frauenforschung erfolgreich arbeitete, wurde in der Berliner Regionalgruppe der Sektion beschlossen, - ich war seit 1979 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin tätig - nun auch andere Sektionen mit Ergebnissen der Frauenforschung zu konfrontieren. Aus diesem Grund - und weil in der Sektion Frauenforschung praktisch kaum Interessentinnen an einer feministischen Stadt- und Regionalforschung zu finden waren, da sie entweder wie z.B. Ulla Terlinden, dem Verein angehörten oder ganz außerhalb der Soziologie unter Planerinnen und Architektinnen zu finden waren, bin ich seit 1985 mit Unterbrechungen bei den Tagungen der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie und habe zweimal hier Ergebnisse meiner Frauenforschung vorgetragen.

Erst jedoch seit 1987 ist dies Unternehmen, Ergebnisse der Frauenforschung in der Sektion vorzustellen, befriedigender und sinnvoller, denn seitdem gibt es dank der Initiative von Ingrid Spiegel und Margrit Bonnacker innerhalb dieser Sektion eine Frauengruppe. Die beiden hatten auf dem Hamburger Soziologietag Anstoß am Fehlen der Frauen und an den Umgangsformen unter den Stadt- und Regionalsoziologen genommen und luden die Frauen der Sektion zu einem gesonderten Treffen auf der nächsten Tagung in Sasbachwalden ein. Das Echo war groß. Nun treffen sich die Frauen der Sektion nicht nur auf den halbjährigen Tagungen der Sektion, wo es zu einer atmosphärischen Verbesserung für die bis dahin seltener und vereinzelt vortragenden Frauen gekommen ist, sondern auch auf eigenen Treffen, die bisher in Bochum, Darmstadt und Berlin stattgefunden haben. Dort wurden verschiedene Themen behandelt, u.a. war diese Gruppe auch das Forum, auf dem die Beiträge zu dem von Kerstin Dörhöfer herausgegebenen Band Stadt-Land-Frau vorgestellt und diskutiert wurden.

- 22 -

Inzwischen sind Ergebnisse der Frauenforschung hoffähig geworden. Auch Stadt- und Regionalforscher nehmen sie inzwischen auf und modernisieren damit ihre bisherige Forschung. Haben wir das aber gewollt? Sicherlich auch, aber wichtiger war uns doch, daß die Frauenforschung ein Vehikel der Veränderung der patriarchalen Verhältnisse an der Universität, ein Mittel auch zur Förderung der wissenschaftlichen Karrieren von Frauen sein sollte? Wie steht es heute damit? Obgleich sicherlich zahllose Frauen in den vergangenen zehn Jahren durch die Frauenforschung zur wissenschaftlichen Arbeit motiviert wurden, sollten wir uns nichts vormachen. Für eine Karriere im akademischen Bereich reicht dies allein in den meisten Fällen (noch) nicht aus. D.h., daß wir noch mit der Spaltung unserer Arbeit in meist bezahlte herkömmliche soziologische Analyse und häufig genug unbezahlte Frauenforschung leben müssen. Diese Spaltung in unseren Köpfen ist Ausdruck der relativen Unbeweglichkeit der patriarchalen Struktur unserer Gesellschaft. Ich habe zwar seit langem gelernt mit dieser Doppelgleisigkeit zu leben, doch empfinde ich das Dilemma, in dem wir feministischen Forscherinnen stehen, nach wie vor sehr deutlich. Es besteht keineswegs nur darin, daß Frauenforschung einerseits wenig anerkannt und bezahlt wird und allein davon eine Karriere nicht bestritten werden kann und sie uns Frauen andererseits eine Identität von wissenschaftlichem und moralischem Engagement ermöglicht, die jedenfalls meine wissenschaftlich Arbeit wesentlich beflügelt. Das Dilemma liegt noch tiefer. Es gibt ja auch viele für uns wissenschaftlich interessante Fragen, die entweder tatsächlich keinen direkten Zusammenhang zu Frauenfragen haben oder dieser auf grund fehlender Frauenforschung noch nicht herstellbar ist. Dies führt bei mir zu einer Spaltung in der wissenschaftlichen Arbeit, zur Gleichzeitigkeit von feministischer Forschung und herkömmlicher sozialwissenschaftlicher Forschung. D.h. aber daß wir in dem Dilemma sind, sowohl am Netz patriarchaler Wissenschaft mitzustricken als auch es gleichzeitig zu zerreißen.¹

¹ Zur Differenz zwischen feministischer Forschung und herkömmlicher sozialwissenschaftlicher Forschung zu Stadt und Region vgl. Ulla Terlinden: Kritik der Stadtsoziologie - zur Raumrele-

Wie können wir langfristig diesem Dilemma entkommen? Ich denke nur dadurch, daß wir Positionen erobern, in denen über Forschung entschieden wird. Aus diesem Grund glaube ich, daß feministische Forscherinnen sich auch heute noch besser mit einer doppelten soziologischen Identität ausstatten sollten, so daß sie überhaupt in die Lage kommen, relevante Positionen in der Stadt- und Regionalforschung besetzen zu können. Dies heißt jedoch nach wie vor, daß wir, wenn wir im akademischen Bereich Karriere machen wollen, uns breiter, meist breiter als unsere Kollegen, qualifizieren müssen. Nehmen wir nun noch dazu, daß auch im privaten Bereich sehr wenig Entlastung der Frauen von Hausarbeit stattgefunden hat, so müssen wir resümieren, daß Emanzipation innerhalb der Wissenschaft ein dorniger Weg ist und die Freiheit, die er mit sich bringt und die ich heute nicht mehr missen möchte, sehr teuer bezahlt werden müssen, sicherlich teurer als wir uns das einmal dachten.

- 23 -

vanz der Hauswirtschaft und Marianne Rodenstein: Feministische Stadt- und Regionalforschung - ein Überblick über Stand, aktuelle Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten; beide Aufsätze finden sich in: Kerstin Dörhöfer (Hg.): Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen, feministische Planungsansätze, Freiburg 1990

Wendelin Strubelt

Bonn

Meine Erfahrungen im deutschen Einigungsprozeß

1.

Als Kind bin ich in der früheren DDR aufgewachsen, habe sie dann mit meinen Eltern verlassen - flüchten hieß das damals -. Als Flüchtlinge wohnten wir auch - bis mein Vater eine Arbeit, dann eine Wohnung und wir dann ein neues Zuhause fanden. Aus den Erfahrungen meiner Eltern, wie sie mir übermittelt wurden, aus denen meiner Geschwister und z.T. auch aus meinen eigenen ist die frühere DDR mir nie als ein besonders fortschrittliches, menschenfreundliches Gesellschaftssystem in Erinnerung geblieben. So habe ich sie, nicht wie viele Kollegen und Kommilitonen als ein fortschrittliches Gesellschaftsmodell mit nur wenigen Übergangsbedingungen Negativa auf deutschem Boden angesehen. Allerdings ist mir im Laufe meiner eigenen Entwicklung in der Bundesrepublik klar geworden, daß die DDR zumindest ansatzweise nach 1945 versucht hat, viele durch den Nationalsozialismus vernichtete oder vertriebene und durchaus gute linke Traditionen des deutschen Sprachraumes aufzunehmen und bei sich zu integrieren. Traditionen, die wegen des Kalten Krieges in der Bundesrepublik Deutschland erst sehr spät wieder erkannt und rezipiert worden sind. Auch sind mir z.B. einige Autoren mit ihren Büchern in DDR-Ausgaben von den Bücherregalen meiner Eltern bekannt gewesen, bevor ich sie antiquarisch in den Originalausgaben in der Bundesrepublik erwarb und bevor sie dann auch hier wieder, z.T. in Taschenbuchausgaben, erschienen. Die DDR als ein durchaus ambivalentes Phänomen, eines, das einen höheren Anspruch hatte, als es im Alltag selbst verwirklichte, wobei der Alltag, hier spielen insbesondere meine kindlichen, aber auch die Erfahrungen meiner Eltern eine große Rolle, eben durchaus nichts Attraktives an sich hatte - gerade dies hat einen Teil meiner Kindheit bestimmt. Insofern sind mir dann auch in meiner Tätigkeit als Hochschullehrer an der Universität Bremen die Illusionen, die Vorstellungen, denen ich begegnen konnte, bei Studenten und Hochschullehrern, die mit der DKP sympathisierten, immer fremd geblieben, auch wenn ich sie im Alltag der Universität als verlässliche Kooperationspartner erlebt habe - aber immer nur dann, wenn ganz klar war, welche eigene Position ich hatte und wie sie sich unterschied von der ihren, ohne daß versucht wurde, solche Trennungslinien zu verwischen. Die DDR, die ehemalige DDR, war aber für mich, aufgrund meiner Herkunft, immer von großem Interesse und ich habe stets verfolgt, was dort geschah. Insofern unterschied ich mich vielleicht von anderen Gleichaltrigen, die in der Bundesrepublik aufgewachsen sind, die sich mit ihr nicht beschäftigten, für die die DDR schlichtweg unzugängliches Ausland und nicht mehr ein Teil Deutschlands war. Dies vorweg, nicht als Selbstreflexion, sondern nur eher zur eigenen Person!

2.

Zurück in die Gegenwart. Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, der ich angehöre, stand nach der deutschen

Einheit vor dem Problem, ihre Zuständigkeit für die Beobachtung und Analyse der räumlichen Entwicklung der Bundesrepublik nicht mehr nur auf das Territorium der alten Bundesrepublik zu beschränken, sondern auch um das der neuen fünf Länder zu erweitern. Dafür wurden ihr zusätzliche Stellen auf Dauer und auf Zeit (jeweils 20), dann aber vorerst doch nur für ein Jahr zur Besetzung ab Ende 1990 freigegeben. Diese Stellen schrieben wir in Instituten aus, die in ihrer fachlichen Orientierung der BfLR ähnelten, also in dem Forschungsinstitut für Landeskunde und Raumordnung (!) (der früheren Forschungsleitstelle für Territorialplanung), dem Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie und dem Institut für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften. Ziel war es, dies war auch eine Vorgabe des Haushaltes, einerseits den Wissenschaftlern aus aufgelösten oder im Übergang befindlichen Instituten eine neue wissenschaftliche Aufgabe zu vermitteln und andererseits das wissenschaftliche Potential der DDR zur Lösung der besonderen Probleme der ehemaligen DDR im bundesrepublikanischen Zusammenhang zu gewinnen. Es war aber auch eine mehr oder weniger deutliche, wenn auch nur mündlich ausgesprochene Vorgabe, bei der Auswahl dieser künftigen Mitarbeiter der BfLR, frühere, herausgehobene Funktionsträger nicht einzustellen. Bei der Auswahl und bei der Diskussion mit den Bewerbern stellte sich aber sehr schnell heraus, daß bis auf ganz wenige Ausnahmen alle Mitarbeiter in der einen oder anderen Form in das frühere DDR-System eingebunden gewesen sind, wobei die jüngeren, allein aufgrund ihres Alters, in der Hierarchie noch weniger aufgestiegen waren. Aber diejenigen, die obwohl fachlich hochqualifiziert, aufgrund ihrer politischen Position oder wegen politischer Häresie nicht Karriere machen konnten oder in ihrer Karriere "geknickt" worden sind, gab es kaum. Sie stellten die absolute Ausnahme dar. Andererseits ist aber auch festzustellen, daß die pauschalen Einschätzungen negativer Art, wenn nicht gar von Vorverurteilungen der Kollegen aus der früheren DDR gerade bei den Verantwortlichen in der Hierarchie der Bundesrepublik Deutschland alter Prägung, die früher relativ wenig mit der DDR zu tun oder sich kaum mit ihr auseinandergesetzt hatten, die Regel war. Es wurden unabhängig von der fachlichen Kompetenz und von einem zumindest nach außen einwandfreien menschlichen Verhalten relativ schnell aufgrund von wahrgenommener Funktion Beurteilungen vorgenommen in dem Sinne, daß man den oder die auf keinen Fall zukünftig berücksichtigen könne. Solche Vorverurteilungen wurden aber, auch dies ist bemerkenswert, in aller Regel gestützt durch Gerüchte und Informationen, die aus den Reihen der DDR-"Kollegenschaft" selbst kamen. Zwar waren sie natürlich nie persönlich zuordbar und entzogen sich jeder Überprüfung, aber sie trugen doch dazu bei, daß eine geordnete Auseinandersetzung mit den Problemen der Kollegen in der früheren DDR, ihren Belastungen, ihre Entwicklungen und ihren Potenzen, letztendlich nicht lief. Und gleichermaßen ist auch hier festzustellen, daß bestimmte Formen von persönlichen Vorlieben auch zu Versuchen führten, bestimmte Personen trotz aller Belastung zu übernehmen. Als Resümé ist festzuhalten, daß diese Übernahmen, wie alle auf Personen bezogenen Entscheidungsprozesse, subjektiv gefärbt gewesen sind. Die Versuche, sie zu objektivieren, durch objektiv vorfindbare Belastungen, war mangels eindeutiger Unterlagen nicht möglich. Aber das Zugeständnis, mit dem System berührt, davon nicht nur betrof-

fen, sondern darin engagiert gewesen zu sein, dieses war die Ausnahme. Es gab den eigentümlichen Eindruck, daß fast alle Opfer seien, niemand Täter. Und wer Täter war, kaschierte dies mit fachlicher Kompetenz.

3. Dieser Befund steht im fast grellen Kontrast zu den Erfahrungen mit Kollegen aus dem früheren Ostblock, insbesondere mit Kollegen aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Ich habe mich nämlich seit Beginn der 80er Jahre intensiv darum bemüht, mit Fachkollegen im Ostblock in Kontakt zu treten, um mit ihnen einen wissenschaftlichen Austausch zu pflegen. Nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, daß die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Tätigkeit in diesen Ländern auch davon abhängt, daß sie Kontakt mit Wissenschaftlern aus westlichen Ländern hatten und haben. Und das Erstaunliche bei diesen Kontakten war, daß in Ungarn, aber auch in Polen und eben auch in der Tschechoslowakei trotz der Besetzung von einigen Funktionen mit parteilich gebundenen Personen, die Unabhängigkeit im wissenschaftlichen Arbeiten und in wissenschaftlichen Positionen in allen drei Ländern sehr viel größer war als in der früheren DDR. Insofern hat es in den anderen Ostblockländern immer Personen, Personenkreise gegeben, die in Opposition zu dem Hauptstrom der parteilichen Argumentation standen und die dieses auch mehr oder weniger artikulieren konnten. Zwar habe ich z.B. die Erfahrung machen müssen, daß zum Zeitpunkt des Ausnahmezustandes in Polen, es auch sehr schwierig war, die Kontinuität mit den polnischen Kollegen aufrecht zu erhalten und es gab Aufpasser, die immer dabei waren. Aber dies hat unabhängige Leute nicht gehindert, ihre Meinung deutlich zu sagen, auch wenn sie dann keine Karriere machten oder sie auf ihren Positionen gewissermaßen stagnierten. Aber das wesentliche war: es gab sie!

4. Dies führt mich deshalb zu meiner zentralen These, daß die DDR in ihrer Nachkriegsexistenz durch die Penetration der SED in alle wichtigen gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsränge, einschließlich der Wissenschaft, es verhindert hat, daß sich eine eigenständige Elite, ganz zu schweigen von einer unabhängigen Generalite, entwickeln konnte. Oder anders ausgedrückt, es hat in der DDR über lange Strecken und auch noch zum Schluß ihrer Existenz keine selbstbewußte Elite, keine eigenständige intellektuelle Schicht gegeben, sondern alle Funktionen, die in diesem Bereich zu vergeben waren, waren nur über die Einbindung in die Parteilichkeit oder durch ein Verhalten zu erreichen, das wir, obwohl nicht nur dort erfahrbar und praktiziert, als die Schere im Kopf bezeichnen können.

5. Dies wurde mir sehr deutlich, als ich zum Ende der 80er Jahre, also 1987 und 1988, endlich auch Kontakt mit den Wissenschaftlern der früheren DDR aufnehmen konnte. Das Vehikel war in diesem Zusammenhang - es war für mich sehr schwierig diesen Kontakt aufzunehmen, weil ich Repräsentant eines Regierungsinstitutes war - die Forschungskonferenz des Komitee's für Stadt- und Regionalplanung der Ökonomischen Kommission der UNO für Europa, ECE. Diese plante

auf Einladung der DDR eine entsprechende Forschungskonferenz für 1988 in Leipzig und da dort alle der UNO angehörigen Länder auch vertreten sein sollten, war die Bundesrepublik auch aufgefordert daran teilzunehmen. Ich bemühte mich, daran intensiver zu partizipieren durch die Übernahme einer sogenannten Rapporteur-Funktion. Im Zuge dieser Tätigkeit als Rapporteur, also als Berichterstatter für einen Themenbereich, lernte ich einerseits andere Kollegen aus dem Ostblock, die ich z.T. schon kannte, intensiver bei der Arbeit und beim Argumentieren kennen, ich vertiefte Kontakte mit anderen westeuropäische Kollegen und ich begegnete erstmals Fachkollegen aus der DDR, was zuvor unmöglich gewesen war.

Es war dies dann auch der Zeitpunkt, als kurz danach durch den Abschluß des sogenannten Wissenschaftlich-technischen Abkommens zwischen der DDR und der Bundesrepublik, eine Basis für einen künftigen Wissenschaftsaustausch gelegt wurde. Diese Gelegenheit haben wir dann genutzt, um mit unserem "Schwesterinstitut", dem Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie (ISA) der früheren DDR zu einem wissenschaftlichen Austausch auf kontinuierlicher Basis zu kommen. Wir haben dann nach langer Vorbereitung und auf der Basis, die wir im Rahmen der Leipziger Forschungskonferenz legen konnten, ein Seminar durchgeführt mit dem Titel "Stadtentwicklung im Blickfeld von Flächennutzung und Flächennutzungskonflikten". Dieses Seminar fand zu einem Zeitpunkt statt, als sich, im Rückblick gesehen, das Ende der DDR als eigenständiges System bereits abzuzeichnen begann. Und zu diesem Zeitpunkt war auch schon erkennbar, daß die Kollegen, die aus dem ISA zu diesem Seminar nach Bonn gekommen waren, deutlich auf Distanz zu dem Hauptstrom der SED-Argumentation in der DDR gegangen waren. Sie hofften auf eine eigenständige Entwicklung der DDR durch das Auftreten von jüngere "Kadern", die die Greise an der Spitze der SED ablösen sollten. Insofern ist resümierend zu sagen, daß nach der anfänglichen, doch relativ starken Distanz in den Kontakten mit den Kollegen in der DDR im Laufe der Zeit ein Austausch auf kollegialer Basis stattfand, insbesondere im internen Gespräch, der erkennen ließ, daß sich in der DDR inzwischen eine wissenschaftliche Elite herausbildete, die zwar immer noch eingebunden war in die Parteilichkeit der SED, sie nicht offen angriff, die aber doch bereitstand, Funktionen zu übernehmen in einem neuen System, das nicht mehr von der Dominanz der SED der alten Prägung gezeichnet sein würde. Es ist also meine zweite, eher eine Subthese, daß die DDR zum Ende der 80er Jahre auf dem Wege war, eine eigenständig denkende Elite her auszubilden, daß aber die Brücken zur Parteilichkeit der SED noch nicht abgebrochen waren.

6. Diese Übergangssituation ist für mich besonders gekennzeichnet mit dem Namen Bernd Grönwald. Bernd Grönwald war als Lehrstuhlinhaber für Städtebau an der Hochschule in Weimar jemand, der sehr wohl seine Karriere auch auf eine parteiliche Gebundenheit aufbaute, aber eben nicht ohne fachliche Substanz. Seine Berufung zum Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der ehemaligen DDR war zwar durchaus auch der Versuch, dieses zentrale Institut im Bereich des Städtebaus für die DDR stärker in den parteilichen Griff zu bekommen, nachdem der frühere Inhaber

dieser Position, unanfechtbar wegen seiner antifaschistischen Vergangenheit, dies wegen seiner großer Liberalität nicht mehr zu gewährleisten schien. Es war aber nun das Erstaunliche, daß Bernd Grönwald nach der Übernahme dieser Funktion und der intensiveren Auseinandersetzung mit der städtebaulichen Entwicklung der DDR sehr schnell die Schwachpunkte der DDR-Positionen im Bereich von Städtebau und Wohnungspolitik erkannte. Und seine Arbeiten und sein Insistieren auf die Berücksichtigung von städtebaulichen Gesichtspunkten gegenüber der schieren betriebswirtschaftlichen Argumentation der Wohnungsbaupolitik und seine Versuche, hier eine Änderung in der Politik der DDR zu erreichen, waren Ansätze von Eigenständigkeit, die es früher nicht gegeben hatte. Dies versuchten jetzt jüngere Leute, die im System groß geworden sind, aber die Systemwidersprüche erkannt hatten, zu artikulieren und er unterstützte sie. Es war dies, rückblickend betrachtet, der Versuch, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Und noch weiter rückblickend betrachtet, hätte dies für die DDR vielleicht ein Ansatz sein können, die verschütteten Traditionen einer eigenständigen Entwicklung wieder aufzunehmen. Nach Hans Mayer endeten 1956 in der DDR Ansätze zur Übernahme der positiven Traditionen der Weimarer Tradition und der Tradition der Linken im Exil mit dem Ziel einer eigenständigen Entwicklung der DDR. Und es ist, man muß es nicht tragisch nehmen, aber doch das Besondere an der Situation der DDR zum Ende der 80er Jahre, daß diese Entwicklung, eine Entwicklung zu einer kritischen Bestandsaufnahme, zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die Bevölkerung der DDR bereits für sich Abschied genommen hatte von diesem System. Insofern war der Versuch eines eigenständigen dritten Weges, der von den verbliebenen Intellektuellen, und hier insbesondere auch von den relativ privilegierten Intellektuellen unternommen wurde, ein Versuch, der zu einem Zeitpunkt geschah, als seine Vergeblichkeit bereits klar zu erkennen gewesen war. Als die Bevölkerung sich artikuliert, als die deutsche Revolution des Jahres 1989 begann, war der Versuch, der Intellektuellen sich darauf zu setzen, sie für sich in Anspruch zu nehmen, bereits gescheitert, denn diese Intellektuellen, diese Führungsschichten, hatten kein Gespür für das, was die Mehrheit der Bevölkerung eigentlich wollte, woran sie sich orientierte. Dies hat nicht zuletzt auch damit zu tun, daß diese intellektuelle Schicht in sich brütete, abhängig war von der Parteilichkeit der SED und in diesem Sinne ideologisch und nicht empirisch orientiert war. Wenn sie eher empirisch orientiert gewesen wäre, hätte sie wissen müssen, in welcher Befindlichkeit sich die Mehrheit der Bevölkerung der DDR befand. Die Tragik dieser Intellektuellen ist es, daß sie sich zu einem Zeitpunkt zu artikulieren und zu orientieren begannen, als es zu spät war.

Es ist aber auch die Tragik dieser Intellektuellen, daß sie beim Aufgehen der DDR in die Bundesrepublik Deutschland keine Berücksichtigung mehr fanden bei den gesellschaftlich ausschlaggebenden Kräften der Bundesrepublik, die nun darüber entschieden, wer wieder in Funktion kommen sollte und wer nicht. Die Verdienste einer eigenständigen Entwicklung, die es eben ansatzweise gegeben hatte, wurden jetzt nicht mehr in Anschlag gebracht, sondern es wurden die Lasten der früheren Einbindung in das System als gravierender angesehen. Die Illusion eines dritten Weges hatte der Blick auf

eine offensive eigene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verbaut und danach galt nur noch das Gesetz des eigenen Überlebens.

Bernd Grönwald nahm sich im Januar dieses Jahres das Leben.

7. Was sind aber nun die Folgen dieser Entwicklung? Meiner Meinung nach hat es dazu geführt, daß die Potenzen und Potentiale der Wissenschaften, die in der DDR durchaus vorhanden gewesen sind, in unseren Forschungsbereichen, die nun einmal eo ipso politiknah sind, in ihrer bisherigen Ordnung nicht weiter bestehen. Dies ist nicht zu bedauern. Aber es hat auch dazu geführt, daß einzelne potente Wissenschaftler in die Isolierung, z.T. in die Stigmatisierung getrieben worden sind, ohne daß sie sich wirklich mit persönlicher Schuld beladen haben. Sie sind allerdings in aller Regel "Kinder" des SED-Systems. Und es hat, wie die Diskussion in Weimar ergeben hat, auch keinen Sinn, sich im Kleinen als Widerstandskämpfer zu gerieren. Dies sind die Kollegen und Kolleginnen in der DDR in aller Regel nicht gewesen. Und es wird noch eine Weile dauern, bis sie aus dem Schock der Anpassung, bis sie in neue Arbeitszusammenhänge gefunden haben. Dies gilt sowohl für die Wissenschaftler aus den zentralen Instituten, wie auch für die aus den Universitäten. Es steht dabei zu erwarten, daß die Universitäten sich vermutlich eher wieder "aufrappeln" werden, während nach der Zerschlagung der Zentralinstitute der Aufbau von Länderinstituten noch auf sich warten lassen wird. Dabei ist mir um einzelne Wissenschaftler nicht bange. Wohl ist mir aber darum bange, daß eine gewisse eigenständige Potenz, die in der DDR durchaus in versteckter Weise vorhanden gewesen ist, die individuell, aber nicht in institutionellen Zusammenhängen feststellbar gewesen ist, kaum die Chance haben wird, sich in der neuen Bundesrepublik zu etablieren.

8. Eine weitere These, die sich jetzt unter den ehemaligen "DDR'lern" breitmacht, ist jedoch meiner Meinung nach nicht wahr, sie ist sogar zu bekämpfen. Es handelt sich um die These, daß die DDR in ihrer soziostrukturellen Gliederung eine besonders solidarische gewesen sei, eine Gesellschaft des gegenseitigen Helfens, des Zueinander-Stehens, die nun zerstört worden ist. Ich meine, daß dies eine große Illusion ist. Denn die eigenständige gesellschaftliche Entwicklung, eben unter Ausschöpfung von historischen und eigenen Entwicklungen, die hat spätestens 1956 geendet. Danach hat es die Form eines geschlossenen Systems gegeben, das wegen seiner Geschlossenheit nur durch Privatisierungsstrategien umgangen werden konnte. Diese Privatisierungsstrategien, diese Strategien der Abkapselung des kleinteiligen gegenüber dem großteiligen Gesellschaftlichen, kann aber meiner Meinung nach nicht als eine besondere solidarische Form stilisiert werden, die es jetzt gegenüber der unsolidarischen, wettbewerbsorientierten Bundesrepublik alter Prägung zu erhalten gebe. Dies ist eine Lebenslüge, die allzu leicht nun auch parteipolitisch mißbraucht wird, um alte Positionen, die früher einmal dominant waren, unter veränderten Verhältnissen zumindest in der einen oder anderen Form zu rechtfertigen. Empirisch arbeitende Sozialwissenschaftler sollten in die Falle

einer solchen These nicht laufen. Sie hätten wissen müssen, und sie wissen es auch, daß die Entwicklung der DDR, der Rückzug dieser Gesellschaft ins Private, eine Reaktion auf ein geschlossenes System war. Die Empirie darüber liegt vor. Es geht jetzt meiner Meinung nach darum, diese Gesellschaft, die in einem anderen Zusammenhang von Hartmut Meuter als melancholisch bezeichnet worden ist, aus ihrer Melancholie, aus ihrer Schwarzsinnigkeit zu wecken, sie bereit zu machen für eine offene Gesellschaft, wie sie die Bundesrepublik in alter Prägung inzwischen, aber auch erst nach 40jähriger Entwicklung, geworden ist. Dazu kann meiner Meinung nach eine kritische und empirisch orientierte Sozialwissenschaft helfen, sofern sie wirklich empirisch orientiert und praktisch politisch engagiert ist. Sie sollte deshalb darauf drängen, daß die Grundstruktur der Melancholie, die allzu häufig bereits in Larmoyanz umschlägt, möglichst schnell das Territorium der fünf neuen Länder verläßt. Andererseits sollten aber die "alten" Bundesrepublikaner darauf achten, daß sie mit ihrem Verhalten und ihren Rahmenseetzungen nicht diese Melancholie und Larmoyanz noch verstärken.

9.

Soweit meine eigenen Erfahrungen mit der deutschen Einheit im Spiegel einer Tätigkeit als Sozialwissenschaftler im Bereich von Stadt- und Regionalsoziologie.

Dr. Sigrun Kabisch

Zur Geschichte der Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Leipzig

Stadt- und regionalsoziologische Forschung und Lehre entwickelten sich an einzelnen Universitäten und Hochschulen der ehemaligen DDR durch das Engagement einiger weniger Hochschullehrer. So auch in Leipzig. Stadt- und Regionalsoziologie an der Leipziger Universität ist untrennbar mit dem Namen Prof. Dr. Alice Kahl verbunden. Unter ihrer Leitung arbeiteten kleine Wissenschaftlergruppen, meist Nachwuchswissenschaftler, zusammen mit interessierten Soziologiestudenten.

Neben dem persönlichen Einsatz war ein wissenschaftspolitisches Umfeld Voraussetzung, welches konkrete soziologische Forschung gestattete.

Anfang der 70er Jahre vor dem politischen Hintergrund des VIII. Parteitages der SED, der in den Mittelpunkt die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 rückte, entstand für die Soziologie als Wissenschaft ein gewisser Entwicklungsspielraum. Darin konnten auch Ansätze stadtsoziologischer Forschung mit dem Schwerpunkt auf wohnsoziologische Fragestellungen eingeordnet werden. Für die Entwicklung der Stadtsoziologie in Leipzig war ein Beschluß des Politbüros des ZK der SED zur weiteren Durchführung des Wohnungsbauprogramms in der Stadt vom August 1977 von besonderer Bedeutung, da dadurch auf die dramatische Situation hinsichtlich der Wohnversorgung reagiert wurde. Gleichzeitig entstand damit ein argumentativer Rückhalt gegenüber Anfechtungen der sich entwickelnden stadtsoziologischen Forschung.

Als eine Lösungsvariante wurde die Errichtung von Leipzig-Grünau, einem randstädtischen Neubaugebiet, in dem ca. 100 000 Bürger leben sollten, beschlossen.

Im Zusammenhang mit diesem Beschluß unterbreitete der damalige Wissenschaftsbereich Soziologie der Universität Leipzig, vertreten durch Prof. Dr. Alice Kahl, gegenüber dem Oberbürgermeister Leipzigs und dem Büro des Chefarchitekten als Fachorgan das Angebot, aus der Sicht stadtsoziologischer Forschung den Verlauf und die Mechanismen der Integration von Bürgern in ein Neubaugebiet am Rand einer Großstadt unter den Bedingungen der Parallelität von Bauen und Wohnen zu begleiten.

Im Sinne einer Politikberatung wurde somit 1977 durch die Universität, Wissenschaftsbereich Soziologie und dem Büro des Chefarchitekten eine Vereinbarung über die Durchführung einer soziologischen Intervallstudie mit dem Thema "Die soziale Integration der Bürger in das großstädtische Neubaugebiet Leipzig-Grünau" getroffen.

Die konkrete Umsetzung dieser Intervallstudie erfolgte innerhalb von 4 Erhebungen 1979, 1981, 1983, 1987, zu jeder Erhebung liegt ein Forschungsbericht vor. Erstmals konnten im Rahmen der Stadt- und Wohnsoziologie Entwicklungstendenzen der subjektiven Beurteilung der Lebensbedingungen der Bewohner des Neubaugebiets zuverlässig nachgewiesen werden.

Durch die Anwendung verschiedener Methoden (Interview, Expertengespräch, Dokumentenanalyse, Beobachtung, Briefmethode als Sonderform der autobiographischen Methode) im Rahmen der Intervallstudie wurde methodisches Neuland beschritten. Durch die Nutzung dieses Methodenarsenals und dessen Verfeinerung im Verlauf der Intervallstudie liegen bisher einmalige Forschungsergebnisse vor, deren Vorzug in der Ausbildung von Entwicklungstrends über einen Zeitraum von 8 Jahren besteht.

Zu Vergleichszwecken führten die Leipziger Stadtsoziologen Untersuchungen in Altbaugebieten der Stadt und im Neubaugebiet Potsdam-Stern durch.

Am Institut für Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin wurde in Anlehnung an die Leipziger Forschungsstrategie eine Mehrfachuntersuchung im Neubaugebiet

Berlin-Marzahn initiiert. Dazu beantragte dieses Institut die Nachnutzung des Erhebungsstandards für Leipzig-Grünau in Berlin-Marzahn.

Im Rahmen der gesamten Intervallstudie entstanden 4 Dissertationen, wissenschaftliche Artikel und Konferenzbeiträge. Eine abschließende Buchpublikation mit dem Titel "Daheim in der Großstadt" wurde trotz vertraglicher Bindung beim Verlag 1988 verhindert. Aus der Abteilung Bauwesen beim ZK der SED kam die Begründung dafür, die lautete, das Buch sei zum damaligen Zeitpunkt politisch unerwünscht.

Trotz vieler Schwierigkeiten, z.B. die Verschärfung der Genehmigungsverfahren für Bürgerbefragungen durch die Zentralverwaltung für Statistik in Berlin in den 80er Jahren, wurde von Leipzig aus die stadtsoziologische Forschung mit der typischen Großstadtspezifik vorangetrieben.

Das theoretische Paradigma ging von einer ganzheitlichen Betrachtung der Stadt als baulich-räumlicher und sozialer Organismus aus. Die städtebaulichen Voraussetzungen bildeten den Rahmen für die Entstehung von Normen, Wertorientierungen, Traditionen, Verhaltensmuster, die in eine komplexe Sicht stadtsoziologischer Forschung einfließen, wobei auch sozialpsychologische Aspekte Beachtung fanden.

Die stadt- und wohnsoziologische Forschung an der Leipziger Universität wurde durch zentrale wissenschaftspolitische Entscheidungen in der 2. Hälfte der 80er Jahre an ihrer weiteren Entwicklung durch die Reduzierung des Personalbestandes behindert.

Die prioritäre Schwerpunktverlagerung auf industriesoziologische Forschung am Wissenschaftsbereich Soziologie führte zu einer Umorientierung stadtsoziologischer Forschung auf regionalsoziologische Fragestellungen. Die Rolle und Bedeutung von Industrie für das Territorium stand nun im Zentrum der Betrachtung. Die soziale Differenziertheit der Lebensbedingungen verschiedener Regionen und die damit verbundenen vielfältigen, soziologisch relevanten Auswirkungen wurden verstärkt untersucht. Gegenwärtig wird an einer begleitenden Sozialanalyse der traditionellen Industrieregion Süd-Raum Leipzig gearbeitet. Diese Region steht vor einem tiefwirkenden Branchenzusammenbruch. Ob es gelingt, eine Dauermarginalisierung dieser und vergleichbarer alter Industrieregionen in den neuen Bundesländern zu verhindern, ist eine der zu beantwortenden Fragen.

Auf der Grundlage der sich entwickelnden Forschung konnte Stadtsoziologie allmählich auch als Lehrdisziplin etabliert werden. 1976/77 wurde an der Leipziger Universität im Rahmen der Vorlesung "Allgemeine Theorie der Soziologie" erstmals ein Block von 6 Vorlesungen Stadtsoziologie angeboten. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die soziologische Sicht auf die Stadt zum Gegenstand der Soziologieausbildung gehört, wurden nun kontinuierlich Lehrveranstaltungen unter der Überschrift "Stadtsoziologie" durchgeführt. Neben empirischen Forschungsergebnissen gehörten klassische Theoriekonzepte z.B. von Weber und Dürkheim sowie die Chicagoer Schule zum Inhalt. Dahinter stand eine gewisse Freiheit der Wissenschaft, die aufgrund der Wertschätzung der Forschungsergebnisse letztlich zur Anerkennung von Stadtsoziologie als Hauptvorlesung im Rahmen der Diplomsoziologenausbildung führte. Unter Leitung von Frau Prof. Dr. Alice Kahl wurde 1984 durch eine Arbeitsgruppe ein Lehrprogramm erarbeitet, was als Grundlage für die Ausbildung auf dem Gebiet der Stadtsoziologie an den 3 Diplomsoziologen ausbildenden Universitäten in der ehemaligen DDR diente. Zunächst wurden 30 h für dieses Lehrgebiet konzipiert. Eine Erweiterung auf 60 h war vorgesehen.

Sowohl in der inhaltlichen Erarbeitung als auch in der kontinuierlichen Umsetzung dieses Lehrprogramms gingen von Leipzig wesentliche Impulse aus, die prägend auf die Stadt- und Regionalsoziologie als Lehrdisziplin wirkten.

Aufgrund des Abwicklungsbeschlusses, der auch den Wissenschaftsbereich Soziologie der Universität Leipzig betrifft, und des gegenwärtig neu zu gründenden Fachbereiches Soziologie ist zur Zeit eine Weiterführung der Hauptvorlesung Stadtsoziologie nicht gesichert.

Christine Hannemann

Die "Platte" im Kontext der gesellschaftlichen Ideologie der DDR*
- Ein Beitrag zur Selbstthematisierung der DDR-Gesellschaft

(Kurzfassung des Diskussionsbeitrages auf der gemeinsamen Tagung der Sektionen für Stadt- und Regionalsoziologie vom 3. u. 5. Mai 1991)

Das Thema unserer heutigen Tagung: Der Fall "Ich" oder Beiträge zur Wissenschaftsentwicklung der Stadt- und Regionalforschung in deutschen Realitäten möchte ich gekoppelt mit einem wichtigen soziologischen Thema die Großsiedlungen der ehemaligen DDR darstellen. Diese sind mein Arbeitsgegenstand, seit ich 1986 entsprechend der damals geltenden Absolutenverordnung der DDR an der Bauakademie der DDR rekrutiert wurde. Zunächst im Rahmen der Aufgaben der Abteilung Prognose des Institutes für Wohnungs- und Gesellschaftsbau (Plattenbauinstitut der DDR). Später indirekt als geplantes Dissertationsthema: Prognostizierbare Aspekte der Weiterentwicklung der Wohnbedürfnisse in ihrer Relevanz für die Erzeugnisenwicklung (Erzeugnis = Produkt des industriellen Wohnungsbaus der DDR). Diese Problematik als sozio-kulturelles Transformationsergebnis gesellschaftlicher Ideologie thematisierend, ist meine Herangehens- und Betrachtungsweise zusammenfassbar (1988) mit dem Bild der immer mehr auseinanderklaffende Schere zwischen den sich vereinheitlichenden Wohnformen und der zunehmenden Differenzierung des Lebensstiles als Konfliktpotential in der Gesellschaft; heute 1991 bedarf diese Aussage keines Kommentares.

1. Die These

Eine der entscheidenden Fragen, die die deutsche Soziologie weiter beschäftigen wird, ist die Frage nach der Art und Weise der Selbstthematisierung (Bude, 1991) der beiden deutschen Gesellschaften. Diese Thematisierung und Leistung der überzeugenden Bestimmung dessen was das nun für eine Gesellschaft in der DDR war

* Die Platte ist die Umgangs- aber auch fachsprachliche Bezeichnung für das Grundelement der Gebäude des im industriellen Wohnungs- und Gesellschaftsbaus der DDR vor allem angewandten Großtafelbauweise

stalinistisch, technokratisch, feudalistisch, kleinbürgerlich etc. steht noch aus. Mir scheint durch die Analyse der baulich-räumlichen Struktur der Gesellschaft als Widerspiegelung ihrer Ideologie ist eine Annäherung an die Selbstthematisierung möglich. Die räumliche Manifestation der DDR ist symptomatisch für die ideologische Legitimation des von der SED definierten neuen Gesellschaftstypus. Die markanteste Erscheinung der staatlichen Baupolitik in der DDR-Gesellschaft - sie merken ich ziehe mich mehr oder weniger geschickt aus der Affäre - sind die Neubaugebiete mit ihren Gleichheitswohnungen.

2. Die Problemdimension

Einige Zahlen sollen diese Aussage belegen. Bei einem Wohnungsbestand von ca. 7 Millionen Wohnungen weist die offizielle Statistik ca. 2,1 Millionen seit 1950 gebaute Wohnungen aus (Sozialreport, 1990). Der Wohnungsbestand dieser Großsiedlungen ist durch staatlich/kommunales und genossenschaftliche Eigentum gekennzeichnet. Eine aktuelle Expertise des Institutes für Architektur und Städtebau weist 125 Großsiedlungen mit jeweils mehr als 2500 Wohneinheiten (Rietdorf, 1991) aus, das bedeutet ca. 20% der Bevölkerung der ehemaligen DDR lebt in Großsiedlungen. Und zwar zu über 50% in industriell errichteten Mehrfamilienhäusern, von denen 1,5 Millionen Wohnungen in Großplattenbauweise, mit dem Wohnungsbauystem 70 (i.F. WBS 70), an der Peripherie von industriellen und administrativen Zentren errichtet wurden, da dieser standardisierte Wohnungstyp überwiegend die Grundlage des Wohnungsbauprogramms der DDR bildete, soll im nachfolgenden insbesondere anhand der Grundrisse die oben formulierte These diskutiert werden.

3. Zur Ideologie der "Platte" - zwischen Ökonomie und Gleichheitspostulat

1. DDR-Spezifika der "Platte"

Im Konzept der staatlichen Ideologie vor 1990 galt Wohnen als Teilbereich der als sozialistisch definierten gesellschaftlichen Strukturen. Dementsprechend wurden die ideologischen Konzepte für das Wohnen durch die Ausprägung des klassischen Wohnkonzepts der Kleinfamilie in der sozialen Kleinwohnung realisiert. Nach dem

VIII. Parteitag (1971) durch die Fixierung der sogenannten Hauptaufgabe und damit als Kernstück der Sozialpolitik: dem Wohnungsbauprogramm der DDR als Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990.

In der baulich-räumlichen Umsetzung bedeutete dies einerseits die weitere Errichtung großer randstädtischer Neubaugebiete überwiegend mit dem System der Wohnungsbauserie 70 und damit eine Reduzierung des Städtebaus auf Wohnbebauung und andererseits die Grundausstattung von neugebauten Wohngebieten mit Infrastruktureinrichtungen in einer Minimalvariante. Diese Infrastrukturausstattung der Wohngebiete war auch nötig, denn im Sinne der Betrachtung des Menschen als Arbeitskraft waren dies wichtige Bedingungen für die Berufstätigkeit aller Personen im erwerbsfähigen Alter.

Die Konzeption der Wohnung in diesem Wohnungssystem entsprach der Ideologie der sozialistischen Familie: ideologisch bezeichnet als kleinste Zelle der Gesellschaft, empirisch existent vor allem als Kernfamilie. Kernfamilien sind Kleinfamilien die zwei Geschlechterfolgen umfaßt, d.h. aus dem Elternpaar bzw. einem Elternteil mit dem/den Kind(ern). Gleichzeitig wurde mit der Konzeption des standardisierten Wohnungstyps der WBS 70 das Ziel verfolgt, für die Mehrheit der Bevölkerung gleiche und komfortable Wohnbedingungen zu schaffen. Die Annäherung der Klassen und Schichten wurde als sozialer Grundprozeß der sozialistischen Gesellschaft gewertet und sollte durch diese technisch-organisatorischen Kriterien gefördert werden. Die Standardisierung der "klassischen" Neubauwohnung bedeutet: 1-4 Räume, Innenküche und Badzelle sowie gezielte Zuordnung bestimmter Wohnfunktionen zu bestimmten Räumen.

Scheinbarer Höhepunkt war die Formulierung dieses Gleichheitspostulates in den Konzeptionen zu Halle Neustadt Ende der 60-er Jahre. Aber schon in den 60-er Jahren mit den ersten Erfahrungen des Lebens in Neubausiedlungen (z.B. StalinStadt und Hoyerswerda-Neue Stadt) artikulierten sich sowohl bei Einwohnern sowie in der Fachwelt der Protest. Ein Höhepunkt der gesellschaftlichen Diskussion war das Erscheinen des Romans "Franziska Linkerhand" von

Brigitte Reimann, wieder einmal hatte die Literatur die Funktion der Gesellschaftsanalyse übernommen. Klar war schon damals, dass diese emphatischen Gleichheitspostulate der Legitimation des ökonomischen Mangels dienten.

2. Zu den sozial-historischen Wurzeln der industriell gebauten Wohnung - das Beispiel der WBS 70

So wie die städtebaulichen Wurzeln der Großsiedlungen eine Weiterentwicklung von Konzepten, die aus wohnungs(!)reformistischen Ansätzen des 19. Jahrhunderts hervorgegangen sind" (Schmoll, 1984), finden sich die der WBS 70 in der Diskussion der Sozialwohnung der 20-er Jahre. Als allgemein anerkannte Festlegung hatte sich ein Wohnungsgrundriß von etwa 65qm durchschnittlicher Fläche für das Raumprogramm der Kleinwohnung der Typengrundriß des staatlich subventionierten Wohnungsbaus herausgebildet. Damit waren alle Voraussetzungen geschaffen worden, unter den Bedingungen des gemeinnützigen oder staatlichen Wohnungsbaus für eine große Anzahl von Haushalten mit ähnlichen sozialen Situationen Wohnungen zu schaffen. Vor diesem historischen Hintergrund wird erklärbar wie jahrhundertalte, sich räumlich dokumentierende, soziale Unterschiede in den Wohnbedingungen zugunsten einer DDR-weiten gleichförmigen Anwendung von typisierten Gebäuden und Grundrißlösungen verändert wurden. Die Beeinflussung des sozialen Wohnungsbaus der 20-er und 30-er Jahre durch die baulich-räumliche Konzeption des großbürgerlichen Wohnens des 19. Jahrhunderts wird in der internationalen Literatur vielfältig dokumentiert. Die schematische Darstellung soll diesen Zusammenhang modellhaft zeigen:

Schema A: Gestaltungsprinzip der großbürgerlichen Wohnung des 19. Jahrhunderts (WAHRHAFTIG, 1982):

1. Repräsentations- und Wirtschaftsbereich
Wohnzimmer, EBzimmer und Küche
Tagbereich
2. Familienbereich
Kinderzimmer, Schlafzimmer und Bad
Nachtbereich
3. Personalbereich

Schema B: Gestaltungsprinzip der Wohnung des sozialen Wohnungsbaus der 20-er Jahre (WAHRHAFTIG, 1982):

1. Repräsentations- und Wirtschaftsbereich
Wohnzimmer, Eßplatz und Küche
Tagbereich
2. Familienbereich (Individualbereich)
Kinderzimmer, Schlafzimmer und Bad
Nachtbereich

Schema C: Gestaltungsprinzip der industriell gebauten Sozialwohnung in der DDR (Hannemann, 1989):

1. Familien- und Wirtschaftsbereich
Wohn-, Kinderzimmer, Eßplatz und Küche (vor allem Innenküche)
Tagbereich
2. Individualbereich
Schlafzimmer und Bad, teilweise Kinderzimmer
Nachtbereich

Sicherlich können solche Schemata nur unzureichend die Wirklichkeit widerspiegeln, doch deutlich wird das traditionelle Moment in der Fortführung der Grundrißkonzeption im "Sozialismus".

Ein interessantes Untersuchungsergebnis, das diese These unterstützt, ergibt sich aus 1988 als Fallstudien durchgeführte Grundrißanalysen (Hannemann, 1989) zur geschlechtstypischen Nutzung der Neubauwohnung. Der Typ der "klassischen" Neubauwohnung bewirkt offensichtlich eine Ausprägung von geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen. Mit diesen Fallstudien konnte gezeigt werden, daß es Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischer Raumnutzung, Wohnleitbildern und Wohnverhalten gibt. Die räumliche Organisation der Neubauwohnung wirkt durch die durchschnittliche Wohnungsgröße von 57 qm und die oben beschriebene hierarchische, funktions-spezifische Grundrißgestaltung auf diese Verhaltensweisen verstärkend.

4. Resultate soziologischer Neubauforschung in der DDR - eine Synopse der wichtigsten Ergebnisse

Großsiedlungen haben in der DDR einen schlechten Ruf, wobei zu

beachten ist, daß angesichts der allgemeinen Wohn- und Lebensbedingungen in der DDR für viele das "Höchsterreichbare" im Wohnstandard die Neubauwohnung - wenn möglich noch in "Berlin" - war. Sie galten in der DDR als grau, langweilig und anonym, als Schlafstädte. Als Arbeitsstätten (Hausarbeit), insbesondere für Frauen sind sie wenig im öffentlichen Bewußtsein. Diese Aussagen waren aber nie Ergebnis Stadt- und wohnsoziologischer Untersuchungen. Deren generelles Kriterium war es die Stabilität des sozialistischen Systems zu dokumentieren, und für die Politikberatung noch Zuverbesserndes zu erarbeiten; was dann wenig beachtet wurde. Der Ausgangspunkt von soziologischen Untersuchungen war die These von der Interessensübereinstimmung zwischen Individuum und Gesellschaft.

- Tendenzielle Unterschiede zeigen sich in der Bewertung durch Nichtbewohner und Bewohner: Vollkomfort, günstige Spielmöglichkeiten für Kleinkinder, Verkehrsberuhigung, Lärm und Immissionschutz werden von Bewohner als positive Aspekte des Wohnens in Neubaugebieten hervorgehoben. Mit der mangelhaften architektonischen Gestaltung des Wohngebietes haben sich die Bewohner abgefunden. Kritisiert werden vor allem die Mängel der Infrastruktur des Wohngebietes.

- Im Hinblick auf die Wohnung werden vor allem die Größe der Zimmer und die Wohnungsgrundrisse als problematisch angesehen. Die Wohnungen wurden bei einer Belegung entsprechend den wohnungspolitischen Vergabeprämissen (2R-Wohnung = 2-3 Personen, 3R-Wohnung = 3-4 Personen, 4R-Wohnung = 4-5 Personen; typisch ist z.B. die Belegung 2-Kind-Familie in einer 3-R-Neubauwohnung) als zu klein empfunden. Seit Jahren wurde kritisiert, daß das Kinderzimmer und das Bad (Badzelle) zu klein sind, daß die Küche zu eng ist und ein Abstellraum fehlt.

- Defizite in der kulturell-sozialen vor allem sportlichen Infrastruktur sind weitere seit Jahren formulierte Hauptkritikpunkte. Gleiches gilt für die Unzufriedenheit mit den Naherholungsmöglichkeiten.

- Kennzeichnend für Neubaugebiete in den Ländern der ehemaligen DDR ist eine durch die staatliche Wohnungsvergabepolitik spezifische Bevölkerungsstruktur. Welches als Problem der demografischen Wellen bezeichnet wird: eine relativ homogene Altersstruktur, ein

geringer Altersdurchschnitt und eine hohe Kinderzahl. Angesichts der homogenen Wohnungs- und Altersstruktur ist abzusehen, daß die vor allem die älteren Neubaugebiete in der demographischen Perspektive Seniorenhochburgen werden.

- Auch hinsichtlich der Qualifikation unterscheidet sich die Neubaugebietsbevölkerung von organisch gewachsenen Stadtgebieten. Die Gruppe der Un- und Angelernten ist gering vertreten. Bewohner die über einen Hoch- und Fachschulabschluss verfügen, sind deutlich überrepräsentiert.

Somit läßt sich der Typus des Neubaubewohners wie folgt charakterisieren: Sie/Er ist 25-45 Jahre alt, verheiratet bzw. lebt in einer Lebensgemeinschaft (1/4 leben ohne Partner) und hat 1 bis 2 Kinder. Innerhalb der Sozialstruktur gehören sie zur Gruppe der Facharbeiter, Angestellten oder der Intelligenz.

5. Versuch eines Resümees

Insgesamt kumulieren in den Großsiedlungen der ehemaligen DDR heute soziale, wohnungswirtschaftliche, städtebauliche und technische Probleme als Ergebnis vierzigjähriger SED-Baupolitik. Resultat des sozialen Wandels in den Städten der DDR ist einerseits eine gute Infrastrukturausstattung der Neubaugebiete. Andererseits bilden die sozial-räumlichen Strukturen von der Grundrißkonzeption der Wohnung bis zur Monostruktur dieser Gebiete ein spezifischen Beitrag zur Selbstthematisierung der DDR-Gesellschaft. In dem sie ein Beispiel für politischen Technizismus in der Planung, für eine übersteigerte Funktionsentmischung und für eine konservative Familien- und Wohnungspolitik darstellen.

Die Ideologie zum Bauen war immer durch die Fixierung auf eine Hauptaufgabe (Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem) gekennzeichnet. Das führte zur Ausblendung aller anderen Probleme, obwohl diese deutlich sichtbar waren und vor allem in der Belletristik angesprochen wurden. So denke ich hier vor allem an den von der öffentlichen Rezension kaum beachteten Schlüsselroman von

Alfred Welm "Morisco".*

Weitere Probleme waren z.B. die Sanierung der Neubaugebiete, die "Entsorgung" der verbrauchten Platten oder der Verfall der Innenstädte. Dies alles sind Indizien für die mangelnde Problemlösungskapazität der DDR-Gesellschaft. Probleme die allen bekannt waren durften nicht als solche formuliert werden. Tabus, die auch durch Entscheidungsträger z.B. der Stadt- und Regionalsoziologie der DDR nicht angerührt wurden. Damit verbunden war die Unterdrückung aller mit diesen verdrängten Problemen Beschäftigten. Ich habe hier das Beispiel der Neubaugebiete vorgestellt. Gegenwärtig kann erstmalig die "Lösung der Großsiedlungsfrage als soziales Problem" diskutiert werden, erste Revitalisierungskonzeptionen für die Großsiedlungen der ehemaligen DDR werden erarbeitet.

6. Quellen

Bude, Heinz: Das Ende einer tragischen Gesellschaft, unv. Manuskript eines Vortrages vom März 1991
 Hannemann, Christine: Was fällt raus, wenn sie reingeht? Zur Geschlechtsspezifik des Wohnens in der DDR. In: Allers, Monika u.a. (Hg.) "Frauen erneuern ihre Stadt", Hamburg 1989, S. 38 ff
 Hannemann, Christine: Frauenforschung in der Stadtsoziologie? In: dieselbe (Hg.) "Frauengerechte Stadt?!", Berlin-Ost 1990, S. 33 ff.
 Hannemann, Christine: Wenn Frauen "sozialistisch" Wohnen - Zur Lebensweise in Großsiedlungen in der ehemaligen DDR - empirische Befunde und kontemporäre Probleme. In: Martwich, Barbara (Hg.) "Frauenpläne", Hamburg 1991
 Kuhirt, U. (Hg.): Kunst der DDR 1960-1980, Leipzig 1983
 Reimann, Brigitte: Franziska Linkerhand, Berlin Ost 1974
 Rietdorf, Werner u.a.: Große Neubaugebiete in den fünf neuen Bundesländern (Bestandsaufnahme). Unv. Expertise zum Forschungsthema "Städtebauliche Entwicklung von Neubauesiedlungen" Kurzfassung für das Fachseminar am 23. April 1991 in Berlin, Berlin 1991
 Schmoll, Fritz: Modernisierung von Großsiedlungen das Beispiel Schweden, Hochschule der Künste Berlin (West) 1984
 Sozialreport '90: Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Gunnar Winkler (Hg.), Berlin (Ost) 1990
 Wahrhaftig, Myra: Wie behindert die Wohnung die Emanzipation der Frau, Berlin (West) 1982
 Welm, Alfred: Morisco, Berlin (Ost)/Weimar 1987

* Morisco, der Name eines Pferdes, als Metapher für die Entwicklung eines Architekten, dessen feindsidierte Dressur im Verlaufe der Romanhandlung ausführlich dargestellt wird, und deren graulich makaberer Höhepunkt die Kastration zum Zwecke der Erreichung höchster Rennergebnisse ist.

Siegfried Grundmann/ Ines Schmidt

Migration in und aus Ostdeutschland

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland haben sich auf dem Gebiet der früheren DDR (Ostdeutschlands) die Bedingungen der Bevölkerungsmigration und überhaupt der räumlichen Mobilität grundlegend verändert.

Der Stellenwert einzelner Determinanten von Migrationsprozessen, insbesondere jener Determinanten, die positive oder negative Saldo der Migration verursachen, wird sich erheblich verändern.

Einen langfristig prägenden Einfluß auf die Migration in und aus Ostdeutschland hat bis zum Ende der 90er Jahre der gravierende Unterschied im Entwicklungsniveau Ostdeutschlands und Westdeutschlands. Vorherrschend bleibt bis dahin die Migration aus Ostdeutschland nach Westdeutschland.

Gleichzeitig wird Ostdeutschland sukzessive zu einem Zielgebiet der Migration aus Westdeutschland und dem Ausland.

Darum aber wird die Binnenmigration in Ostdeutschland nicht bedeutungslos - es stellt sich vielmehr die Frage nach den Bündelungseffekten, Wechselwirkungen, ggf. auch Kompensationsformen zwischen den verschiedenen Formen migrationeller Mobilität.

I Migration in Ostdeutschland

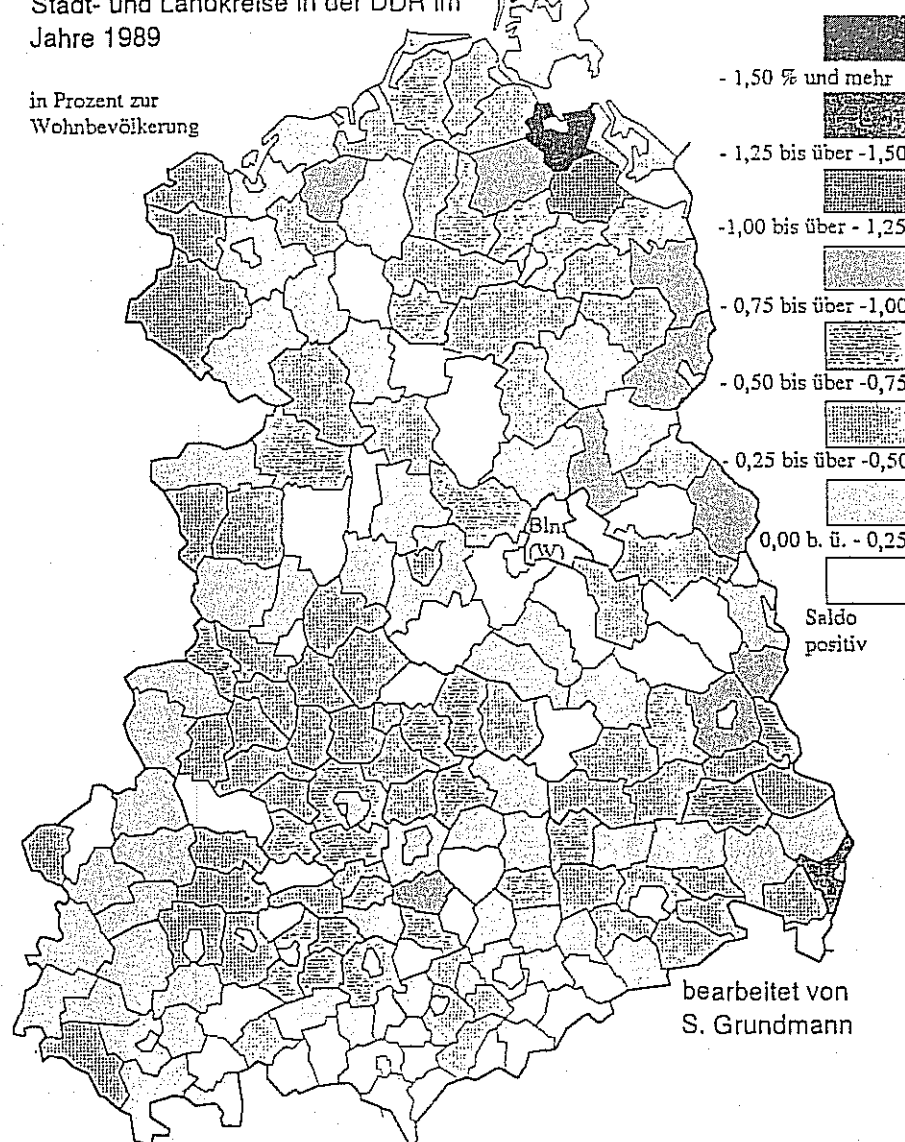
In den 80er Jahren haben jährlich ca. 2,5 Prozent der Bevölkerung innerhalb der DDR den Wohnort gewechselt. (Vgl. Karte I)

Dreh- und Angelpunkt des Binnenwanderungsgeschehens war die Berlin-Migration. Der hierarchische Charakter der Migration war deutlich ausgeprägt. Großstädte wie Leipzig oder Dresden hatten zwar hohe Wanderungsverluste nach Berlin, konnten diese aber (wenn auch zunehmend weniger) durch Gewinne aus der innerbezirklichen Migration überkompensieren. Die Richtungen der Binnenwanderung wurden weniger durch Ungleichgewichte zwischen Regionen als vielmehr durch Niveauunterschiede zwischen Siedlungen (Städte verschiedenen Typs und Dörfer) beeinflusst. Dabei hatte die überwiegende Zahl der Städte und Dörfer erhebliche Migrations- und aufgrund der niedrigen Fruchtbarkeitsziffern auch anhaltende Bevölkerungsverluste. Die Migrationsgewinne der Hauptstadt und der Mehrzahl der Bezirks- und Großstädte sowie einiger Mittelstädte gingen vor allem zu Lasten der Dörfer in agrarisch strukturierten

Karte 1

Salden der Binnenwanderung der Stadt- und Landkreise in der DDR im Jahre 1989

in Prozent zur Wohnbevölkerung



bearbeitet von S. Grundmann

36

37

Gebieten im Nordosten der DDR sowie von Kleinstädten ohne Kreisstadtfunktion vor allem im Süden der DDR.

Ein weiteres Charakteristikum der Binnenwanderung in der DDR waren weitgehend fehlende Suburbanisierungsprozesse.

Soziale Mechanismen, die die massenhafte Entstehung von Migrationsbereitschaft und deren Umschlag in reale, in bestimmte Richtungen gehende Migration beeinflussten, waren:

(1) Aufgrund der für die Planwirtschaft und das zentralstaatliche Denken typischen Konzentration der Investitionen auf Großbetriebe und Großstädte, der ständigen Aufblähung des Staatsapparates sowie spezifischer Mechanismen der Personalpolitik wurden vor allem die Hauptstadt und die Bezirksstädte Produzenten neuer Arbeitsplätze und zu Zielorten der Migration.

(2) Die primäre Orientierung auf massenhaften Wohnungsneubau führte zu einem Diktat des industriellen Bauens, zur vorrangigen Standortwahl am Rande der großen Städte und zugleich zur Vernachlässigung von Baureparaturen und der Modernisierung in den Innenstadtbereichen. Es gab einen sehr engen Zusammenhang zwischen Wohnungsneubau und Binnenwanderungsgewinn; d.h. in den Großstädten wurde ein Großteil der Neubauwohnungen an Zuwandernde vergeben.

3) Abwanderungsdruck erzeugte der desolate und sich permanent verschlechternde Zustand der Infrastruktur insbesondere in den Dörfern dünn besiedelter Gebiete sowie der hohe Verschleißgrad der Infrastruktur auch in den Klein- und Mittelstädten vor allem im Süden der DDR (z. B. Görlitz).

4) Die schlechte Verkehrsinfrastruktur und die z.T. völlig unzureichende Verkehrsanbindung kleiner ländlicher Siedlungen an die jeweiligen Kreisstädte hatte zur Folge, daß die Arbeitspendelwanderung nur in geringem Maße eine Alternative zur Migration war.

Außerdem führte die unzulängliche technische Ausstattung vieler Landwirtschaftsbetriebe sowie der Kleinbetriebe außerhalb der Landwirtschaft und die deshalb in großem Umfang erforderliche schwere körperliche Arbeit zu einer massenhaften Orientierung junger Leute auf eine Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft und somit zu ihrer Abwanderung aus den Dörfern, was deren wirtschaftli-

che und soziale Potenzen weiter verringerte. Dadurch wurde wiederum Migrationsbereitschaft produziert. Es entstand in vielen Dörfern gewissermaßen eine Spirale zwischen Wirkungen und auslösenden Faktoren für Abwanderung.

5) Hohe Umweltbelastungen - vor allem bedingt durch die Karbochemie - führten vor allem im Ballungsgebiet Halle-Leipzig-Dessau zu überdurchschnittlichen Abwanderungsquoten.

Im Bezirk Leipzig sowie im Bezirk Cottbus kam es außerdem aufgrund der Devastierung ganzer Ortschaften zum Zwecke der Erschließung von Braunkohletagebauen zu einer Sonderform von Binnenmigrationsprozessen.

Die der politischen Wende folgende, zunächst noch zunehmende wirtschaftliche und soziale Destabilisierung Ostdeutschlands bedingte auch Veränderungen in den Mechanismen der Migration.

Schlüsselproblem und Haupttendenz ist die Transformation der vorrangig wohnungsbauabhängigen Binnenwanderung der DDR in die arbeitsmarktbestimmte Ostdeutschlands.

Der Faktor "Arbeit" - unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung in der DDR, der weitgehenden Absicherung durch das Arbeitsgesetzbuch, in der Regel unbefristeter Arbeitsverträge und akuten Arbeitskräftemangels in nicht wenigen Bereichen für das Binnenwanderungsgeschehen von untergeordneter Bedeutung - wird zukünftig entscheidend sein für die Richtungen und Salden der Migration. Hinzu kommt, daß sich die Standortwahl des Wohnungsbaus unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nun vor allem an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientieren wird und damit die extrem eigenständige Bedeutung für das Binnenwanderungsgeschehen verliert.

Es ist kurzfristig damit zu rechnen, daß sich aufgrund der hohen und weiter steigenden Arbeitslosenquote in allen Wirtschaftszweigen und Regionen und aufgrund des faktischen Zusammenbruchs des Wohnungsbaus die Binnenwanderungssalden zwischen den neuen Bundesländern, ihren Kreisen und Gemeinden nicht nur relativ (im Vergleich zur Ost-West-Wanderung), sondern auch absolut verringern werden.

Längerfristig kann mit widersprüchlichen Wirkungen unterschiedlicher Einflußfaktoren auf das Binnenwanderungsgeschehen in Ost-

deutschland gerechnet werden, wobei es wohl insgesamt zu einem leichten Anstieg der Binnenwanderungsintensität und auch der Salden kommen wird, ohne das Ausmaß der Binnenwanderungssalden der DDR wieder zu erreichen.

In Richtung eines Wiederanstiegs der Binnenwanderungssalden in den neuen Bundesländer können wirken:

- regionaler wirtschaftlicher Aufschwung, verbunden mit der massenhaften Schaffung von Arbeitsplätzen;
- mit Stadterneuerungsprozessen vor allem in Großstädten verbundene Segregationsprozesse, die auch mit Migrationsprozessen über die Gemeindegrenzen verbunden sein werden bzw. solche zur Folge haben können;
- die sich fortsetzende Wanderung aus den neuen in die alten Bundesländer, die Nachzugsprozesse vor allem in die größeren Städte hervorrufen und damit Binnenwanderung innerhalb Ostdeutschlands stimulieren kann;
- die soziale Umstrukturierung Ostdeutschlands und damit auch neue Zusammenhänge zwischen sozialer und migrationeller Mobilität.

Die Herausbildung föderaler Strukturen, die personelle Umbesetzung vorhandener Institutionen, des Apparates von Parteien und Organisationen, die Schaffung neuer Strukturen, verbunden mit dem Absturz alter Eliten und der Entstehung neuer (deren Vertreter nicht zuletzt darum bemüht sind, dem auch im Wohnbereich einen entsprechenden Ausdruck zu verleihen), die Auflösung ganzer Berufsgruppen und die Entstehung neuer - all das bringt für viele ehemalige DDR-Bürger auch einen Wohnortwechsel oder die Nutzung einer Nebenwohnung und damit das Arbeitspendeln mit sich.

Gegen den Wiederanstieg der Binnenmigrationssalden zwischen den Ländern und Kommunen Ostdeutschlands, d.h. in Richtung der Reduzierung territorialer push- und pull-Faktoren für Binnenwanderung wirken folgende Prozesse:

- die stärkere Erschließung regionaler und kommunaler endogener Entwicklungspotentiale und damit eine Neuverteilung von Chancen, aber auch Problemen unabhängig von der früher dominierenden Achse zentralistisch-administrativ verteilter Investitionen;
- die neuen Erfordernisse und Möglichkeiten zur massenhaften Schaffung von privaten Klein- und Mittelbetrieben besonders in den

Mittel- und Kleinstädten (u.a. im Zusammenhang mit dem hier vorhandenen überdurchschnittlichen Baubedarf) und eine daraus resultierende stärkere wirtschaftliche und dann auch soziale Leistungskraft dieser Gemeinden;

- das erhöhte Risiko einer Mieterhöhung im Falle des Bezugs einer anderen Wohnung (also auch im Falle einer Migration);
- die wachsenden Möglichkeiten eines Ersatzes von Migration durch Arbeits- und Freizeitpendeln aufgrund der Modernisierung des Verkehrswesens und der zunehmenden privaten Modernisierung.

Es ist in den Tendenz langfristig mit einem Ansteigen der migrationellen Mobilität zu rechnen, weil die völlige wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung Ostdeutschlands mit einer Verschiebung von Standortvorteilen und dem Aufbrechen neuer regionaler Disparitäten einhergehen wird, was migrationsauslösend wirkt. Die frühere Integration in das osteuropäische Wirtschaftsgebiet ist aufgehoben; es erfolgt stattdessen eine Integration Ostdeutschlands in das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft. Aus der einstmals dominierenden Ost- wird eine (wie vor der Spaltung Deutschlands) dominierende West-Orientierung. Wegen der räumlichen Nähe zu den alten Bundesländern haben insbesondere die Gebiete im Westen der früheren DDR in Zukunft erhebliche Standortvorteile und können perspektivisch zu Zielgebieten der Binnenmigration Ostdeutschlands werden.

II. Migration aus Ostdeutschland

Im Herbst 1989 wurde die Migration aus der DDR nach der Bundesrepublik Deutschland bzw. Berlin (West) zur dominierenden Richtung der Migration von Bürgern Ostdeutschlands. Etwa 340000 Bürger haben die DDR in diesem Jahr in Richtung Westen verlassen.

Die Ausreise von Hunderttausenden in Richtung Westen war im Jahre 1989 Beginn, Begleiterscheinung und eine Folge der Revolution in der DDR. Die artikulierten Ursachen der Ausreise waren zunächst vor allem politischer Natur, allerdings schon im Jahre 1989 mit wirtschaftlichen Motiven sehr eng verbunden.

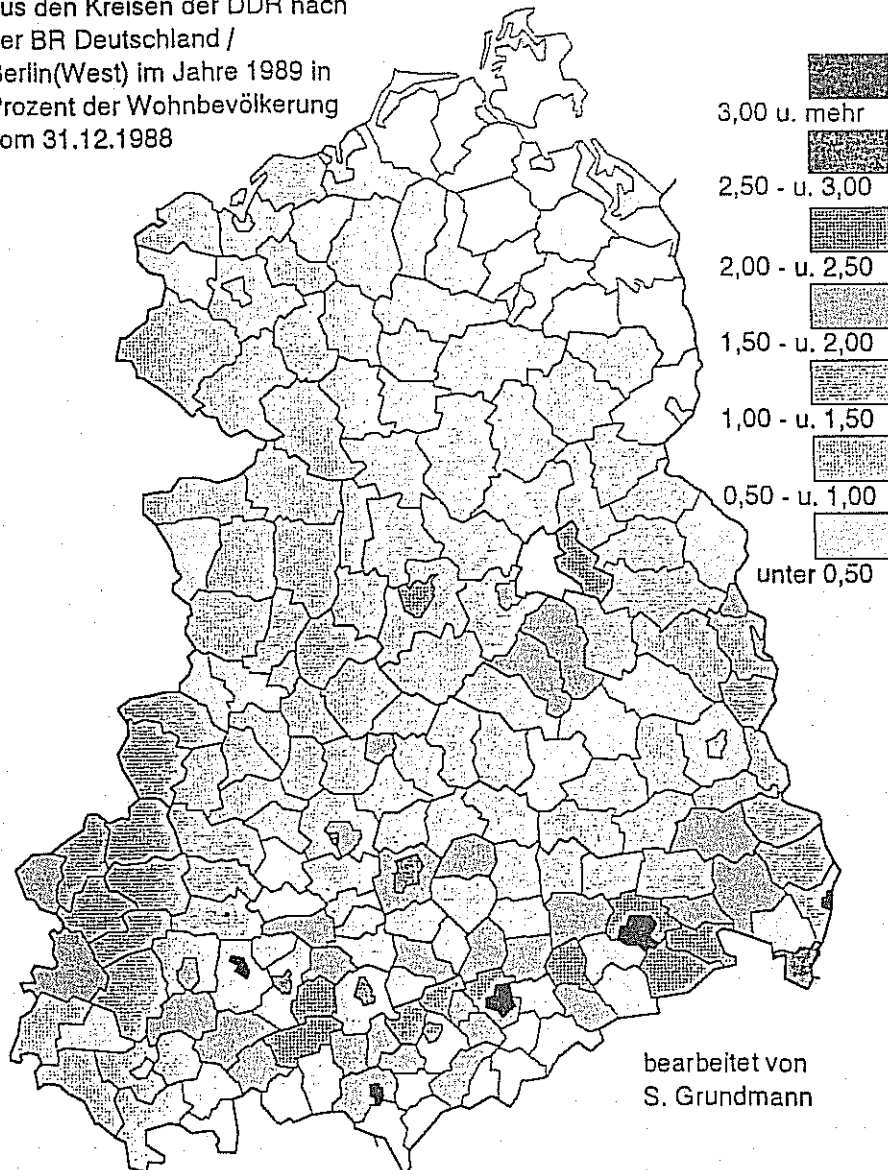
Die hauptsächlichen Quellgebiete der damaligen Wanderung nach der BRD waren mit den Quellgebieten der Binnenwanderung in der DDR nicht identisch. Das Potential der "Außenwanderung" war vor allem in den Großstädten angestaut, darunter in Berlin. Quellgebiete der

Ost-West-Migration waren im Jahre 1989 außer Berlin, andere Großstädte und die Südbezirke der DDR (Vgl. Karte 2). Insgesamt war im Jahre 1989 also tendenziell eine Gegenläufigkeit von Binnen- und Außenwanderung zu verzeichnen, wobei allerdings die Außenwanderungsverluste in den meisten Kreisen der DDR größer gewesen sind als die (wenn vorhanden) Binnenwanderungsverluste. Diese Gegenläufigkeit ist allerdings nicht uneingeschränkt feststellbar. Die Kleinstädte im Süden der DDR hatten sowohl hohe Binnenwanderungs- als auch Außenwanderungsverluste.

Aus der einstmals bezwungenen, behördlich gesteuerten, war im Herbst 1989 eine erzwungene Migration und schließlich ein durch politische Restriktionen nicht behinderter Wegzug migrationswilliger Bürger geworden. Daraus erklärt sich auch die plötzliche Veränderung in der sozialdemographischen Struktur der Migranten: Bis zum Jahre 1988 war der Anteil der älteren Menschen an den Übersiedlern nach der BRD sehr hoch. Extrem hoch war deren Anteil im Jahre 1982. Damals betrug der Anteil der über 60jährigen 38,4 Prozent; der Anteil der 18 bis unter 40jährigen dagegen nur 31,5 Prozent. Damit hängt zusammen, daß im Jahre 1982 auch der Anteil der Frauen an den Übersiedlern mit 56,9 Prozent extrem hoch gewesen ist. 1989 stieg der Anteil der 18 bis unter 40jährigen plötzlich auf 61,9 Prozent; der Anteil der Übersiedler im Alter von 60 und mehr Jahren sank auf 3,3 Prozent (Bevölkerungsanteile: 34,1 bzw. 18,1 Prozent). 1989 waren nur noch 48,2 Prozent der Übersiedler Frauen. Eine logische Konsequenz der Veränderungen in der demographischen Struktur der Migranten war auch die Erhöhung des Anteils der Facharbeiter sowie der Hoch- und Fachschulabsolventen.

Entgegen vielen Voraussagen und Erwartungen hatte die Ost-West-Migration im Jahre 1990 mit etwa 330000 Wanderungsfällen nahezu den gleichen Umfang wie im Jahr zuvor. Die im Jahre 1989 und Anfang 1990 häufig geäußerte Behauptung bzw. Erwartung, daß die Einführung der D-Mark in der DDR bzw. der Anschluß der DDR an die BRD das Problem der massenhaften Ost-West-Wanderung aus der Welt schaffen würde, hat sich damit als Irrtum bzw. als bewußte Täuschung der Volksmassen erwiesen. Es war auf Grund gesicherter Erkenntnisse der Migrationsforschung schon am Ende des Jahres 1989 als sicher anzunehmen, daß die Einführung der D-Mark Migrations-

Negative Salden der Migration aus den Kreisen der DDR nach der BR Deutschland / Berlin(West) im Jahre 1989 in Prozent der Wohnbevölkerung vom 31.12.1988



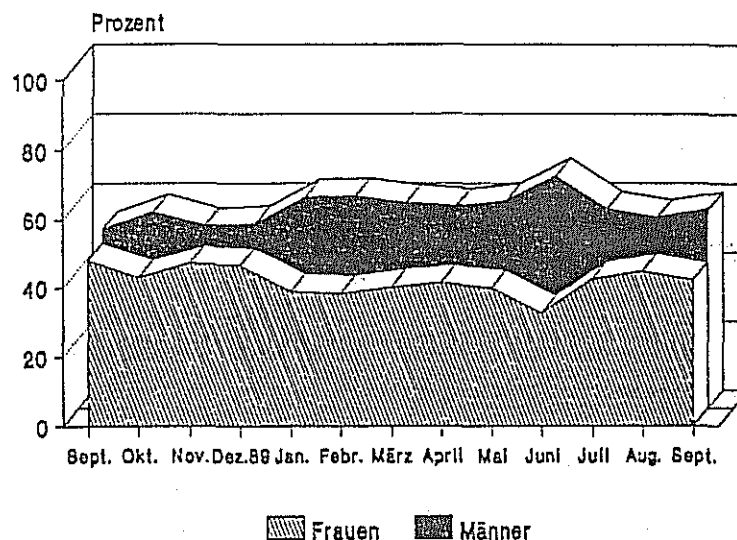
prozesse zwar beeinflussen, die hohen Migrationsverluste Ostdeutschlands aber nicht aufheben wird.

Auf 70 Wanderungen in Richtung Westen kam im Jahre 1990 eine einzige Wanderung in der entgegengesetzten Richtung. 1989 hatte die Relation 300: 1 betragen. An der Dominanz der Ost-West-Wanderung hatte sich somit kaum etwas geändert. Nachdem die politische Motivation der Wanderung zunehmend entfiel, wurde das Niveaufälle in den Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands zum ausschlaggebenden Migrationsmotiv. Die Salden der Migration (und noch präziser: die Salden der Migrationsbereitschaft) waren bisher schon und bleiben weiterhin ein Gradmesser der territorialen Unterschiede im Lebensniveau.

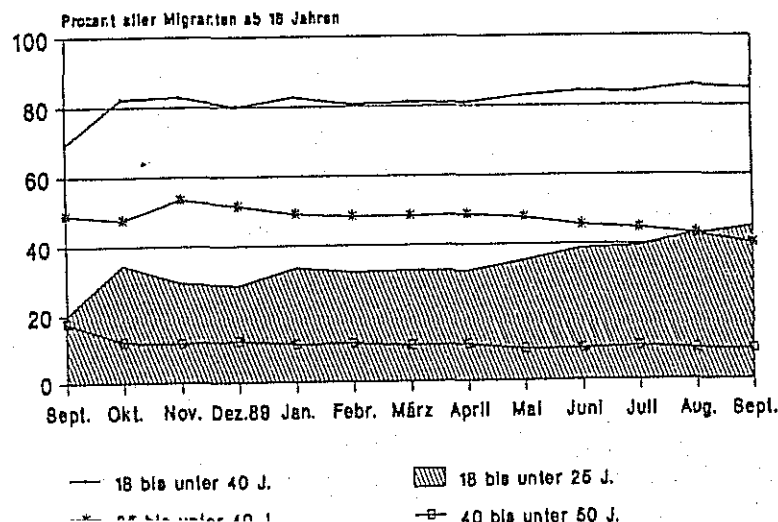
Die Struktur der Salden veränderte sich insofern als anteilmäßig noch mehr Männer und noch mehr Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren Ostdeutschland verließen (Grafik 1 und 2). Die Struktur der Quellgebiete der Ost-West-Migration hat sich im Jahre 1990 spürbar verändert. Im Gegensatz zum Jahre 1989 und den ersten Monaten des Jahres 1990 ist die Wahrscheinlichkeit einer Übersiedlung aus Ostberlin in Richtung Westen seit dem Sommer 1990 nicht überdurchschnittlich, sondern unterdurchschnittlich hoch. Die diesbezügliche Differenz zwischen dem Süden und dem Norden Ostdeutschlands hat sich verringert, wobei aber die Wegzugswahrscheinlichkeit aus dem Süden nach wie vor höher ist als in den nördlichen Regionen. Die westlichen Regionen der früheren DDR wurden im Jahre 1990 zu den Gebieten der höchsten Wegzugswahrscheinlichkeit in die alten Bundesländer.

Die geringe Wegzugswahrscheinlichkeit aus Ostberlin und die hohe Wegzugswahrscheinlichkeit der Bürger aus den Westbezirken der ehemaligen DDR deuten darauf hin, daß Lagebeziehungen einen immer größeren Einfluß auf die Migration erlangen. Je geringer die Distanz zu den alten Bundesländern ist, um so günstiger sind die Möglichkeiten einer Übersiedlung - um so geringer auch die Aufwendungen für die Vorbereitung einer Übersiedlung). Bei sehr geringer Distanz jedoch (wie im Falle der Relation Ostberlin - Westberlin) kann die Arbeitspendelwanderung zur Vorzugsvariante des Arbeitens in den alten Bundesländern werden.

DDR-BRD-Migration 1989/1990 Anteil der Geschlechter am Saldo der 25- unter 40-Jährigen



DDR-BRD-Migration 1989/1990 Anteil der Altersgruppen am Saldo der Migranten ab 18 Jahren



Die Migrationsbereitschaft der Ostdeutschen wird zur realen Migration, wenn und insofern es für sie im Westen Arbeitsplätze und akzeptable Wohnungen gibt. Da aber der Arbeitsmarkt auch im Westen nur begrenzt aufnahmefähig ist, wird der Bedarf an Zuwanderern abnehmen. Momentan übersiedeln monatlich etwa 10.000 bis 20.000 Ostdeutsche in die alten Bundesländer. Das ist nach wie vor eine erhebliche Zahl; andererseits eine spürbare Verringerung im Vergleich mit dem Beginn des Jahres 1990. Je geringer die Chance ist, Arbeitsplatz und Wohnung im Westen zu finden, um so mehr wird sich die ohnehin selektive Wirkung der Migration vertiefen. Die Zahl der Migrationswilligen im Osten Deutschlands ist groß, der Bedarf des Arbeitsmarktes im Westen demgegenüber verhältnismäßig gering. Also können sich die Arbeitgeber im Westen genau jene Arbeitskräfte auswählen, die sie benötigen - die den höchsten Gewinn bei minimalen Kosten bringen. Das Arbeitskräftepotential Ostdeutschlands wurde zu einer hochgradig mobilen Reservearmee der westdeutschen Wirtschaft. Junge und ledige, motivierte, begabte und qualifizierte Männer werden im Westen vor allem gebraucht und eben darum dorthin ziehen. Solange und soweit das Gefälle im Lebensniveau zwischen dem Westen und dem Osten existiert, besteht seitens der ostdeutschen Bevölkerung eine hohe Bereitschaft zum Wegzug nach dem Westen und seitens der westdeutschen Bevölkerung so gut wie keine Bereitschaft zum Wegzug nach dem Osten Deutschlands.

Nichtsdestoweniger hat ein gegenläufiger und sich verstärkender Prozeß der West-Ost-Migration in Deutschland begonnen. Es wandern vor allem dringlich benötigte Beamte und Manager nach dem Osten Deutschlands. Da es sich hierbei um eine Wanderung hin zum schlechteren infrastrukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Umfeld handelt, werden besondere Stimuli eingesetzt, bisher jedoch ohne die beabsichtigten Zahlen zu erreichen.

Hohe materielle Vergünstigungen allein können offenbar die desolate Infrastruktur im Osten und selbst das nur zeitweilige Herauslösen aus der vertrauten Umwelt im Westen nicht vergessen machen. Ob der Osten ausgerechnet pensionierte Beamte braucht und ob die von vornherein nur für wenige Jahre geplante Arbeit im Osten die sozial und psychologisch günstigste Lösung ist, das allerdings ist eine andere Frage. Eine Illusion dürfte auch sein, ausgerechnet von älteren Menschen eine hohe Bereitschaft zur Migration oder Arbeitspendelwanderung zu erwarten. Der Osten braucht mindestens

ebenso leistungsfähige Beamte wie der Westen. Wer im Osten tätig wird, sollte sich in vollem Maße mit den Problemen der neuen Bundesländer identifizieren. Ein Indiz dafür wäre die dauerhafte Ansiedelung im Osten. Der Ausweg aus diesem Dilemma dürfte sein:

1. die weiterhin aufwendige Stimulierung von Wanderungen gegen den Strom. Je größer die Differenz in den Lebensbedingungen zwischen dem Quell- und dem Zielgebiet solcher Wanderungen ist, um so größer ist der erforderliche Aufwand einer Stimulierung, um so größer ist dann auch die Wahrscheinlichkeit, daß Barrieren zwischen der einheimischen Bevölkerung und den hinzukommenden Migranten entstehend. Also ist notwendig -
2. die rasche Reparatur und Modernisierung der ostdeutschen Infrastruktur und die Behebung der Umweltschäden. Der Zuzug von Fachleuten aus dem Westen wird dadurch begünstigt, die für eine Wanderung erforderlichen sozialen und finanziellen Aufwendungen sinken.
3. Eine Alternative zur aufwendigen Stimulierung von Wanderungen gegen den Strom wäre die stärkere Orientierung auf die effektive Nutzung des in Ostdeutschland vorhandenen Kräftepotentials - mehr Vertrauen in das Leistungsvermögen der Ostdeutschen, Primat der Fachkompetenz bei Personalentscheidungen.

Mit ausgeglichenen Salden der Migration zwischen den alten und den neuen Bundesländern ist erst dann zu rechnen, wenn die Gesundung Ostdeutschlands erkennbare Fortschritte macht und der Arbeitskräftebedarf mit reaktivierten (aus der Arbeitslosigkeit entlassenen) Arbeitskräften nicht gedeckt werden kann.

Nicht nur ausgeglichene Salden der Migration, sondern hohe Migrationsgewinne wären jedoch erforderlich, wenn der Prozeß der Verringerung der Bevölkerungszahl Ostdeutschlands gestoppt werden soll. Im Jahre 2000 werden wahrscheinlich weniger als 15 Millionen Menschen in den neuen Bundesländern leben. Eine wesentliche Korrektur dieser Aussage könnte die massenhafte Zuwanderung von Ausländern bringen. Über den Umfang der Immigration sind momentan aber keine verlässlichen Prognosen möglich.

Priv.-Doz. Dr. Richard Pieper
Institut für Sozialwissenschaften
TU München, Lothstr. 17, 8000 München 2

Dezentralisierung und Regionalisierung sozialer Dienste auf Stadtebene
Skizze eines Forschungsprojekts in einer westdeutschen (München) und einer ostdeutschen (ev. Leipzig/Rostock) Großstadt.

vorgestellt auf der Tagung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie am
3./4.5.1991 in Weimar

Vorbemerkung

Die folgende Skizze eines Forschungsprojekts basiert auf der Praxis langjähriger Stadteilarbeit in München und ersten Gesprächen über die Situation in den neuen Bundesländern. Es handelt sich um Überlegungen über ein mögliches Projekt, das erst in der Kooperation mit einer ostdeutschen Gemeinde und möglichst auch mit einer Forschungseinrichtung dieser Gemeinde ausgearbeitet werden könnte. Die Skizze ist somit auch als Anregung für mögliche Kooperationspartner in den neuen Bundesländern zu lesen.

Zum allgemeinen Hintergrund

Die kommunale Sozialpolitik hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt für Fragen der Stadterneuerung. Hintergrund dafür sind die Arbeitslosigkeit und wohnungspolitische Probleme, aber auch Entwicklungen im Bereich der Gesundheits- und Umweltpolitik. Ökonomische Prozesse haben eine "Neue Armut" hervorgebracht, auch in reichen Großstädten wie München. Zugleich sind die Grenzen politisch-administrativer Steuerung und des wohlfahrtsstaatlichen Systems sozialer Sicherung deutlich geworden. Obwohl die Probleme durchaus große Teile der Bevölkerung betreffen und zur Rede von der "2/3-Gesellschaft" Anlaß geben, folgen sie doch einem Muster sehr differenzierter Soziallagen oder "neuer sozialer Ungleichheiten", hochgradig "individualisierter" Lebensverläufe und neuer Haushaltstypen. In der Terminologie der Sozialpolitik ist die Struktur der Zielgruppen sehr heterogen. Darüber hinaus hat sich die kommunalpolitische Situation grundlegend verändert. Verwaltung und Politik müssen mit einer politisch selbstbewußten, qualifizierten und aktiven Bürgerschaft und vielfältigen Formen neuen Engagement nicht zuletzt im Bereich der Sozialpolitik in Gestalt von Selbsthilfegruppen und Stadtteil-Initiativen rechnen.

Insbesondere im Rahmen kommunaler Arbeitsbeschaffungsprogramme sind zudem seit der Mitte der 80er Jahre neue Strategien der Förderung von Projekten kommunaler und freier Träger entwickelt worden. Nicht nur die Probleme und Zielgruppen, sondern auch die Lösungsstrategien und organisatorischen Modelle bieten inzwischen ein höchst differenziertes Bild. Im Kontext der Konflikte und Kooperationen von Kommunen, Verbänden und Initiativen entstehen neue Strukturen, die inzwischen unter dem Titel der "intermediären Systeme" diskutiert werden. Dieser soziale Wandel bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Ziele und Formen der Stadterneuerung. Neue Wohnformen und neue wohnungsnaher Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen sind insbesondere zur Ermöglichung und Förderung der Selbstorganisation und Selbsthilfe im Wohnbereich zu entwickeln.

Zunächst völlig anders ist die Situation in den Kommunen der neuen Bundesländer. Der "Neuen Armut" in Westdeutschland stehen Formen "alter Armut" aufgrund des

wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs der ehemaligen DDR gegenüber. Darüber hinaus sehen sich die Städte mit einem enormen Nachholbedarf in der Altstadtanierung konfrontiert und müssen damit rechnen, daß sich die Wohn- und Lebenssituation in den großen Neubausiedlungen objektiv aufgrund der baulichen Qualität und subjektiv im Vergleich mit westlichen Standards rapide verschlechtern wird. Der politische, wirtschaftliche und soziale Aufbau in den ostdeutschen Kommunen weist allerdings insofern eine interessante Parallele zur westdeutschen Situation auf, als auch hier, wenn auch mit völlig anderen Vorzeichen, lokale Initiativen und "intermediäre Systeme" eine zentrale Rolle spielen. Dies gilt zum einen aufgrund der wichtigen Rolle, die die Bürgerinitiativen, die Kirchengemeinden und andere lokale Vereinigungen im politischen Umbruch gehabt haben. Zum anderen sind Selbsthilfe und Eigeninitiative "vor Ort" ein Gebot der Mangelsituation. Der Aufbau muß nicht zuletzt aus den Strukturen des alltäglichen Zusammenlebens heraus bewältigt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn er sich nicht nur als die inzwischen als problematisch erlebte, fraglose Übernahme westlicher Muster vollziehen soll. Hier besteht zumindest die Gefahr, daß tragfähige Strukturen schneller zerstört werden, als der Aufbau neuer Strukturen gelingt.

Ausgangspunkte in München

In München können diese Entwicklungen am Beispiel einer reichen Kommune untersucht werden, in der gegenwärtig eine lebhaft diskutierte und politische Auseinandersetzung über neue Formen der Dezentralisierung der Verwaltung, der Regionalisierung von Kooperationen mit freien Trägern in neuen städtischen Bezirken und über die Stärkung der politischen Rolle der Bezirksausschüsse geführt wird. U.a. mit dem Instrumentarium des "Zweiten Arbeitsmarktes" und der Einrichtung eines Selbsthilfe-Zentrums sind neue Wege der Förderung und Organisation der Initiativen von Gruppen und in den Stadtteilen besprochen worden, deren Eigendynamik nunmehr auf die Ausgestaltung dauerhafter Kooperationsstrukturen drängt.

Im Stadtteil Milbertshofen ist gegenwärtig ein sehr aufschlußreicher Prozeß zu beobachten, in dem verschiedene lokale Initiativen zu einem neuen stadtteilorientierten Kooperationsmodell aller freien Träger, Einrichtungen und Initiativen zusammenfinden und mit den stadtteilbezogenen dezentralen Stellen der Verwaltung in einem "Regionalen Arbeitskreis" kooperieren. Kristallisationskern ist neben den etablierten Trägern ein Stadtteilverein, in dem verschiedene Initiativen und Projekte nach einer fast 10jährigen Stadtteilarbeit zusammengewachsen und inzwischen zu einem anerkannten Gesprächspartner für die Stadt geworden sind.

Thesen

Die allgemeine These ist:

Weniger die speziellen Programme, Einrichtungen oder Initiativen in einzelnen Politikbereichen sind auf kommunaler Ebene für tragfähige, zukunftsorientierte Problemlösungen im Bereich der Sozial-, Gesundheits-, Wohn- und Umweltpolitik entscheidend, als die Effizienz neuer Kooperationsformen zwischen Kommune, Privatwirtschaft, Verbänden und Selbsthilfe-Organisationen "vor Ort" in den Stadtteilen. Dies gilt unter Berücksichtigung der sicherlich völlig unterschiedlichen Ausgangssituation für westdeutsche ebenso wie für ostdeutsche Großstädte, weil die neuen Problemlagen diese Vernetzung erforderlich machen und auch die ostdeutschen Gemeinden nicht die Möglichkeit haben werden, mit tradierten Strategien wohlfahrtsstaatlicher Bürokratie (z.B. ressortspezifischer Problemdefinition und -bewältigung) zu operieren.

Eine wichtige Rolle spielt insbesondere die Art und Weise, wie die "lokalen Eliten" (Vertreter von Verbänden, Unternehmen, sozialen Einrichtungen, Initiativen, dezentrale Verwaltungsangestellte und Stadtratsmitglieder) mobilisiert, rekrutiert und organisatorisch in eine stadtteilorientierte Kooperation eingebunden werden können.

Die Akzente sind dabei in West und Ost durchaus unterschiedlich zu setzen:

In westdeutschen Großstädten:

- a) Die Probleme der Kooperation mit anderen Akteuren stellen sich für die Verwaltung aus einer Position relativer Stärke, wobei die Stadt versucht ist, Verbände und Selbsthilfe-Initiativen gegeneinander auszuspielen. Ziel ist die "Durchorganisation" des sozialen Feldes in einer Form, daß für das Verwaltungshandeln klar definierbare und verantwortliche Kooperationspartner mit Aufgabenstellungen in klarem Bezug zu den kommunalen Aufgaben und mit nachprüfbarer Effektivität entstehen. Dadurch werden allerdings die Vorteile selbstorganisierter Stadtteilarbeit allzu leicht gefährdet.
- b) Die Entwicklung ist bestimmt von einer starken Professionalisierung bei gleichzeitiger Tendenz zur Dezentralisierung, wobei die Professionalisierung nicht zuletzt auf das steigende Anspruchsniveau der Bevölkerung und die Dezentralisierung nicht zuletzt auf die Forderungen der fachlichen "Eliten" innerhalb und außerhalb der Verwaltung nach mehr Autonomie und Delegation von Kompetenzen reagiert.
- c) Das Zusammenspiel von Bürgerinitiativen und fachlicher Basis in den Stadtteilen bringt je nach Stadtteilgeschichte unterschiedliche Formen der Kooperation vor Ort hervor, die von der Kommune eine hohe Flexibilität verlangen. Das wohlfahrtsstaatlich begründete Interesse an der Gewährleistung einer flächendeckend gleichwertigen Versorgung gerät dabei immer wieder in Konflikt mit dem Aufgreifen der jeweils lokalen Initiativen und Besonderheiten. Dennoch liegen die produktiven Lösungen gerade in der Förderung und Einbindung der Entwicklungen "von unten", weshalb den "lokalen Eliten" eine Schlüsselstellung zukommt.

In ostdeutschen Großstädten:

- a) Die Probleme einer Kooperation im Stadtteil stellen sich in einer Situation, wo einerseits die Kommune sich ihren Einfluß noch sichern und aus einer Position der Schwäche heraus um Kooperationen bemüht sein muß, andererseits aber das Interesse am Aufbau einer stabilen politischen Struktur auch eine Tendenz zum Durchsetzen eigener politisch-administrativer Interessen begünstigt. Die Offenheit der Situation sollte dennoch die Etablierung starker Kooperationspartner ermöglichen und insbesondere die großen Verbände werden diese Möglichkeiten auch nutzen. Die Kommune könnte auch hier sehr schnell in die Lage geraten, Initiativen gegen die großen Verbände im Sinne einer flexiblen und bürgernahen Kooperationsstruktur unterstützen zu müssen.
- b) Die Entwicklung wird zunächst weniger von Tendenzen der Professionalisierung bestimmt sein, als von der Notwendigkeit über den Einsatz von Professionellen den Neuaufbau zu bewältigen und das Engagement von Laien und ehrenamtlich Tätigen zu mobilisieren. Das Problem der Erhaltung der Alltagssolidarität und gewachsener Strukturen wird sich dabei als wichtig erweisen. Mit dem Instrument der ABM wird das Problem der Arbeitslosigkeit vorrangig aufgegriffen werden; die Absicherung und Qualifizierung in gewachsenen Strukturen wird sich erst später als Interesse der "lokalen Eliten" durchsetzen.
- c) Der Strukturierung "von oben" wird eine relativ große Bedeutung zukommen müssen weil die erforderlichen Anpassungen an westliche Verhältnisse den Sachverstand in den Stadtteilen tendenziell überfordern werden. Die selbstbewußte und handlungs- und konfliktfähige Fachbasis dürfte in der Regel nicht vorhanden sein, weshalb (den möglichst dezentralen Einheiten) der Verwaltung eine Schlüsselstellung auch im Aufbau der stadtteilbezogenen Strukturen zuwachsen wird.

Zum Projekt

Das Projekt sollte sich aus einem Praxisbereich und einem Forschungsbereich zusammensetzen und als "Aktionsforschung" verstanden werden, d.h. dem Versuch der experimentellen Veränderung der Situation ist ein gewisser Vorrang vor der methodisch gesicherten Beantwortung eng definierter Forschungsfragen einzuräumen. In München findet der Prozeß der Organisation kooperativer Strukturen im Stadtteil schon statt und wird im Bereich der Praxis durch unterschiedliche Förderungsmaßnahmen der Stadt unterstützt. Erforderlich ist vor allem eine Begleitforschung über diesen Prozeß. In der ostdeutschen Gemeinde könnten die Erfahrungen in München über Formen der wechselseitigen Konsultation in einem praxisorientierten Projekt genutzt werden, um eine an örtliche Verhältnisse angepaßte Kooperationsstruktur im Stadtteil zu entwickeln. Zu denken ist hier an ein ABM-Projekt mit zusätzlich möglichst 1-2 festen Stellen um die Kontinuität im Projekt zu sichern. Die Begleitforschung hätte dieses Projekt gleichermaßen in der Praxis zu unterstützen, zu dokumentieren und zu untersuchen. Die Ziele des Projekts wären somit

- die Unterstützung der Entwicklung kooperativer "intermediärer" Strukturen in den Stadtteilen,
- die Beurteilung der Effektivität von Organisations- und Förderungsmodellen und Beschäftigungsformen in Bezug auf die Leistungen für den Stadtteil und die Bewohner sowie mit Blick auf die Förderung von Selbsthilfe und Selbstorganisation und
- die Beschreibung des Entwicklungsprozesses mit besonderer Berücksichtigung der relativen Bedeutung von Akteuren der Kommune und der lokalen Einrichtungen und Initiativen.

Der zeitliche Rahmen des Projekts sollte 3 Jahre nicht unterschreiten. Dies ist schon deshalb erforderlich, weil die Erfahrungen im Einsatz von ABM zeigen, daß die kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse eine kontinuierliche Aufbauarbeit nur ohne den zusätzlichen Druck enger zeitlicher Begrenzungen der Projekte zulassen.

Dr. Sigrun Kabisch

Informationen zum Forschungsvorhaben

Arbeitsmarktentwicklungen und regionale Mobilität bei Massenentlassungen und Betriebsstillegungen in den neuen Bundesländern

- Am Beispiel Rostock und Borna

Das Projekt wird unter Leitung der Universität Bremen, Zentrale wissenschaftliche Einrichtung "Arbeit und Betrieb", Prof. Häußermann, in Kooperation mit Wissenschaftlern der Institute für Soziologie der Universitäten Leipzig und Rostock durchgeführt.

Ziel des Forschungsprojektes ist es, die Konstitutionsprozesse regionaler Arbeitsmärkte zu verfolgen und gleichzeitig die regionalen und beruflichen Mobilitätsprozesse nachzuvollziehen. Die Anpassung eines vormals planwirtschaftlich organisierten (Schein-)Arbeitsmarktes an marktwirtschaftliche Prinzipien kann anhand der Untersuchungsergebnisse exemplarisch dargestellt werden.

Im Zentrum der Betrachtung steht die Bewältigung des Strukturwandels von zwei wirtschaftlich und sozialstrukturell unterschiedlich geprägten Regionen und die Reaktion der dort bisher lebenden Menschen.

- Braunkohlerevier Borna im Südraum Leipzig:

Dieses traditionelle Industriegebiet ist durch die Konzentration von Braunkohleförderung im Tagebau, Energieerzeugung und chemische Industrie geprägt. Kaum vorhandene Umweltschutztechnik in den überwiegend veralteten Produktionsanlagen führte zu einer außerordentlich hohen Umweltbelastung.

Diese Region ist durch eine hohe Besiedlungsdichte charakterisiert, die durch das umfangreiche Arbeitsplatzangebot in der Vergangenheit mitbedingt wurde.

Der gegenwärtig zu verzeichnende massenhafte Arbeitsplatzverlust könnte bei Ausbleiben arbeitsplatzbezogener Alternativen auf Dauer zur Entstehung einer riesigen Brachlandschaft führen, wenn die Arbeitskräfte migrieren.

- Werft- und Hafenstadt Rostock:

Hier ist die Wirtschaftsstruktur und damit das Arbeitsplatzangebot vielfältiger, so daß sich für die überdurchschnittlich jungen und besser qualifizierten Arbeitskräfte zumindest über einen Verdrängungswettbewerb Wiederbeschäftigungschancen bieten bzw. die räumliche Nähe zu den Arbeitsmärkten in Hamburg und Schleswig-Holstein überbrückende Pendelmöglichkeiten eröffnet. Außerdem sind die Lebensbedingungen aufgrund einer geringeren Umweltbelastung erträglicher. Allerdings handelt es sich um eine Erwerbsbevölkerung, die oft erst in den letzten Jahren zugezogen und deshalb - da außerdem ohne Hausbesitz - weniger sozial verankert ist, mithin eine höhere Mobilitätsbereitschaft hat und darum weniger zum Bleiben neigt, sondern ihre Erwerbsschancen anderswo suchen könnte.

Im Vergleich der beiden Untersuchungsfelder sollen Anhaltspunkte für die Beantwortung der politischen Frage, ob Dauermarginalisierung von altindustrialisierten Regionen in der ehemaligen DDR verhindert werden kann, gefunden werden.

Dabei sind Untersuchungsergebnisse und Erfahrungen zur Umgestaltung von Industriegebieten in den alten Bundesländern, z.B. zur Werttenkrise im Land Bremen, nur bedingt auf die Situation in den neuen Bundesländern übertragbar. So ist aufgrund der Monopraktik im industriellen Sektor kein diversifiziertes Arbeitsplatzangebot in den Regionen vorhanden. Arbeitsmarktpolitische Instrumente wie ABM und Fortbildung/umschulung erreichen bisher ungekannte Dimensionen. Im Rahmen des Branchenzusammenbruchs ist eine massive Entwertung von Qualifikation zu verzeichnen.

Die in der Vergangenheit außerordentlich hohe Erwerbstätigkeit von Frauen im produzierenden Bereich führt zu Massenarbeitslosigkeit und geringen Chancen für den Wiedereinsatz gerade unter Frauen.

Die regionale Mobilität ist sehr differenziert ausgeprägt. Das methodische Instrumentarium setzt sich aus Regional-Recherche, Expertengesprächen, schriftlichen Befragungen und mündlichen halbstandardisierten Interviews zusammen. Auf ausgewählte Großbetriebe, in denen Stilllegungen und Massenentlassungen anstehen, konzentriert sich das Projekt. Die Laufzeit wird für drei Jahre angestrebt.

Der Antrag auf Bewilligung des Forschungsvorhabens wurde bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingereicht.

3. Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur ersten gemeinsamen Sitzung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

3. und 4. Mai 1991 in Weimar

		Stefan Röhrbein	Universität Leipzig TAS/Amerikanistik AH Oetsch 21 0 - 7113 Markkleeberg
Christine Weiske	Hochschule für Architektur und Bauwesen Fachbereich Raumplanung, LS Soziologie Coudraystraße 13 0 - 5300 Weimar	Wolfgang Serbser	Technische Universität Berlin Institut für Soziologie Skr. DO 416 Dovestraße 1 W - 1000 Berlin 10
Jürgen Krämer	Soziologisches Seminar der Universität Göttingen Platz der Göttinger Sieben 3 W - 3400 Göttingen	Richard Pieper	Technische Universität München Institut für Sozialwissenschaften Lothstraße 17 W - 8000 München 2
Ulfert Herlyn	Institut für Freiraumentwicklung und planungsbezogene Soziologie der Universität Hannover Herrenhäuser Straße 2 W - 3000 Hannover	Uta Schäfer	Hochschule für Architektur und Bauwesen Fakultät Raumplanung, Lehrstuhl Soziologie Coudraystraße 13 0 - 5300 Weimar
Bernd Hunger	Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung Scharrenstraße 2-3 0 - 1026 Berlin	Christine Hannemann	Technische Universität Berlin Institut für Soziologie Skr. DO 416 Dovestraße 1 W - 1000 Berlin 10
Frank-Olaf Brauerhoch	Johann Wolfgang Goethe-Universität Fachbereich 3, WBe 1 Robert-Mayer-Straße W - 6000 Frankfurt/Main	Hartmut Häußermann	Universität Bremen Postfach 330 440 W - 2800 Bremen 33
Jens Dangschat	Universität Hamburg, Institut für Soziologie Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung Sedanstraße 19 W - 2000 Hamburg 13	Harald Bodenschatz	Institut für Soziologie der Technischen Universität Berlin Skr. DO 413 Dovestraße 1 W - 1000 Berlin 10
Wilfried Kaib	Landgrafenring 8 W - 6050 Offenbach/Main	Tilman Harlander	Lehrstuhl für Planungstheorie der RWTH Aachen Schinkelstraße 1 W - 5100 Aachen
Marianne Rodenstein	Johann Wolfgang Goethe-Universität Fachbereich 3, WBE Produktion/Sozialstruktur Postfach 11 19 32 W - 6000 Frankfurt/Main	Wendelin Strubelt	Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung Postfach 20 01 30 W - 5300 Bonn 2
Rosemarie Sachmann	Universität Bremen, ZWE-Arbeit und Betrieb Postfach 330 440 W - 2800 Bremen 33	Horst Müller	Stadt Nürnberg Sozialatlas Am Plärrer 2 W - 8500 Nürnberg 80
Detlev Ipsen	Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Stadt- planung - Landschaftsplanung Henschelstraße 2 W - 3500 Kassel	Ulrike Brenner	Institut für Soziologie, FB 2 der Technischen Hochschule Darmstadt Residenzschloß W - 6100 Darmstadt
Norbert Gesting	Universität Bremen, ZWE Arbeit und Betrieb Postfach 330 440 W - 2800 Bremen 33		

HbK Hamburg
FB Architektur
Lerchenfeld 2
W - 2000 Hamburg 76
Dolgensseestraße 50
0 - 1136 Berlin

Berndt Wetzlar

Fred Stauffenbiel

Johann Wolfgang Goethe-Universität
FD03, WBE Projektion/Sozialarchitektur
Robert-Mayer-Straße 5
W - 6000 Frankfurt/Main

Landesbauforschungsinstitut Sachsen
Schillerweg 9
0 - Leipzig

Hochhauserstraße 20
W - 2900 Oldenburg

Stud. Stadtplanung, GH Kassel
Schillerstraße 38
W - 3500 Kassel

Beethovenstraße 4
W - 3400 Göttingen

Sybelstraße 29
W - 1000 Berlin 12

Hochschule der Künste Berlin
Lichtenburger Straße 45
W - 1000 Berlin 30

Berliner Institut für Sozialwissenschaft-
liche Studien
Charlottenstraße 52
0 - 1080 Berlin

Berliner Institut für Sozialwissenschaft-
liche Studien
Charlottenstraße 52
0 - 1080 Berlin

Institut für Bauwerkserhaltung, Sanierung,
Wohnungsbau
Plauener Straße 163-165
0 - 1092 Berlin

Fachbereich Raumplanung der Universität
Dortmund
Postfach 500 500
W - 4600 Dortmund 50

Hochschule für Architektur und Bauwesen
Fakultät V (Raumplanung)
Coudraystraße 13
0 - 5300 Weimar

Hochschule für Architektur und Bauwesen
Fakultät Raumplanung, LS Soziologie
Coudraystraße 13
0 - 5300 Weimar

Rita Weirich

Christa Giebler

Anne Fellner

Rolf Keim

Thomas Henke

Ulla Terlinden

Kerstin Dörhöfer

Ines Schmidt

Siegfried Grundmann

Dieter Schulze

Gabriele Sturm

Hans Helbig

Katja Rempel

II. Berichte / Informationen / Hinweise

Prof. Dr. H. Bertram, Prof. Dr. H. Esser, Prof. Dr. U. Gerhardt, Prof. Dr. B. Giese
Prof. Dr. K.-U. Mayer, Prof. Dr. H. G. Soeffner, Prof. Dr. J. Weiss,
Prof. Dr. A. Weymann

Zur Lage des Fachs: Heskemer Protestation

aus: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 19, Heft 3, Juni 1990

Die deutsche Soziologie scheint müde geworden. Eine der Aufklärung verpflichtete, theoretisch angeleitete und methodisch kontrollierte Wirklichkeitswissenschaft scheint zugunsten einer moralisierenden Gesinnungssoziologie und Trendwenden-Dramatisierung abgedankt zu haben. Betroffenheitsrhetorik und pseudo-prophetische "Feuersäulen"-Soziologie verstärken herrschende Ideologien und stützen irreführende Selbstdeutungen unserer Gesellschaft. Viele Soziologen beten hilflos die Kultur- und Zivilisationskritik rechter, linker und grüner Provenienz nach, anstatt gesellschaftlichen Vorurteilen durch die kritisch-aufklärerische Distanz soziologischer Urteile entgegenzuwirken.

Das Fach richtet sich heute resignierend im akademischen Mittelmaß ein und hat die anstrengende Aufgabe, öffentliche Debatten wissenschaftlich zu orientieren, anderen Disziplinen überlassen. Den Blick auf die heroische Zeit vergangener Erfolge gerichtet, scheint der Soziologie die Kraft zu fehlen, sich auf die - zum Teil von ihr selbst mitbewirkten - neuen gesellschaftlichen Prozesse in kritischer Distanz einzustellen. Statt durch riskante Analysen anzuregen, zieht man es nicht selten vor, die Gesinnung des eigenen Milieus zu pflegen und sich selbst zu verwalten.

Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu den Erträgen und Möglichkeiten, die die soziologische Forschung für den kritischen Kommentar neuer gesellschaftlicher Probleme verfügbar hält, so zum Beispiel der Stellung von Ausländern, dem Altern der Gesellschaft, den Veränderungen der Familie, den Fragen nationaler und kultureller Identität, der Lage der Frauen, dem neuen Rechtsradikalismus.

Wir glauben, daß es angebbare Bedingungen für diese Entwicklung des Faches gibt. Wir benennen sie in den folgenden Überlegungen und machen Vorschläge zu ihrer Überwindung.

1. Generationenwechsel und wissenschaftliche Werdegänge

1. Seit mehreren Jahren schon ergeben sich aus der Personalstruktur des Fachs schwerwiegende und scheinbar unlösbare Probleme für die Karrierechancen des wissenschaftlichen Nachwuchses an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Ein abrupter Übergang von einer überhitzten personellen und institutionellen Expansion zu einer inzwischen langanhaltenden Stagnation, aber auch massenhafte "Überleitungen" führten zu höchst ungleichen Kohortenschicksalen in den letzten vier Jahrzehnten. Die ausweglose Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses ist zwar keine deutsche Besonderheit, sie wird jedoch durch die ausgeprägte Pyramidenstruktur der deutschen Universitätspositionen (etwa im Vergleich zu denen der USA) verschärft: die Chancen zum Wettbewerb zwischen den Positionsinhabern und neuen Bewerbern sind hier deutlich geringer.

Die Ungleichmäßigkeit der Karriereperspektiven ergibt sich auf Grund der Planlosigkeit der Profession. Eine Professoren- generation noch mittleren Alters arbeitet, ohne durch Neuberufungen an einen anderen Ort oder durch neue Kollegen am gleichen Ort ernsthaft herausgefordert zu werden. Eine Korrektur der gängigen Kultuspolitik (Altersgrenze bei Berufung) ist daher notwendig. Der ältere akademische Mittelbau resigniert, richtet sich auf Behelfspositionen oder in privaten Nischen ein, soweit er nicht gezwungen war oder es vorgezogen hat, den Wissenschafts- bereich gänzlich zu verlassen. Intellektuell anspruchsvolle Studenten wählen andere Fächer; hervorragende Nachwuchswissenschaftler schrecken aufgrund der diffusen Karrierestruktur vor einer Hochschullaufbahn zurück. So werden die elementaren Zukunftsperspektiven des Faches einerseits von einem Mangel an herausragenden Nachwuchswissenschaftlern und andererseits von einem Rückzug der Generation der "Archonten" eingeengt und begrenzt. Zwischen beiden steht eine Generation von hervorragend qualifizierten 35-45jährigen Privatdozenten, deren Chancen durch den aktuellen Stellenmangel und die Altersgrenzen für Berufungen ständig abnehmen.

2. Vom jeweiligen Zeitgeist abgesegete, durch politische Gruppierungen getragene und durch lokale Abschottungsstrategien verfestigte Formen der Begünstigung und Benachteiligung sind bei Berufungen in der Soziologie kaum noch als Ausnahme zu bezeichnen. Provinzialität wird zur Regel und entwickelt einen eigenen Charme des Mittelmaßes, statt als anstößig empfunden zu werden.

3. Eine Situation, in der der wissenschaftliche Nachwuchs darauf fixiert ist, lokale Karrierechancen sorgfältig zu pflegen, begünstigt unweigerlich die Immobilität der Wissenschaftler und die Borniertheit des wissenschaftlichen Horizonts.

4. Weiterhin stellen wir fest, daß das berechtigte Ziel, die Chancen von Frauen an den Hochschulen zu verbessern, durch politische Eingriffe zu einer Abwertung von Leistungs- und Qualitätskriterien führt. Eine verstärkte Frauenförderung sollte vor allem auf eine Erleichterung des Qualifikationserwerbs (z.B. durch Doktorandenstipendien und Habilitationsstipendien) und eine Anhebung der Altersgrenze für Frauen hinzielen. Die Personalentscheidungen selbst sind jedoch allein nach wissenschaftlichen und akademischen Kriterien zu treffen.

2. Universitäre und außeruniversitäre Forschung

1. Die außeruniversitären Forschungsinstitute im Bereich empirisch-analytischer Sozialforschung verfügen inzwischen über eine Infrastruktur, die sie z.B. als Instanz kontinuierlicher Sozialberichterstattung neben etablierte Wissenschaften wie die Volkswirtschaftslehre stellt. Dies hat jedoch zu einer Aushöhlung der universitären Forschung geführt. Die Abkopplung der außeruniversitären Forschung von den Universitätsinstitutionen erzeugt für beide Seiten schwerwiegende Probleme, die sich vor allem aus dem dualen Karrieresystem beider Bereiche ergeben.

2. Es sollte den Empfehlungen des Wissenschaftsrats entsprechend zur Regel werden, auf der Leitungsebene eine Personalunion zwischen Institutsleitung und Universitätslehrstuhl herzustellen. Für Hochschullehrer sollten zeitweise Abordnungen und Freistellungen für den jeweils anderen Bereich üblich und institutionell obligatorisch werden. Noch wichtiger ist der Austausch auf der Mitarbeiter-ebene. Für die Mitarbeiter der Forschungseinrichtungen ist universitäre Lehrpraxis notwendige Berufungsvoraussetzung; für Universitätsmitarbeiter wiederum ergibt sich aus der zeitweiligen Einbindung in Forschungsteams ein unverzichtbarer Karrieregewinn. Das Lehrangebot aus Forschungsinstituten bereichert und entlastet darüber hinaus die universitäre Lehre; die Einbindung graduierter und postgraduierter Universitätsmitarbeiter in die Arbeit der Forschungsinstitute verbessert die dortige Nachwuchsrekrutierung.

3. Lehre und Studium

1. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie hat sich mit den Problemen des Soziologiestudiums mehrfach und ausführlich beschäftigt. Die Kritikpunkte sind vielfältig und die Klagen sind bekannt. Das ehrgeizige Unternehmen, die Soziologie gleichzeitig als ein Massenfach mit Bildungsauftrag und als eine professionelle Ausbildung mit guten Berufschancen anzulegen, ist trotz beachtlicher Teilerfolge insgesamt gescheitert.

Wir halten in dieser Lage eine deutliche institutionelle Trennung der beiden Funktionen für notwendig. Einerseits sollte die Soziologie als ein klassisches Bildungs- und Nebenfach vorzugsweise im Grundstudium angeboten werden, andererseits sollten thematisch spezifischere und anspruchsvollere Veranstaltungen vorzugsweise im Hauptstudium sich der Qualifikation eines zahlenmäßig notwendigerweise kleinen Nachwuchses widmen. Das damit verbundene Risiko abnehmender Zahlen von Hauptfachstudenten wiegt geringer als die Gefahr, im Wettbewerb mit anderen Fächern die weniger motivierten und intellektuell weniger ambitionierten Studenten an sich zu ziehen.

2. Im Bereich dieses hochqualifizierenden Hauptstudiums sollten drei Elemente verpflichtendes Gewicht erhalten: die Ausbildung in Empirischer Sozialforschung, in der theoretischen Soziologie und die Beteiligung an Forschungsarbeiten, durch die sich zugleich bestimmte Zugänge zu einem Praxisfeld eröffnen.

3. Als einziger Bereich des Faches hat sich die Empirische Sozialforschung als unverzichtbares Element der professionellen Qualifikation durchgesetzt. Die Ausbildung in der Empirischen Sozialforschung sollte deswegen intensiv und forschungsnah erfolgen; im Hauptstudium empfiehlt sich die Beteiligung an laufenden Forschungsarbeiten; sie sollte in der Regel mit einer Hilfskraftposition verbunden werden. Im Rahmen dieser Beteiligung an Forschungsarbeiten ergibt sich eher der Zugang zu einem Praxisfeld, in dem sich ein Praktikum in den Semesterferien durchführen läßt.

4. Gleichgewichtig neben der Empirischen Sozialforschung sollte die Allgemeine Soziologie, insbesondere das Studium der Soziologischen Theorien stehen. Verpflichtende Einführungen in die klassischen Theorietraditionen der Soziologie im Grundstudium zählen hierzu ebenso wie aktuelle Theoriediskussionen und forschungsbezogene Techniken der systematischen Theoriebildung (Modellierung etc.) im Hauptstudium. Auch hier liegt eine Differenzierung zwischen Überblicksvorlesungen im Grundstudium und einer forschungsnahen und unstandardisierten Oberseminar- und Colloquiumsform für das Hauptstudium nahe. Ein (noch zu verfassendes) Lehrbuch der Theoriebildung in den Sozialwissenschaften wäre dabei schon im Grundstudium hilfreich.

Ein vernachlässigtes Potential der Lehre und Forschung liegt in der Vertretung des Faches in anderen Fakultäten. Eine institutionelle Anbindung der Nebenfachcurricula an soziologische Hauptstudiengänge an den betreffenden Universitäten sollte gewährleistet werden.

5. Besondere Aufmerksamkeit ist in Zukunft dem Postgraduiertenstudium zu widmen. Ein solches Postgraduiertenstudium sollte vor allem als thematisch orientiertes und forschungsbezogenes Studium stattfinden. Dabei ist eine enge Verknüpfung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung anzustreben.

Die DGS sollte dafür Sorge tragen, daß ein integriertes Angebot der verschiedenen Postgraduiertenstudiengänge den Interessenten zur Verfügung gestellt wird.

4. Öffentlichkeit und DGS

1. Die Vermittlung soziologischen Wissens in die gesellschaftliche Öffentlichkeit bleibt noch weit hinter den Möglichkeiten zurück, die von Nachbardisziplinen wie der Psychologie oder Ökonomie genutzt werden. Die öffentliche Wahrnehmung der Soziologie entspricht nicht den tatsächlichen Leistungen und Möglichkeiten des Faches. Wir glauben nicht, daß diesem Mangel durch verstärkte Bemühungen um weitausgreifende Globaldeutungen der Gesellschaft oder durch die soziologische Aufbereitung von Trivialitäten abgeholfen werden kann. Soziologie kann ihrer kulturellen Bedeutung als Wirklichkeitswissenschaft nur dann entsprechen, wenn sie in die öffentliche Diskussion hinein Ergebnisse vermittelt, die den Laienverstand überschreiten, die sich unverkennbar soziologischer Erkenntnismittel bedienen, und die nicht das Risiko einer intellektuellen Provokation scheuen. Eine ernstzunehmende Gesellschaftswissenschaft kann es sich nicht leisten, permanent mit öffentlich tradierten Fehlurteilen und Denkmustern zu kokettieren.

2. Ein zentraler Ort der öffentlichen Darstellung des Faches ist der Soziologentag. Die Qualität der ausgewählten Beiträge ist häufig mangelhaft, ihre Präsentation oft unbefriedigend. Höchst problematisch ist auch die Art und Weise, wie junge Nachwuchswissenschaftler ihre ersten Produkte präsentieren dürfen: kein Zwang, ausgearbeitete Arbeiten einzureichen; keine angemessene Selektion durch die Veranstalter; keine Kultur der Präsentation; keine angemessene Kritik durch Diskutanten; keine ausreichende Zeit für Darstellung und Diskussion. Auf diese Weise wird ein circulus vitiosus wissenschaftlicher Nachlässigkeit in Gang gebracht. Insgesamt wird die Chance, den Soziologentag systematisch und anspruchsvoll als Gelegenheit zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses einzusetzen, nur sehr unbefriedigend genutzt.

Wir schlagen vor, stattdessen Postersessions einzurichten, die vielen jungen Wissenschaftlern die Chance geben können, ihre Arbeiten vorzustellen, und gleichzeitig zu einem Höchstmaß an Klarheit der Aussagen und Darstellung zwingen.

3. Die DGS betreibt über die Soziologentage hinaus kaum gezielte Öffentlichkeitsarbeit: Sie verfügt vor allem über keine Pressestelle; eine koordinierte Zusammenarbeit mit elektronischen- oder Printmedien (etwa in Gestalt eines soziologischen Bulletins) fehlt. Die Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsstelle scheint dabei vordringlich zu sein, selbst bei einer spürbaren Erhöhung des Mitgliedsbeitrags.

4. Die Aufteilung der DGS in "Sektionen" führt die Gefahr einer "Sklerotisierung" und thematischer Monokulturen mit sich. Anstatt einmal geschaffene Sektionen auf unabsehbare Dauer zu stellen, sollten Sektionen nur für eine begrenzte Zeit eingerichtet werden, um bei abnehmender Dynamik neuen Forschungsgebieten und thematischen Orientierungen Platz zu machen. Bei wissenschaftlich ergiebigen Sektionen sind Weiterführungen natürlich möglich.

Fazit: Die Disziplin bestätigt, wo sie analysieren mußte. Sie konstatiert gesellschaftliche "Risiken", riskiert selbst aber nichts. Kurz: Sie verfährt nach der Devise 'Verwalten statt Gestalten'.

RESOLUTION

1. Sozialwissenschaftliche Forschung ist für die Entwicklung einer offenen Gesellschaft von großer Bedeutung. Für die neuen Bundesländer fordert deshalb die Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI), die Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich die empirische Sozialforschung auch in den neuen Bundesländern entfalten kann.
2. Das hat zur Voraussetzung, daß die Sozialwissenschaften in den Hochschulen der neuen Bundesländer fest etabliert werden. Nur in einer starken Verankerung in den Universitäten des Landes sieht die ASI die Voraussetzung für eine unabhängige empirische Sozialforschung und pluralistische Theoriebildung gegeben. Eine Entwicklung, die außeruniversitäre Forschung nur von den westlichen Bundesländern aus zu betreiben und die Professionalisierung der Soziologie an den Universitäten (aufgrund finanzieller Engpässe) zu unterlassen, würde zu später kaum korrigierbaren Defiziten führen. Gerade der gegenwärtige Entwicklungsprozeß in einer Phase der Neuorientierung bedarf intensiver (universitärer und außeruniversitärer) sozialwissenschaftlicher Begleitforschung vor Ort. Richtschnur für diese Forschung und für die Etablierung der Sozialwissenschaften an den Hochschulen können allerdings nur die international akzeptierten Kriterien und Standards sein.
3. Die ASI bittet Bund und Länder, die sozialwissenschaftliche Forschung und Infrastruktur zu stärken, z.B. durch die Förderung der sozialwissenschaftlichen Informatik und der sozialwissenschaftlichen DDR- und Osteuropaforschung. Derartige Initiativen könnten in besonderer Weise der neuen Situation Deutschlands gerecht werden.
4. Die unter dem SED-Regime erhobenen sozialwissenschaftlichen Daten und die daraus entstandenen Studien sollten archiviert, aufbereitet und der fachwissenschaftlichen Forschung unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zugänglich gemacht werden.
5. Die ASI wird den Professionalisierungsprozeß der Sozialwissenschaften in den neuen Bundesländern nach Kräften unterstützen und durch die Herausgabe eines Vadamekums sozialwissenschaftlicher Forschungstätten über Fortschritte berichten.

Bonn, den 10. Dezember 1990

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft
Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI)

Promotionsförderung

Projekt "Sozialer und Räumlicher Wandel"

Kooperationspartner

Evangelisches Studienwerk Villigst

Universität Oldenburg
Forschungsschwerpunkt
"Raum- und Sozialforschung"

Universität Bremen
wissenschaftliche Einheit
"Stadt- und Sozialforschung"

Problemstellung/Forschungsfeld

Die Wechselwirkungen zwischen sozialem Wandel und räumlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland fügten sich bislang in ein relativ stabiles Kategoriensystem. Markierungspunkte waren die klassische Stadt-Land-Disparität, durch Segregation und funktionale Arbeitsteilung gekennzeichnete Raum- und Sozialstrukturen, ein polyzentrisches Städtesystem und ein Verständnis von Stadt- und Regionalentwicklung als Wachstumsprozeß.

Ökonomischer Strukturwandel, technologische Neuerungen und damit verbundene Veränderungen in Qualifikations- und Arbeitsprozessen, aber auch soziale und demographische Veränderungen und normative Neuorientierungen haben zu tiefgreifenden Umstrukturierungen geführt. Dadurch werden die bisherigen Interpretationen des Verhältnisses von gesellschaftlicher und räumlicher Entwicklung in hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften in Frage gestellt. EG-Integration und der politische Wandel in Osteuropa erzwingen ebenfalls neue Überlegungen in Sozial- und Raumwissenschaften.

Der Promotionsförderschwerpunkt "Sozialer und Räumlicher Wandel" wurde gegründet, um in dieser Situation den Erkenntnisstand der Sozial- und Raumwissenschaften durch qualifizierte Dissertationen fortzuentwickeln. Wichtige Diskussionsfelder sind z.B.:

- Veränderungen des Städtesystems (stagnierende, altindustrialisierte vs. prosperierende Agglomerationen etc.);
- funktionale, soziale und räumliche Spaltung innerhalb von Agglomerationen und Städten;
- Wandel der städtischen Lebensweisen;
- Differenzierung der Entwicklungsmuster ländlicher Regionen, Neubestimmung der Peripherie durch Veränderungen in Europa;

- Wandel der Bedeutung des Raumes durch neue Kommunikations- und Transporttechnologien;
- Reflexion und eventuell Neubestimmung zentraler Kategorien der Raum- und Sozialforschung;
- Folgen des sozialen und ökologischen Wandels für raumbezogene Politik und Planung (endogene Orientierung vs. Weltmarktintegration, "welche Standortfaktoren", neue Planungsformen etc.).

Die genannten Diskussionsfelder stellen nur eine Auswahl aus dem möglichen thematischen Spektrum dar. An den Beispielen wird deutlich, daß Dissertationen im Arbeitsbereich des Schwerpunktes auf wechselseitigen Austausch, interdisziplinäre Kooperation und beratende Diskussion angewiesen sind. Dieses soll durch die Kooperation des Evangelischen Studienwerkes und der beteiligten Hochschullehrer an den Universitäten Oldenburg und Bremen besonders gefördert werden.

Beteiligte Hochschullehrer

Universität Oldenburg:

Prof. Dr. Klaus Brake
(Raumplanung, Siedlungs- und Nutzungsstrukturen)

Prof. Dr. Alexander Krafft
(Sozialwissenschaften, Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung)

Prof. Dr. Rainer Krüger
(Sozialgeographie, Regionalforschung)

Prof. Dr. Walter Siebel
(Soziologie, Stadt- und Regionalforschung)

Universität Bremen:

Prof. Dr. Gerhard Bahrenberg
(Sozial- und Wirtschaftsgeographie)

Prof. Dr. Hartmut Häußermann
(Soziologie, empirische Stadt- und Regionalforschung)

Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni
(Soziologie, Theorie der Stadt- und Regionalentwicklung)

Unterstützungsformen:

Stipendium gemäß Richtlinien des BMBW zur Graduiertenförderung (Förderungshöchstbetrag DM 1.200,- pro Monat; Regelförderungsdauer 4 Semester; Höchsthöchstförderungsdauer 6 Monate)

Sachmittel für Bücher, Materialbeschaffung, Auslandsreisen usw. (sofern durch den Förderantrag begründet)

Finanzierung der Teilnahme an den Kolloquien und Beratungsangeboten des Promotionsförderschwerpunktes

Ausführliche Informationen:

Dr. Manfred Faßler, Evangelisches Studienwerk Villigst,
Haus Villigst, 5840 Schwerte, Tel. 02304/755-209;
Leiter der Promotionsförderung des ES;

Prof. Dr. Rainer Krüger, Universität Oldenburg, FB 3,
Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel. 0441/2924-2589; *798-2821*
Sprecher des Promotionsförderschwerpunktes

sowie bei allen beteiligten Hochschullehrern.



ECOLE D'ARCHITECTURE

Aux membres du
Comité de recherche
Sociologie de la planification
et de l'urbanisation
Société Suisse de Sociologie

Aux personnes intéressées

14h00 Repas de travail en sous-groupes
16h15 Séance plénière
(sous la présidence de Michel BASSAND)
Rapport des modérateurs sur les travaux de la
journée, débat général et perspectives 1991-95
17h00 Fin de la journée
puis
Assemblée générale de la
Société suisse de sociologie

Genève, le 7 mai 1991

Madame,
Monsieur,

La prochaine journée d'études du comité de recherche
"Sociologie de la planification et de l'urbanisation" aura lieu à
Neuchâtel le vendredi 4 octobre 1991 dans le cadre du IXe Congrès
de la Société suisse de sociologie.

Conçu de façon à permettre un travail aussi intensif que
possible, le programme de cette journée sera le suivant:

- 8h30 Accueil des participants
Introduction à la journée
- 9h00 Conférence plénière:
"Société post-industrielle, production de l'espace
et transformations urbaines" (titre provisoire)
par M.Arnel HUET, directeur du L.A.R.E.S.
professeur à l'Université
de Rennes (France)
Débat général
- 10h30 Travail et communications en trois sous-groupes:
 - I. "Les images de la ville: recherches en cours"
(modérateur: André DUCRET)
 - II. "Production du local, production du savoir
sociologique: l'exemple du quartier"
(modératrice: Nicole VALIQUER)
 - III. "Armatures urbaines et redéploiement socio-
économique: études de cas"
(modérateur: Willi DIETRICH)
- 12h30 Repas en commun

Les communications peuvent être présentées en allemand
ou en français. Dans chacun des trois sous-groupes qui
travailleront parallèlement, il est prévu d'entendre cinq
communications au maximum (2 le matin, 3 l'après-midi), soit
quinze au total pour la journée. Ces communications, qui feront
ultérieurement l'objet d'une publication, devront être déposées
par écrit auprès du soussigné d'ici au 25 septembre 1991, donc
avant l'ouverture du Congrès.

Ceux d'entre vous qui ont manifesté - auprès du comité
d'organisation du Congrès - l'intention de participer à nos
travaux seront intégrés dans ces trois sous-groupes. D'ici la fin
du mois de mai, d'autres personnes seront contactées directement
par les "modérateurs" en vue de les inviter à présenter également
une communication dans ce cadre.

Vous recevrez de ma part dans le courant de l'été une
lettre-circulaire qui contiendra le programme scientifique
détaillé de cette journée d'études. Pour tous les détails
pratiques relatifs à votre venue à Neuchâtel (programme du IXe
Congrès, voyage, séjour, etc.), vous vous référerez aux
indications fournies par le Comité d'organisation: Sociologie-
Congrès, rue Pierre-à-Mazel 7, CH -2000 Neuchâtel. Tél.
038/25.72.05 - 21.15.36.

En l'attente de vous revoir, et en restant à votre
disposition pour toute information complémentaire, je vous prie
d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de mes sentiments les
meilleurs.

André DUCRET

Centre de Recherche
sur le Phénomène Urbain
E.A.U.G.
9 bd Helvétique
CH - 1205 Genève

Boulevard Helvétique 9 - 1205 Genève - Tel. (022) 705 71 44/45 - Fax (022) 29 25 46

FOR ANY FURTHER INFORMATION :
IACD
179, rue du Débarcadère
6001 MARCINELLE (BELGIUM)
Tel. : (0)71/36.62.73. - 43.29.20. - 43.29.21. - 43.20.72.
Fax : (0)71/47.11.04.

This seminar aims at gathering representatives of diverse associative
movements (women's movements, youth movements, professional associations, co-operatives,
friendly societies, associations in the field of culture, education, health, etc.)
and community development leaders.

As in the preceding seminars, the programme will be proportionately
divided among : - participants' lectures
- group works (with synthetic reports)
- visits.

An introductory speech will describe the topic, objectives and method of the seminar.
A final lecture will draw the conclusions of the seminar.

THE INTERNATIONAL ASSOCIATION FOR COMMUNITY
DEVELOPMENT "IACD"
organises
in collaboration with the Province of Hainaut
an international colloquium on :
"ASSOCIATIVE MOVEMENTS IN COMMUNITY DEVELOPMENT"
Marcinelle (Charleroi-Belgium), from October 14th to 18th, 1991

*
*

Universität Dortmund

Vorträge und Tagungen

Klaus Schmals
Wohnraum für einkommensschwache Gruppen: das EG-Projekt "Wohnforum München" anlässlich der Fachtagung "Wohnungsbau, Modernisierung und Sanierung..." des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München. Erlangen, den 15.4.1991.

Klaus Schmals
Raum und Zeit im gesellschaftlichen Wandel - Soziologische Grundlagen der Immobilienwirtschaft, anlässlich der Ausbildung an der "European Business School" in Reichartshausen bei Wiesbaden am 8.3.1991.

Klaus Schmals
Von der Kohlengrube zum High-Tech-Park - die "IBA-Emscher-Park" als Zukunftsmodell? anlässlich der Vortragsreihe "Berlin, Ruhrgebiet, Köln, Frankfurt und Hannover - Metropolen für den Weltmarkt" an der TU München am 19.2.1991.

Klaus Schmals
Stadt im sozialen Gleichgewicht, anlässlich von Fachgesprächen der Münchner SPD zu Stadtentwicklungsproblemen. München, am 5.6.1991.

Wolfgang Börstinghaus
Liverpool Polytechnic, School of the Built Environment, "Stadterneuerung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg", Seminar vom 12.3. bis 20.4.1990.

Wolfgang Börstinghaus
Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit in NW, Rheinhafen Düsseldorf, Tagesseminar "Künstler in der Stadterneuerung": "Die Rolle von Kunst und Kultur bei der Revitalisierung alter Industrieregionen und -areale" am 24.10.1990.

Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit der Gemeinden in NW. Liverpool, Manchester. Organisation und Betreuung der Studienreise "Kunst und Kultur im Wandlungsprozeß alter Industrieregionen", 3. bis 11.11.1990.

Sebastian Müller:

18.4.91 Internationale Bauausstellung Emscherpark und Strukturwandel im Ruhrgebiet.
Bei: Studienreise des Instituts für Wirtschaftsgeographie, Amsterdam "Regional Change in German Industrial Areas".

13.5.91 Der neue Hansaplatz für Dortmund - fehlgeschlagenes Image-Lifting.
Bei: Institut für Raumplanung, Dortmund, Seminar "Plätze in und um Dortmund".

19.6.91 Mieter Initiativen und Selbsthilfe.
Bei: Fachbereich Raumplanung, Seminar "Aktuelle Fragen, Konzepte und Projekte der Wohnungspolitik".

2.7.91 Nachholende Urbanisierung im Ruhrgebiet.
Bei: Fachbereich Raumplanung, Seminar "Westliche Metropolen verändern ihr Gesicht".

III. Forschungsprojekte

Ulfert Herlyn

April 1991

Informationen zum Forschungsprojekt*

Wandel der Lebenswelt einer Mittelstadt im gesellschaftlichen Umbruch der DDR

Die Transformation eines staatssozialistischen Systems in eine marktwirtschaftlich organisierte, demokratisch legitimierte Gesellschaft stellt eine besondere Herausforderung für die Sozialwissenschaften dar, denn ein derartig tiefgreifender sozialstruktureller Wandel ist historisch ohne Vorbild. Es handelt sich in aller Regel beim sozialen Wandel um Prozesse der Modernisierung, verstanden als "sich wechselseitig beeinflussende Strukturveränderungen in den verschiedenen Bereichen (Subsystemen) der Gesellschaft" (W. Zapf). In diesem Falle der revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Strukturen in der ehemaligen DDR sind alle gesellschaftlichen Bereiche durch kategoriale Veränderungen gekennzeichnet; alte Zustände werden durch neue ersetzt:

a) Im **wirtschaftlichen Bereich** wurde nicht nur die Währung ausgetauscht, sondern auch die Eigentumsverhältnisse (vom Staatsbetrieb zum privaten Unternehmen) wurden ausgewechselt. Die Zentralverwaltungswirtschaft wird durch marktwirtschaftliche Prinzipien abgelöst. Unter den Bedingungen offener Konkurrenz entpuppte sich die Warenproduktion durchweg als inferior gegenüber westlichen Produkten. Mit den zahlreichen Firmenzusammenbrüchen geht eine beschleunigte Freisetzung von Arbeitskräften einher, auf die die starken Bevölkerungsverluste in großen Teilen zurückzuführen sind. Die Revolution der steigenden Erwartungen an den Lebensstandard (Gleichzeitigkeit verschiedener Konsumwellen) führt zu einer Bevorzugung westlicher Produkte; wird jedoch gebremst durch Einkommensdefizite.

b) Im **politischen Bereich** wurden zentralstaatliche durch föderative Strukturen ersetzt: Wiedergeburt der "kommunalen Selbstverwaltung". Die ehemals führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei ist einem Mehrparteienspektrum westlicher Prägung gewichen. Nach dem jähen Ende der Staatssicherheit wird der persönliche Freiheitsspielraum zögernd zurückgewonnen. Die Zirkulation der Eliten konkurriert mit dem Import von West-Beamten, die vorübergehend Leitungsfunktionen in den Landesverwaltungen übernehmen sollen, während sich in den Leitungspositionen der Kreis- und Kommunalverwaltung Neulinge in "Schnell- und Crash-Verfahren" die notwendigen Kenntnisse und Routinen aneignen (Wollmann 1991).

*Projektleitung: Dr. Lothar Bertels (Hagen), Prof. Dr. Ulfert Herlyn (Hannover), Prof. Dr. Fred Staufenbiel (Weimar)

Projektbearbeitung: Wissenschaftlicher Mitarbeiter: Dr. Peter Franz, Wissenschaftliche Hilfskräfte: Dipl.-Soz. Inge Cornelsen, Dipl.-Soz. Elke Hagemann

c) Im **sozio-kulturellen Bereich** findet in allen gesellschaftlichen Institutionen ein Wandel von Solidarisierungsprozessen zu Individualisierungsprozessen statt. Es kommt zu einer tiefgreifenden Umwertung der lange Zeit herrschenden Werte. Der Wandel des Wert- und Normensystems führt zu Prozessen der Desorganisation und z. T. zu partiell anomischen Zuständen. Die "durchorganisierte Gesellschaft" (allein dem FDGB gehörten über 9 Millionen Mitglieder an (G. Wewer)) und die "geschlossene Gesellschaft" (R. Henrich) weicht einer freien und offenen (pluralistischen) Gesellschaft.

d) Im **psycho-sozialen Bereich** wird ein gebrochenes Selbstwertgefühl bzw. ein "Gefühlsstau" diagnostiziert: "Der chronische Mangelzustand wächst sich zur Grunderfahrung von Unsicherheit, Minderwertigkeit, Mißtrauen und Hoffnungs- und Sinnlosigkeit aus." (Maaz 1990, S. 59). Die daraus resultierenden Charakterdeformierungen sitzen nach Maaz so tief und die psychischen Wunden sind so frisch, daß er trotz aller politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen zu dem Schluß kommt, "es hat keine Revolution stattgefunden!" (S. 137). Das kommt auch zum Ausdruck in der Meinung, daß die Überwindung der materiellen Defizite und Disparitäten schneller voranschreiten werde, als die Beseitigung von Hemmungen, die aus langjährig kontrollierten und manipulierten Bewußtseinsformen resultieren und die eine freie Lebensentfaltung noch lange belasten.

e) Im **stadträumlichen Bereich** bildet sich der Wandel für alle deutlich sichtbar und erfahrbar ab. Große Teile der inneren Städte sind verfallen und befinden sich in mangelhaftem baulichen Zustand. Jedoch gerade hier zeigt sich der Wandel durch Überlagerung westdeutscher Architektur und westlichem Design, das zu einer nachhaltigen Veränderung der Physiognomie der Städte führen wird: das Mängel-Chancen-Syndrom (Zlonitzky) wird hier anschaulich.

Dieser radikale gesellschaftliche Wandel der ehemaligen DDR erhält nun die ihm eigene Brisanz durch die Tatsache, daß er sich zunehmend mit bzw. gegen den größeren Teil der BRD vollziehen muß. In den damit verbundenen Verteilungskämpfen auf allen Gebieten liegt m. E. der grundlegende Unterschied zu der Wiederaufbauperiode nach dem 2. Weltkrieg, die von allen Deutschen durchlaufen werden mußte. Wenn Maaz schreibt, daß "aus der 'Revolution' eine 'Wende', aus der Wende ein Machtwechsel, aus dem Machtwechsel eine 'Adoption' der DDR in die Familie der Bundesländer" (1990) wurde, so deutet diese Kette auf eine zunehmende Schwerpunktverlagerung von endogenen zu exogenen Wandlungsimpulsen hin, die m. E. treffend mit dem Begriff der '**Erosionskrise**' erfaßt werden kann. Er besagt, daß der aus einer bedenklichen Lage entspringende Wende- und Entscheidungspunkt in starkem Maße durch von außen (aus der alten Bundesrepublik) kommende Kräfte gespeist wird. Die Wirkung der gesellschaftlichen Kräfte stellt einen besonderen Schub dessen dar, was Schumpeter "**schöpferische Zerstörung**" nannte. Neue sozio-ökonomische sowie sozio-kulturelle Verhältnisse und Werte werden geschaffen und dabei alte, überkommene gesellschaftliche Strukturen ausgezehrt, zermürt bzw. ausgelöscht. Am deutlichsten wird wohl die Erosion von traditionellen Ressourcen im Bereich der ökonomischen und kulturellen Institutionen durch den Vorgang der "Abwicklung". Immer deutlicher wird auf den verschiedensten Gebieten die Tatsache, daß der Wandel vor allem von der BRD geplant und gelenkt wird, was mit einer Verlagerung der Diskussion auf die Steuerungsinstrumente verbunden ist. Die strukturelle Ambivalenz aller exogenen Beförderungen des Wandels zwischen einer 'Kolonisierung' und einer 'Hilfe zur Selbsthilfe' muß jeweils erneut geprüft und gewertet werden bei der Interpretation der verschiedenen zurückliegenden und vor

uns liegenden Phasen des Wandels. Dies nicht zuletzt auch aus dem Grunde, um den prognostischen Wert der Untersuchung für andere kommunale Entwicklungen in Ländern des gesellschaftlichen Umbruchs zu unterstreichen. Die sich beschleunigt entwickelnde Erosionskrise scheint erdbegleichen mit dem Zentrum in den neuen Bundesländern das ganze Deutschland zu erfassen: "Nichts bleibt, wie es ist. Der Systemwechsel in der ehemaligen DDR wird mit einem Systemwandel in der gesamten Bundesrepublik einhergehen." (R. de Weck 1991, S. 1).

In der hier zur Diskussion stehenden Untersuchung sollen die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf den lokalen Lebenszusammenhang verschiedener Gruppen von Betroffenen untersucht werden. In welcher Weise werden die eigenen Lebenserfahrungen interpretiert unter der Bedingung veränderter Chancen der eigenen Lebensführung und Möglichkeiten der Lebensplanung. Mit einer diachronen Analyse ist die einmalige Chance gegeben, wie mit einer Lupe gesellschaftliche Veränderungen in den verschiedenen Lebensbereichen auf lokaler Ebene quasi synchron zu erfassen, in ihren Konsequenzen aufeinander zu beziehen und zu bewerten. Dabei steht eben nicht die isolierte Beschreibung statistisch meßbarer Trends in den diversen Lebensbereichen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zur Diskussion, sondern die Art und Weise, wie die Betroffenen den gesellschaftlichen Wandel erleben und die Veränderungen im alltäglichen Leben verarbeiten. "Der Alltag ist wichtiger als das Spektakuläre" (Heiduczek).

Diese alltägliche Verarbeitung wird zentral geprägt von dem kulturellen Zusammenstoß einer am Kollektiv orientierten mit einer individualisierten Gesellschaft. Mit dem Individualisierungsprozeß werden eine Reihe von Freisetzungen aus normativen Zwängen in Ehe, Familie, Arbeit, Bildung, Wohnort formuliert, die neue Wahlchancen eröffnen. "Die Biographie der Menschen wird aus vorgegebenen Fixierungen herausgelöst, offen, entscheidungsabhängig und als Aufgabe in das Handeln jedes einzelnen gelegt." (Beck 1986, S. 216). Es stellt sich die Frage, wie die Bewohner der ehemaligen DDR sich mit den in der Bundesrepublik durchgesetzten pluralisierten bzw. individualisierten Lebensstilen arrangieren, mit denen sie in personalen Interaktionen oder durch die Vermittlung von Massenmedien konfrontiert werden. Nach den vom Spiegel initiierten Umfragen äußern sich 40-50% der Befragten (gegenüber 25% in der BRD) kritisch zu ihrer eigenen Fähigkeit, im Leben zurechtzukommen (Spiegel-Spezial 1991, S. 67).

Die verschiedenen Muster der Organisation des Alltags finden sich am ausgeprägtesten in verschiedenen "milieuspezifischen Lebenswelten", die nach Hradil als "Filter" oder "Verstärker" für gesellschaftliche Ausgangslagen wirken (1987) und die nach sozialer Lage, Werthaltungen und Alltagsbewußtsein zu differenzieren wären.

Bei diesem sozio-kulturellen Zusammenstoß lassen sich je nach dem Grad der Akzeptanz neuer Lebensformen auf dem Hintergrund der Bezugsgruppentheorie unterschiedliche Reaktionstypen antizipieren, die vom '**Typ der Veweigerung**' gegenüber neuen Chancen und Herausforderungen (ich will nichts an meinem Leben ändern) über den '**Typus der Ohnmacht bzw. Resignation**' (ich kann das alles nicht mehr schaffen), den '**Typ der konfliktvermeidenden partiellen Anpassung**' (ich orientiere mich neu bei Schonung überkommener Beziehungen und Werte), den '**Typ der konflikthaften partiellen Anpassung**' (ich mache das, was ich für richtig halte, auch wenn eingespielte Beziehungsgefüge zerbrechen) bis hin zum '**Typus der Überanpassung**' (ich breche mit allem und werfe alles über Bord) reichen mögen. Für die Entwicklung einer Typologie von Lebensstilen im Wandel ist es notwendig, sowohl für objektive Lebensbedingun-

gen als auch für die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität geeignete Indikatoren zu entwickeln, um Geschwindigkeit, Radikalität, Verlaufsform und Beeinflussbarkeit des Wandels messen und abbilden zu können.

Wenn die Auswirkungen des gesellschaftlichen Umbruchs auf die alltägliche Lebenssituation im Rahmen des Lebenszusammenhangs einer Stadt untersucht werden, dann einmal deshalb, weil sich die meisten alltäglichen Lebensäußerungen im Rahmen einer Gemeinde vollziehen. Erkenntnisse über die Auswirkungen des gesellschaftlichen Umbruchs auf den Alltag der Menschen kann man daher am besten in der gegenseitigen Abhängigkeit und Verknüpfung auf dem Experimentierfeld einer Gemeinde erfassen. Zum anderen eignet sich eine Stadtuntersuchung, weil es sich im Oktober 1989 nicht zuletzt um eine 'kommunale Revolution' (B. Hunger) gehandelt hat insofern, als sich "Stadtbewußtsein und öffentliche Stadtkultur nur in begrenztem Maße entfalten" konnten.

Als Untersuchungsort wurde die Mittelstadt **Gotha** ausgewählt, deren 'Stadtentwicklung und Wohnumfeld' schon vor gut 10 Jahren von F. Staufenberg untersucht worden ist. Sie liegt nicht zu nah an der ehemaligen Grenze zur Bundesrepublik und verfügt über eine diversifizierte ökonomische Struktur, eine historische Altstadt und über alle wichtigen Institutionen, die zu einem vollständigen Stadtleben gehören und entspricht mit ca. 55.000 Einwohnern noch der Stadtgröße, von der das Ehepaar Lynd sagte: "it would be large enough to have put on long trousers ... and yet small enough to be studied from many aspects as a unit." (Lynd/Lynd 1956).

Die Einzelfallstudie soll im methodischen Ansatz als **Paneluntersuchung** durchgeführt werden, da die Analysekapazität anderen Verfahren zur Erfassung sozialen Wandels überlegen ist insofern, als mit der wiederholten Erfassung identischer Personenkreise Umfang, Richtung und Ursachen des intrapersonalen Wandels von Verhalten und Einstellungen ermittelt werden können. Um "komplexe Erlebnisweisen empirisch zu erfassen" (Jahoda u.a. 1975, S. 14), werden in einem 'Methoden-Mix' folgende primären Verfahren angewandt:

1. Filmanalyse

Trotz der bekannten widrigen Umstände konnte schon vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Juni 1990 und nach ihr im August 1990 sowie im März 1991 die Stadtgestalt von Gotha in ihren wesentlichen Fassadenabwicklungen, den Schaufensterauslagen als Ausdruck der ökonomischen Kultur sowie den Passantenströmen (Bekleidungsstandards, Bewegungsverhalten, Mimik) in zentralen Stadtbereichen filmisch, in Zusammenarbeit mit dem TV-Studio der FernUniversität Hagen, dokumentiert werden.

In zwei bis drei weiteren mehrtägigen Filmterminen sollen die Dokumentationen einschließlich ausgewählter Gespräche und Passanteninterviews wiederholt werden.

*Die Sekundäranalyse von vorhandenem Material (Statistiken, kommunale Dokumente, verschiedene Zeitungen) im historischen Zugriff wird hier nicht weiter detailliert.

2. Haushaltsbücher

Um die Einkommensveränderungen sowie die alltäglichen Kauf- und Konsumgewohnheiten sowie Aufwandsnormen zu erfassen, wird von der Währungsunion an mit einem Kreis von 25 Gothaer Bürgern zunächst über ein Jahr ein Haushaltsbuch geführt. Eine Fortsetzung über zwei Jahre ist geplant. Mit diesen Personen wird zusätzlich ein längeres Gespräch über ihre Einkommenssituation und das Ausgabeverhalten geführt.

3. Repräsentative Haushaltsbefragung

In einem zweijährigen Abstand wird ein repräsentativer Querschnitt der Wohnbevölkerung von Gotha hinsichtlich ihrer objektiven Lebensbedingungen und ihrer subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität in den verschiedenen Lebensbereichen interviewt. In einem 1. Durchgang sollen im Juni 1991 600 Interviews durchgeführt werden; zwei Jahre später im 2. Durchgang im Sommer 1993 werden aller Voraussicht nach noch 400 Personen interviewt werden können.

4. Biographische Intensivinterviews

Diese aus dem repräsentativen Sample gewonnenen biographischen Gespräche sollen die retrospektive Aufarbeitung vergangener Erfahrungen und ihrer psycho-sozialen Verarbeitung leisten. Bei der subjektiven Verarbeitung des radikalen gesellschaftlichen Wandels wird es zu einschneidenden biographischen Veränderungen kommen. Einmal wird es, so die Hypothese, retrospektiv eine weitgehende Umwertung von Lebenserfahrungen geben, zum anderen werden Umorientierungen in der aktuellen Lebensführung und weitergehenden Lebensplanung die zukünftigen Lebensläufe nachhaltig beeinflussen. Bei der Verarbeitung solcher einschneidender Ereignisse werden neben verschiedenen Merkmalen wie Lebensalter, Generationszugehörigkeit, soziale Schicht und Geschlechtzugehörigkeit vor allem die 'biographischen Ressourcen' der einzelnen Personen eine besondere Rolle spielen. Die Anzahl wird begrenzt sein, weil auch diese qualitativen Interviews mindestens 1x wiederholt werden sollen.

5. Expertengespräche

Diese Gespräche sind mit Personen zu führen, die maßgeblich die Stadtentwicklung Gothas beeinflusst haben oder z. Zt. beeinflussen. Auch hier sollen dieselben Experten mehrmals im Zeitverlauf angesprochen werden.

Neben den teilweise methodisch sehr kontrollierten Verfahren ist darauf zu verweisen, daß es sich als problemadäquat herausgestellt hat, völlig freie Gespräche mit Personen zu führen, die etwas Interessantes über die letzte Zeit in Gotha zu berichten hatten und davon gibt es eine ganze Menge. Sie werden mit Tonband aufgenommen und stellen gewissermaßen den Kitt dar, mit dem all die verschiedenen methodischen Ansätze zusammengehalten werden.

Universität Dortmund

Klaus Schmals, Ingrid Breckner, Christiane Hemmer:
Wissenschaftliche Begleituntersuchung der Münchner Arbeitsförderungs-
initiative - Zweite Folgeuntersuchung: Analyse des beruflichen Verbleibs
geförderter Personen, München 1991.

Klaus Schmals, Ingrid Breckner, Christian Heerde, Hinnerk Brockmann u.a.:
Wohnform München - Bereitstellung von Wohnraum für sozial benachteiligte
Gruppen - Ein EG-Projekt, München 1991

Wolfgang Börstinghaus
Stadterneuerung und Gemeinwesenarbeit unter Einbeziehung neuer Formen
sozialer Infrastruktur.
Im Rahmen der Stadterneuerung in einem Wohngebiet aus der Gründerzeit mit hohem
Ausländeranteil und einer Anhäufung von sozialen Problemen und Konflikten
sollen
- neue Themen und Inhalte
- neue Träger- und Organisationsformen von sozialen Diensten und Hilfen entwor-
fen und erprobt und mit einem Förderkonzept verbunden werden.
Dieses Projekt findet in Kooperation mit der Landesentwicklungsgesellschaft
NW statt.

Wolfgang Börstinghaus
Private Kulturförderung und kommunale Kulturpolitik
Vor dem Hintergrund der Diskussion um "Kultur-Sponsoring" soll für den Rahmen
der Kommunalen Kulturpolitik in Dortmund geklärt werden, inwieweit sich die
Erwartungshaltungen von Geldgebern für kulturelle Zwecke vereinbaren lassen mit
politischen Förderinteressen und Prioritätensetzungen in diesem Politikbe-
reich. Neben der Angebots- und Bedarfserhebung auf Seiten von Geldgebern und
Mittelpfängern soll auch eine organisatorische Struktur zwischen Wirtschaft
und Verwaltung zur Einwerbung, Verwältung und Vergabe dieser Gelder entworfen
und anhand von Pilotmaßnahmen erprobt werden.

Wolfgang Börstinghaus
Die Theatersituation in Marl - Kulturentwicklung und kommunaler Theaterbetrieb
in einer Gemeinde der Ballungsrandzone
Kommunale Mittelknappheit, das Konkurrenzdenken der unter ähnlichen Vorausset-
zungen agierenden Kulturverwaltungen in den Nachbargemeinden sowie die Erstar-
rung in den Gewohnheiten und Erwartungshaltungen eines Experimenten wenig auf-
geschlossen gegenüberstehenden Publikums - das sind die Determinanten und
Rahmenbedingungen für die Theaterarbeit in Marl. Aufbauend auf den Ergebnissen
einer Besucher- und Publikumsbefragung, sollen Verbesserungsmöglichkeiten für
die baulichen, städtebaulichen und organisatorischen Rahmenbedingungen einer
auch örtlich besser eingebundenen Theaterarbeit erforscht werden.

Wolfgang Börstinghaus
Kulturpädagogischer Dienst - Innovation im Spannungsverhältnis der Verwaltung
von Jugend- und Kulturarbeit
Nach einer zweijährigen Experimentierphase sollen die innovativen Teile eines
Pilotprojektes "Kinder- und Jugendkulturarbeit in Dülmen" als Dienstleistungs-
angebot in die vorhandene Verwaltung übernommen werden. Aufgabe ist die Mode-
ration einer darüber entbrannten verwaltungsinternen Diskussion, in der sich
sowohl auf Innovation ausgerichtete als auch beharrende Interessen und Konkur-
renzfähigste artikulieren.

Christine Hannemann / Stephan Kathke, Technische Universität Berlin

Soziologische Stadtteelforschung in Moskau-Teplui Stan

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Situation in Moskau und in
der ganzen Sowjetunion erscheint ein Projekt zur Erneuerung einer Groß-
siedlung wie eine Landung von anderen Sternen.
Genau dies war das Thema eines Studienprojektes des Institutes für Stadt-
und Regionalplanung der TU Berlin unter Leitung von Prof. Künkel, denn
wie in Deutschland wird auch in der Sowjetunion das Problem der Platten-
bau-Siedlungen immer drängender.

Ort der sozialen und baulichen Bestandsaufnahme als Grundlage für ein
Erneuerungskonzept war eines der die Innenstadt Moskaus als einschnüren-
den Gürtel umgebenden Neubaugebiete. Von den sowjetischen Partnern der
Moskauer Bauhochschule wurde dafür ein Teilgebiet Tjeplui Stans mit
16.000 Einwohnern im Südwesten Moskaus ausgewählt.

Während des dreiwöchigen Aufenthaltes arbeitete eine der Arbeitsgruppen
zur Analyse der sozialen Struktur. Forschungsleitend wirkte das liberale
Paradigma des amerikanischen Soziologen Herbert J. Gans, das besagt, daß
die Analyse mit der Meinung der Nutzer beginne. Dieser Ansatz sollte
verhindern, daß konzeptionelle Arbeiten zur Stadterneuerung in diesem
Gebiet allein auf bauliche Defizite begründet werden. Diese bewohner-
orientierte Arbeit barg die Chance, zunächst Erkenntnisse über Defizite
zu erlangen, ohne die in Deutschland verwandten Stadterneuerungskonzepte
und Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen unverändert anzuwenden.

Ausgehend von einer klassischen stadtsoziologischen Defiziterhebung wie
sie zur Sanierungsplanung in der BRD üblich ist, aber auf einer metho-
dischen Basis zur Untersuchung sozialistischer Stadtteile die von Wei-
marer Soziologen in der ehemaligen DDR erarbeitet wurde, erfolgte die
kombinatorische Anwendung verschiedener soziologischer Untersuchungsmetho-
den, in deren Mittelpunkt eine Befragung stand. Zur Untersetzung bzw.
Kontrolle der Befragungsergebnisse wurden darüberhinaus Fallstudien und
Beobachtungen durchgeführt. Diese beiden letztgenannten Methoden ermög-
lichten weitergehende, differenziertere Informationen, die angesichts der
teilweise unbekanntem, zumindest aber unvertrauten sozialen Strukturen
und Kommunikationsnetze für fundierte Aussagen unabdingbar waren. Ergän-
zend erfolgte der Einsatz einer sozio-fotografischen Analyse.

Basierend auf den vorhandenen Kenntnissen über Großsiedlungen und den
soziologischen Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion ging die Arbeits-
gruppe von folgenden Annahmen aus:

- Die baulichen und sozialen Probleme sind vor allem im Vergleich zu
denen aus der ehemaligen DDR bekannt strukturell ähnlich, in ihren
Ausprägungen und Auswirkungen jedoch wesentlich umfassender.

- Die auch im Vergleich zu den Erfahrungen in der ehemaligen DDR hohen
Rücklaufquoten bei Befragungen, und die vorhandene Gastfreundschaft und
Aufgeschlossenheit gegenüber Fremden lassen relativ reale und damit aus-
sagekräftige Ergebnisse erwarten.

- Die Frage und Bewertung der "Wohnzufriedenheit" wird in der Sowjetunion noch kritischer zu betrachten sein als in Deutschland. Der extrem große Wohnungsmangel wird dazu führen, daß die spezifische "Wohnzufriedenheit" nicht losgelöst von der profanen Zufriedenheit mit der Zuweisung einer modernen Wohnung betrachtet werden kann.

- Es wird davon ausgegangen, daß die Auswahl von Tjeplui Stan durch die Moskauer Bauhochschule "Misi" nicht repräsentativ für die Probleme aller Moskauer Neubaugebiete ist. Da den Gästen natürlich nur das Beste gezeigt wird, gibt es viele Großsiedlungen mit erheblich größeren Problemen.

Um sofort nach Beendigung der empirischen Phase der Untersuchung erste Ergebnisse zu erlangen, wurde aus dem 90% Fragebogenrücklauf eine repräsentative Unterstichprobe für eine Primärauswertung gezogen. Dementsprechend haben die nachfolgend, in kürzester Form aufgeführten Ergebnisse der Befragung Tendenzcharakter.

Die demographische Struktur der Bewohner ist mit der Bewohnerstruktur in deutschen Großsiedlungen in Grundzügen übereinstimmend. Der "typische" Haushalt besteht aus einem Ehepaar mit ein bis zwei Kindern. Sie sind überwiegend Erstmieter, das heißt, sie sind jung verheiratet am Ende der 70er Jahre in die neugebauten Wohnungen eingezogen. Viele der ein bis zwei Kinder sind überwiegend in den ersten Jahren hier geboren und dementsprechend heute zwischen 11 und 16 Jahren alt.

Von den für sowjetische Wohnverhältnisse typischen "Mehrgenerationsfamilien", das heißt, Familien, in denen neben Kindern auch Großeltern oder andere Verwandte wohnen, leben im untersuchten Neubaugebiet sehr wenige.

- Die Zufriedenheit mit der Wohnung, ^{ist} wie in deutschen Großsiedlungen, dementsprechend relativ groß. Verschiedene bautechnische Mängel beeinträchtigen diese; man lebt alltäglich mit ihnen. Negativ bewertet wird vor allem die Gestaltung des nahen Wohnumfeldes. Das Wohngebiet selbst wird dagegen überwiegend positiv bewertet, der Wunsch nach einem Umzug in ein anderes Wohngebiet ist nur in geringen Maße vorhanden.

- "Natürlich" werden die Versorgungssituation und das Dienstleistungsangebot als katastrophal angesehen.

- Die Freizeitangebote sowohl für Jugendliche, Erwachsene als auch Pensionäre wurden zu hundert Prozent negativ bewertet. Vor allem die Gestaltung der Spielplätze, Hauptgestaltungsform der Scheibenzwischenräume, wurden von allen ausgewerteten Befragten abgelehnt.

- Ordnung, Disziplin und Sicherheit wird als das kommunalpolitisch dringend zu lösenden Problem genannt.

- Die Arbeit des Sowjets im untersuchten Teilgebiet, als von den Bürgern gewähltes Selbstbestimmungskomitee, ist vielfach einfach nicht bekannt beziehungsweise verfügen die Bewohner nur wenig über Informationen seiner Arbeit. Demgegenüber äußerten viele Bewohner die Bereitschaft, sich bei der Lösung der Probleme des Wohngebietes zu engagieren.

Mittels der Fallstudien wurden diese Ergebnisse bestätigt und ergänzt. So wurde die positive Bewertung der Siedlung vor allem mit den Erholungspotentialen des angrenzenden Wäldchens und der für Moskauer Verhältnisse guten Luft begründet.

Die Resultate der Beobachtungen ergaben im Vergleich mit deutschen Großsiedlungen teilweise analoge Kommunikationsstrukturen. Neue Erkenntnisse wurden über ein Kommunikations- und Freizeitverhalten gewonnen, das mit dem ~~...~~ in ehemals unterschiedlichen deutschen Gesellschaftssystemen kaum vergleichbar ist.

Bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt werden stundenlange Gespräche unter Rentnerinnen oder Müttern geführt.

Als wenn man sich auf einem großstädtischen Boulevard befinden würde, flanieren die Bewohner zu den Hauptnutzungszeiten des Wohngebietes (zum Feierabend und Sonntagnachmittags) auf den ungestalteten Erschließungswegen zwischen riesigen Wohnblöcken.

Bei Einbruch der Dunkelheit (Februar/März ca. 18 Uhr), wenn alle Familienmitglieder zu Hause sind, setzt eine Kommunikationswelle im Wohnumfeld ein: Erwachsene in meist Zweier- und Dreiergruppen stehen vor den Eingängen und kommunizieren, im Halbdunkel werden Parkplätze und Abstandsflächen von den Kindern zu Spielflächen umfunktioniert.

Im angrenzenden Wäldchen verbringen junge Familien mit ihren Babys den Sonntagnachmittag; das sonntägliche Hauptessen findet nicht in der räumlichen Enge der Neubauwohnung statt, sondern am Autobahnring auf Baumstümpfen, wobei wodkaestärkt der Meinungs-austausch über Perestroika und Windelbeschaffung geführt wird.

Die räumliche Enge der Wohnungen und die ausgeprägte Neigung zu Aktivitäten und Kommunikation im Freien führen dazu, daß ein großer Teil der Freizeit von Mitgliedern aller Altersgruppen und verschiedener sozialer Gruppen im Wohnumfeld und den peripheren Wäldchen verbracht wird. Trotz der zum Zeitpunkt der Untersuchung herrschenden winterlichen Verhältnisse konnten Aktivitäten, Einzel- und Interaktionen in einem Umfang beobachtet werden, der in deutschen Großsiedlungen auch im Sommer nicht erreicht wird.

Die nicht gegebenen Freizeitangebote für Jugendliche führen dazu, daß unkontrollierte und dabei auch teilweise substanz- zerstörende Aktivitäten getätigt werden.

Die "Piwobar" an der Kaufhalle wird zu allen geeigneten freien Zeiten zum alkoholischen Kommunikationspunkt. Ob Freitagnachmittag oder am Frauentag, hier wird abwechselnd nach Bier angestanden und Bier in Kleingruppen direkt an der "Piwobar" getrunken. Die offensichtlich schon schwer alkoholkranken Bewohner und die Jugendlichen, die sich hier Alkohol besorgen, werden von den anderen Bewohnern, die vom Einkaufen kommen und an der Wandzeitung lesen, scheinbar nicht (mehr?) wahrgenommen.

Die vorhandenen Schäden an Hauseingängen und Treppenhäusern, auf den Spielplätzen und in den Freianlagen können nicht allein auf mangelnde Wartung und Instandhaltung zurückgeführt werden. Die beobachteten Aktivitäten und die Aussagen der Bewohner und auch der Charakter der Beschädigungen weisen daraufhin, daß der Vandalismus ein gravierendes Problem ist, das auch weit über bekannte "Aneignungserscheinungen" wie Graffiti-malereien hinaus- geht. Was wiederum dazu führt, daß beschädigte Baulich-

keiten und Freianlagen nicht mehr als halböffentliches eigenes Wohnumfeld wahrgenommen und daraus resultierend nicht mehr benutzt und geschützt werden. Weiterer Verfall scheint vorprogrammiert zu sein. Die Problemgruppender derzeit etwa 12 - 16jährigen setzen ihre Hyperaktivität mangels Freizeitangeboten in die genannten Tätigkeiten um, wobei die bisherigen Auswirkungen nur als Vorstufe betrachtet werden können. In zwei bis drei Jahren entladen sich diese überschüssigen Energien nicht mehr in simplen Zerstörungen und Belästigungen, sondern in Eigentums- und Gewaltkriminalität. Der unkontrollierte Alkoholgenuß wird diese potentiellen Erscheinungen nur verstärken.

Die insgesamt hohe Zufriedenheit der Bewohner mit ihrem Wohngebiet angesichts der schönen Lage und der im Vergleich noch relativ guten baulichen Substanz sowie die weitgehend geäußerte Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitarbeit im Wohngebiet bilden ein nicht zu unterschätzendes Aktivierungspotential. Dieses und der relativ hohe Identifikationsgrad werden vom Sowjet bis dato nicht genutzt. Dies betrifft sowohl die potentielle personelle Mitarbeit der Bewohner als auch das nicht genutzte Informationspotential dieser über aktuelle Probleme und mögliche Lösungsansätze. Die spärliche Öffentlichkeitsarbeit des Sowjets wirkt vor allem in dieser politischen Umbruchphase quasi kontraproduktiv; potentiell geeigneten Mitarbeitern und Mandatsträgern wird die Kontaktaufnahme und der Einstieg erschwert, die Anerkennung der politischen Legitimation durch die Bewohner bleibt zumindest ungenügend.

Also, nichts Neues im Osten? Die in drei Wochen erlangten Kenntnisse über das Leben in einer Moskauer Großsiedlung öffneten erste Wege zur Analyse der tatsächlichen Verhältnisse. Sicherlich führten der "deutsche" Untersuchungsansatz, die Sprachprobleme und die kurze Zeit für die Untersuchung dazu, daß die Distanz zu dieser im Vergleich doch potenzierten Problemdimension nicht vollständig abgebaut werden konnte.

Evident ist die Ähnlichkeit der Problemsituation mit den Neubaugebieten in den FNL; Probleme der Großsiedlungen sind international. Unterschiedlich sind die Lösungschancen. Alle Überlegungen zur Verbesserung der Lebenssituation in sowjetischen Großsiedlungen sind von der Richtung und Qualität der gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion abhängig, zumal das Problem der Großsiedlungen noch kein allgemeines gesellschaftliches Thema ist und die tiefgreifenden ökonomischen Probleme die Realisierung von Verbesserungsmaßnahmen fraglich erscheinen lassen.

Die wissenschaftliche Auswertung der gesamten Befragung und die weitere Aufarbeitung der Fallstudien und Beobachtungen sowie der Arbeitsergebnisse der anderen Arbeitsgruppen wird im Sommersemester 1991 fortgesetzt und für eine Publikation vorbereitet.

Hiltrud Burwitz, Henning Koch, Thomas Krämer-Badoni

Vier Wochen ohne Auto

Bericht über ein freiwilliges städtisches Abenteuer

Kurzfassung

Forschungsauftrag im Auftrag des Institutes für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund

Bremer Institut für Stadt- und Sozialforschung, Universität Bremen 1990

Vorbemerkung

Im vergangenen Jahr erhielten wir vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS Dortmund) den Auftrag, eine Pilotstudie zu den Chancen einer freiwilligen Reduzierung der Automobilnutzung im Stadtverkehr zu erarbeiten.

Dieses Projekt führten wir auf der Grundlage von Ausarbeitungen zum Mobilitätsbegriff und zur Verkehrsmittelwahl in der Form eines theoretisch angeleiteten Experimentes durch. Durch einen Zeitungsaufruf haben wir sieben Familien - fast alle mit Kindern - gefunden, die bereit waren, einen Monat (September 1990) auf die Benutzung ihres Automobils zu verzichten und über ihre Wege, die verwendeten Verkehrsmittel und ihre Erfahrungen mit sich selbst in der neuen Situation ein Tagebuch zu führen.

Erhalten und analysiert haben wir 12 Tagebücher aus 6 Familien. Unsere Interpretation folgte den folgenden forschungsleitenden Fragestellungen:

1. Welche äußeren und "subjektiven" Bedingungen bilden die Voraussetzungen für einen freiwilligen Verzicht auf die Benutzung des Automobils?
2. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Haushaltsorganisation und Verkehrsmittelwahl? In welchem Maße erschwert gerade die Haushaltsorganisation den freiwilligen Verzicht auf die Benutzung des Automobils?
3. Führt die Erfahrung der Teilnahme an dem Experiment zu
 - einer Rückkehr zum Automobil
 - einem weitgehenden Verzicht auf dessen Verwendung
 - einem Verzicht auf den Besitz eines Automobils?

In den folgenden Abschnitten fassen wir die Ergebnisse unserer Untersuchung zusammen. Zur Verdeutlichung der Struktur unserer Untersuchung ist am Ende des Textes die Inhaltsübersicht unserer Studie abgedruckt.

INHALT

I. THEORETISCHE VORAUSSETZUNGEN 2

1. Zum Konzept der Mobilität 2

2. Zum Konzept der Verkehrsmittelwahl 4

II. DIE CHANCEN FÜR EINE REDUZIERUNG DER AUTOMOBILNUTZUNG: 6

ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN 6

1. Was steht einem freiwilligen Autoverzicht entgegen? 6

2. Der Autoverkauf: ein unerwarteter "Erfolg" 7

3. Hinweise zur Einschätzung der Ergebnisse 8

3.1 Die unmittelbare Erfahrung 8

3.2 Erfahrung und Reflexion 8

3.3 Die Kontextualisierung der Erfahrung 9

4. Die Inhalte der neuen Erfahrungen 10

5. Empfehlungen 12

5.1 Verbesserung der äußeren Bedingungen für einen freiwilligen Autoverzicht 13

5.2 Strategien zur freiwilligen Reduzierung der Automobilnutzung 16

I. THEORETISCHE VORAUSSETZUNGEN

1. Zum Konzept der Mobilität

Unsere theoretische Analyse des Mobilitätsbegriffs verdeutlicht, daß in der öffentlichen Diskussion über den städtischen Verkehr immer noch von einer Gleichsetzung der individuellen Motorisierung mit Mobilität ausgegangen wird. Diese Gleichsetzung wurde aber in der Verkehrswissenschaft schon Mitte der 70er Jahre angezweifelt und aufgegeben.

Bereits 1975 wurde von Kutter empfohlen, die Gesamtzahl der Ortsveränderungen (zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem ÖV oder dem Auto) zur Grundlage der Mobilitätsdefinition zu machen. Bei Verkehrszählungen wurde dann in den folgenden Jahren nicht mehr nur der motorisierte Verkehr (Pkw, Lkw und Krafträder) erfaßt, sondern mit der Zeit auch Fahrräder, Bus-/Straßenbahninsassen und heute auch die Fußgänger. Ebenfalls von Kutter stammt der Vorschlag, Mobilität zu bestimmen als Beweglichkeit oder als die Fähigkeit, Einrichtungen zu erreichen. Dadurch sollte der Mobilitätsbegriff für Aussagen über Lebensqualität verwendbar gemacht werden. Schließlich wurde die Häufigkeit der außer Haus ausgeübten Aktivitäten zum Merkmal der "individuellen Mobilität" (Wermuth, 1978). Darüberhinaus fanden

Clar u.A. 1979 heraus, daß das Merkmal Autoverfügbarkeit weder die Anzahl der Aktivitäten noch ihre Heterogenität bedeutsam beeinflusst.

Auch die Ergebnisse unseres Experimentes bestätigen, daß die "individuelle Mobilität" nicht unmittelbar von der Automobilbenutzung abhängt. Die Teilnehmer stellten für sich keine Verringerung der Aktivitätenhäufigkeit fest und fühlten sich in ihrer "Mobilität" nicht eingeschränkt.

In unserer Untersuchung haben wir außerdem versucht, die verkehrswissenschaftlichen Mobilitätsbegriffe -die auch in ihren neueren Definitionen Funktionen der Raumüberwindung bezeichnen- um qualitative Aspekte der Bewegung durch den Raum so zu erweitern, daß sie Aussagen über die Bedeutung der verschiedenen Fortbewegungsarten für die Lebensqualität ermöglichen. Unsere Ansatzpunkte sind die Wahrnehmung

- der Qualität der auf den Wegen verbrachten Zeit
- der Qualität der Wege und ihres Umfeldes und
- der Qualität der Bewegung selbst.

Mit Hilfe dieses Zugangs konnten wir feststellen, daß die Art der Fortbewegung von den Teilnehmern an unserem Experiment tatsächlich als Bestandteil der individuellen Lebensqualität interpretiert wurde. So dauerte zwar mancher mit dem Fahrrad oder dem ÖV zurückgelegte Weg etwas länger als mit dem Auto; dies wurde zumeist aber nicht als Zeitverschwendung, sondern als Bereicherung wahrgenommen, weil u.a. der Erlebniswert der anderen Fortbewegungsarten gegenüber einer Autofahrt wesentlich höher eingeschätzt wurde.

Die heute immer noch in der verkehrspolitischen Diskussion dominierende Gleichsetzung von Motorisierung mit Mobilität scheint nicht nur unstimmg zu sein, sie hat auch für die verkehrspolitische Diskussion fatale Folgen: aufgrund dieser Gleichsetzung müssen alle Konzepte zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zugleich als Einschränkung der Mobilität mißverstanden werden. Ein differenzierter und empirisch gesättigter Mobilitätsbegriff weist hingegen aus, daß eine Reduzierung des motorisierten Verkehrs weder zu einer Reduzierung der individuellen Aktivitätenhäufigkeit noch zu einer Einschränkung der Beweglichkeit oder Fähigkeit, Einrichtungen zu erreichen, führen muß. Die Einführung eines modifizierten Mobilitätsbegriffs in die öffentliche Diskussion um die Reduzierung des Autoverkehrs dürfte wesentlich zur Versachlichung und zur Entwicklung neuer Handlungsperspektiven beitragen.

2. Zum Konzept der Verkehrsmittelwahl

Unsere Untersuchung beschäftigte sich mit dem Problem der Verkehrsmittelwahl anders, als es bisher in der Verkehrsforschung üblich ist. Werden heute in differenzierten Verkehrsmittelwahlmodellen alle Fortbewegungsarten einbezogen, so war die Verkehrsmittelwahl in unserer Untersuchung dadurch begrenzt, daß eine Entscheidungsmöglichkeit - die fürs Auto - durch die Bedingungen des Experimentes ausgeschlossen war. Wir versprachen uns von dieser Vorgehensweise vor allen Dingen zwei Effekte. Erstens würden die Qualitäten der verbleibenden Verkehrsmittel bzw. Fortbewegungsarten (Fahrrad, Bus, Straßenbahn, Zufußgehen) den Teilnehmer bewußter werden, da sie diese nun häufiger würden benutzen müssen, wollten sie nicht auf einen Teil ihrer Tätigkeiten verzichten. Die daraus entwickelten Benutzungs- und Bewertungskriterien für die verbliebenen Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten gelten nach unserer Auffassung auch für die Situationen, in denen über ein Auto verfügt wird. Sie lassen sich aber - und das ist der springende Punkt - in den Situationen, in denen das Auto als konkurrierende Wahlmöglichkeit miteinbezogen wird, wegen der alles verdrängende Routine des Entscheidungsprozesses gar nicht mehr "unverfälscht" erheben. Autobesitz und Autobenutzung sind in der Regel so eng aufeinander bezogen, daß die Erhebung der Beurteilungen und Bewertungen der anderen Fortbewegungsmöglichkeiten nur durch eine experimentelle Konstellation mit einer entscheidenden Bedingung möglich erscheint: dem zeitweisen Verzicht auf die Benutzung des Automobils. Diese Bedingung muß künstlich hergestellt werden, da Personen, die aus Armut oder wegen ihrer Stellung im Lebenszyklus unfreiwillig über kein Auto verfügen, diese Situation als defizitär erleben und damit auch in ihrer Wahrnehmung beeinflusst sein dürften.

Damit aber konnten wir auch zweitens durch unser Experiment das Verkehrsmittelwahlverhalten einer spezifischen Gruppe untersuchen, nämlich der Personen, die bereit waren, vom Auto auf andere Verkehrsmittel umzusteigen.

In den Eingangsgesprächen äußerten alle Teilnehmer (mit einer Ausnahme), daß das Fahrrad ihr bevorzugtes Verkehrsmittel sei - obgleich sie für viele Strecken auch das Automobil benutzten. Im Experiment selbst blieb diese Vorliebe insgesamt gesehen zwar erhalten, wurde aber keineswegs so strikt in die Praxis umgesetzt. Von den zwei als Alternative zum Auto vorrangig infragekommenden Verkehrsmitteln, ÖPNV und Fahrrad, bevorzugten unsere Teilnehmer das Fahrrad: Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitwege wurden überwiegend damit zurückgelegt. Aber bei weiteren Entfernungen oder für gut erschlossene Ziele (Innenstadt) und bei schlechtem Wetter kam der ÖV als Alternative häufiger in Betracht, als es nach

den formulierten Präferenzen zu vermuten gewesen wäre. Dennoch ist die Bevorzugung des Fahrrades erklärungsbedürftig.

Nach unserer Analyse läßt sich dieses Wahlverhalten dadurch erklären, daß das Fahrrad spezifische Qualitäten aufweist, die einen Automobilverzicht erleichtern. Dies sind vor allen Dingen die Merkmale Flexibilität, innerstädtische Schnelligkeit und individuelle Verfügbarkeit. Diese Vorteile, die auch fürs Automobil gelten (sofern sie nicht durch die Auswirkungen der Massenmotorisierung zunichte gemacht werden), können die öffentlichen Verkehrsmittel nicht aufweisen. Deren Inanspruchnahme erwies sich für die Teilnehmer, insbesondere für diejenigen, die sie selten benutzten, als relativ schwierig und kompliziert. Fehlende Informationen (Fahrtzeiten, Linienführung, Tarife) wirkten ebenso als Nutzungsbarrieren wie die Tatsache, daß die Inanspruchnahme i.d.R. mehr Zeit und die genaue zeiträumliche Planung der eigenen Aktivitäten voraussetzt. Es zeigte sich aber, daß die öffentlichen Verkehrsmittel für regelmäßige längere Fahrten durchaus in Anspruch genommen wurden, wobei deren spezifische Vorzüge zur Geltung kamen.

Es ist weiterer Forschung vorbehalten zu klären, ob es sich bei der in unserer Teilnehmergruppe zum Ausdruck kommenden Präferenz fürs Fahrrad um einen Zufall handelt, oder ob tatsächlich das Fahrrad viel klarer als Alternative zum Automobil gesehen werden muß, als es bisher in der Verkehrswissenschaft üblich ist. Unsere Ergebnisse deuten jedenfalls an, daß in der unmittelbaren Umstellungssituation i.d.R. die alltäglichen Wege leichter mit dem Rad als mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen sind. Erst wenn die Personen sich im Laufe der Zeit mit Eigenschaften der öffentlichen Verkehrsmittel vertraut machen und die Ausgangs- und Zielorte einigermaßen gut erschlossen sind, kommen auch vermehrt Busse und Straßenbahnen als Alternative zum eigenen Auto in Betracht.

II. DIE CHANCEN EINER REDUZIERUNG DER AUTOMOBILNUTZUNG: ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN

1. Was steht einem freiwilligen Autoverzicht entgegen?

Das überraschende Hauptergebnis unserer Untersuchung ist die Feststellung, daß ein städtisches Leben ohne Automobil durchaus möglich ist, und zwar - das ist das Entscheidende - auch für diejenigen Haushalte und Familien, die an ein Auto gewöhnt sind. Zwar haben vier der Haushalte während des Experiments gelegentlich ihr eigenes Auto benutzt, zwei Haushalte dagegen nicht ihr eigenes, dafür aber Mitfahrgelegenheiten. Aber die Problemsituationen, in denen ein Auto benutzt wurde, lassen sich lösen, ohne ein eigenes Automobil zu besitzen.

Für die meisten Problemsituationen wurden individuelle Lösungen gefunden, die allerdings nicht immer befriedigend waren. Daher sollten die dem Autoverzicht entgegenstehenden Probleme durch verschiedene Formen der Reorganisation, durch öffentliche Planung und Vorsorge und durch institutionalisierte oder öffentlich unterstützte Privatinitiative so gelöst werden, daß sie einen Verzicht auf das private Automobil nicht mehr behindern. In unserem Projekt haben wir eine ganze Reihe von Problembereichen herausgearbeitet. Hier muß etwas getan werden, soll denjenigen, die einen Autoverzicht erwägen, das städtische Alltagsleben erleichtert werden:

- (a) Großeinkauf und Transporte
- (b) unflexible Arbeitszeiten
- (c) unzureichendes ÖV-Angebot, besonders an Wochenenden ins Umland
- (d) unzureichende Übersichtlichkeit von Fahrplänen und Tarifsystemen
- (e) Technische Ausstattung der Fahrräder
- (f) Anzahl, Zustand und Sicherheit der Radstrecken
- (g) Erlebnisumfeld von Fahrradwegen
- (h) Automobilverfügbarkeit ohne Eigentum

Dies sind die hauptächlichen Problemfelder, die wir aus den Tagebüchern und Erfahrungen unserer Teilnehmer entnehmen konnten. Auf sie gehen wir im Abschnitt 5.1 noch näher ein.

2. Der Autoverkauf: ein unerwarteter "Erfolg"

Der auffälligste "Erfolg" des Projektes ist mit Sicherheit darin zu sehen, daß von den im Sample verbliebenen 6 Haushalten 4 ihr eigenes Auto verkauft haben. Dies ist auch dann auffällig, wenn man berücksichtigt, daß ein Haushalt sein Auto schon vor Beginn des eigentlichen Experimentes den Verkaufsentschluß gefaßt hatte. Ein weiterer Haushalt hatte sein Auto verkauft, sich aber bereits ein neues bestellt und dann am Ende des Projektes die Bestellung storniert. Ein auffälliger Erfolg auch dann, wenn wir zusätzlich berücksichtigen, daß sich alle Haushalte ohnehin mit der Frage auseinandersetzten, ob sie nicht eventuell ganz auf das Auto verzichten sollten.

Aus den Tagebuchaufzeichnungen wissen wir von einem weiteren - nicht zu unserem Sample gehörenden - Haushalt, der aufgrund von Diskussionen mit einem unserer Haushalte und der dort mitgeteilten Erfahrungen ebenfalls sein Auto abgestoßen hat. Nehmen wir hinzu, daß auch von den zwei automobilbesitzenden Haushalten der

Projektbearbeiter ein Haushalt sein Auto verkaufte - eine Folge der eigenen Erfahrungen beim Erstellen eines "Kontrolltagebuches" -, so kann der unmittelbare Erfolg gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Unter bestimmten Bedingungen - auf die wir gleich noch zu sprechen kommen - sind die Chancen für einen freiwilligen Verzicht auf das Automobil als gar nicht so schlecht einzuschätzen.

Fassen wir den unmittelbaren Erfolg zusammen:

- 4 von 6 am Experiment beteiligten Haushalten verkauften ihr Auto
- von den zwei autobesitzenden Haushalten der Projektbearbeiter hat einer sein Auto verkauft
- ein weiterer Haushalt, der mit dem Projekt unmittelbar gar nichts zu tun hatte, hat aufgrund von Diskussionen mit einem am Projekt beteiligten Haushalt ebenfalls sein Auto aufgegeben
- von den verbleibenden beiden Haushalten, die am Experiment beteiligt waren und ihr Auto nicht aufgegeben haben, hat der eine die Nutzung des Automobils erheblich eingeschränkt. Dort wird das Auto z.B. nicht mehr für die Fahrt zu Arbeit verwendet.

3. Hinweise zur Einschätzung der Ergebnisse

3.1 Die unmittelbare Erfahrung

Durch die spezifische Auswahl unserer Haushalte, die sich ja alle auf eine Zeitungsmeldung hin an uns wendeten und zur Mitarbeit bereiterklärten, hatte unser Projekt natürlich außergewöhnliche Voraussetzungen. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß die beteiligten Haushalte zwar die Bereitschaft für die neue Erfahrung mitbrachten, das Projekt aber der unmittelbare Anlaß war, die Erfahrung eines Stadtlebens ohne Automobil auch tatsächlich zu machen. Und zwar unter Bedingungen, die durch den Versuchscharakter eben nicht endgültig waren. Zudem hätten die teilnehmenden Haushalte durchaus zwischendurch auf ihr Automobil zurückgreifen können - und haben dies teilweise auch getan. Eine entscheidende Voraussetzung für einen Verzicht auf das Automobil scheint uns in der unmittelbaren Erfahrung zu liegen; in der Erfahrung, daß sich das tägliche Leben sehr wohl ohne das Automobil organisieren läßt.

3.2 Erfahrung und Reflexion

Allerdings haben wir Hinweise darauf, daß die Erfahrung für sich alleine nicht in jedem Falle ausreichend ist. Vieles spricht dafür, daß die Erfahrung den

beteiligten Haushalten, bzw. den unmittelbar davon betroffenen Subjekten auch zugänglich sein muß. Wir vermuten, daß es vor allem zwei Dinge waren, die - in ihrem Charakter unterschiedlich - diesen Zugang zur Erfahrung in unserem Projekt herzustellen halfen: das Eingangsgespräch und das Tagebuch.

Das Eingangsgespräch diente neben der Erhebung sozialstruktureller Daten der Erfassung des Verkehrsverhaltens der Haushaltsmitglieder. Genau dies führte zu einer überraschenden, von uns so nicht erwarteten Sensibilisierung. Dies scheint ein wichtiger Schritt gewesen zu sein, hat er doch nach unserer Einschätzung die abstrakte Teilnahmebereitschaft in eine konkrete Projektbeteiligung transformiert. Dies wird auch dadurch bestätigt, daß die bei dem Eingangsgespräch nicht anwesenden Haushaltsmitglieder wesentlich unvollständigere Tagebücher erstellt haben.

Das Führen der Tagebücher ist als noch wichtiger zu betrachten. Die teilnehmenden Personen - insgesamt haben 12 Personen aus 6 Haushalten Tagebücher geführt - waren genötigt, sich täglich mit ihren Erfahrungen auseinanderzusetzen, sie in Worte zu fassen, sich ihrer Motive und Begründungen bewußt zu werden. Wir vermuten, daß die Reflexion der eigenen Erfahrung letztlich der entscheidende Schritt ist, um Erfahrung handlungsrelevant werden zu lassen. Einen wichtigen Hinweis hierzu lieferte auch die Erfahrung, die in einem Haushalt jenes Projektbearbeiters gemacht wurde, der sein Auto ebenfalls abschaffte. Der Haushalt besteht aus zwei Personen - einem Ehepaar -, die beide bereit waren, sich auf das Experiment einzulassen. Tagebuch hat allerdings nur der Projektbearbeiter geführt. Im Ergebnis läßt sich feststellen, daß zwar beide Personen die Erfahrung der Machbarkeit eines Stadtlebens ohne Automobil machten, daß sie aber emotional sehr unterschiedlich auf die gleichen Situationen reagierten. Während in dem einen Fall der Alltag als zwar machbar, aber defizitär empfunden wurde - es fehlte einfach etwas -, verarbeitete der Tagebuchschreiber die Situation auch emotional völlig anders; und dies, obwohl er eigentlich eher dazu neigte, nach dem Experiment, auf daß er sich ja aus professionellen Gründen eingelassen hatte, wieder auf ein Auto zurückzugreifen.

Bleibt festzuhalten: Zur Erfahrung muß auch die Verarbeitung der Erfahrung hinzukommen; anders läßt sich vermutlich die Diskrepanz von rationaler Beurteilung und emotionalen Defizitgefühlen nur schlecht überwinden.

3.3 Die Kontextualisierung der Erfahrung

Aus den Interviews und aus den Tagebüchern haben wir Hinweise darauf, daß sowohl der institutionelle Kontext als auch das Wissen darum, daß man nicht alleine an dem Experiment beteiligt ist, eine verstärkende bzw. stützende Rolle spielten. Der institutionelle Kontext bedeutet: Die Haushalte waren an einem Forschungsprojekt beteiligt, auf dessen Bedingungen sie sich für eine begrenzte Zeit eingelassen hatten. Die gelegentlich zu findende Tagebuchaufzeichnung, nach der jemand etwas wegen des Projektes getan habe, spricht da eine deutliche Sprache.

Die Teilnehmer verarbeiteten ihre Erfahrungen aber nicht nur in einem institutionellen, sondern auch in ihrem sozialen Kontext. Sie diskutierten ihre Erfahrungen häufig in der Familie oder mit Freunden, Bekannten und Kollegen. Dabei war die Reaktion von außen nicht immer nur positiv. Der Entschluß aufs Auto zu verzichten wurde aus dem sozialen Umfeld nicht nur bestätigt, sondern stieß auch auf Ablehnung. Wurden die Teilnehmer in ihrer autokritischen Haltung bestätigt, so fiel ihnen sicherlich der Verzicht aufs Automobil leichter. Dies nicht nur wegen der Anteilnahme am eigenen "Wagnis" oder "Opfer", sondern vor allem, weil in einem bestärkenden Umfeld das eigene Verhalten eher Anstoß zur Nachahmung finden kann als in einem Umfeld, in dem der Autoverzicht nur auf Unverständnis stößt. Folgen andere Personen dem eigenen Beispiel, so verliert das Argument, der Einzelne könne mit seinem Verzicht nur wenig zur Verbesserung der städtischen Verkehrs- und Lebenssituation beitragen, an Überzeugungskraft.

4. Die Inhalte der neuen Erfahrungen

Fassen wir die Tagebuchaufzeichnungen unter dieser Perspektive zusammen, so lassen sich verschiedene Dimensionen ausmachen, die nach unserer Einschätzung eine entscheidende Rolle bei dem Verzicht auf die Automobilnutzung gespielt haben und die nicht mit einer "ökologischen" Motivation gleichzusetzen sind. Es sind dies

- die Erfahrung, daß das Auto nur in wenigen Situationen notwendig ist
- die z.T. unerwartet positiven Erfahrungen mit den anderen Fortbewegungsarten, deren Benutzungsbarrieren durch vielfältige Problemlösungen abgeschwächt wurden
- die Erfahrung, daß der Transport von Einkäufen und sperriger Güter ohne Auto, wenn auch nur mit Einschränkungen, möglich ist
- die Erfahrung, daß ein Autoverzicht kaum eine Einschränkung der eigenen Aktivitäten zur Folge hat.

Die meisten Teilnehmer machten die Erfahrung, daß sie das Auto nur für wenige Anlässe benötigten und es selten vermißten. Das Auto ist also keineswegs in dem Maße ein unverzichtbarer Bestandteil des Alltagsleben, wie wir es vermutet hatten.

Die Teilnehmer machten eine Reihe neuer Erfahrungen mit den anderen Fortbewegungsarten. Sie schöpften die Einsatzmöglichkeiten der Verkehrsmittel gewissermaßen voll aus, indem sie durch Problemlösungen und Anpassungen die eigenen subjektiven und deren objektive Nutzungsbarrieren herabsetzten. Hierbei spielen technisch-praktische Veränderungen (z.B.: Kauf eines Fahrradanhängers) ebenso eine Rolle wie Lernprozesse (Umgang mit Fahrpläne) und Neudefinitionen von Erfahrungen (z.B. Radfahren bei schlechtem Wetter).

Den meisten Teilnehmern bereitete der Autoverzicht keine Schwierigkeiten bei der Versorgung der eigenen Haushalte. Wenn nun häufiger kleinere Mengen eingekauft wurden und der Einkauf besser geplant wurde, war das für die Teilnehmer zudem eine positive Erfahrung. Allerdings erwies sich die mit dem Einkauf verbundene Transportproblematik in zwei Haushalten als harter Grund, das Auto zu behalten.

Kaum ein Teilnehmer fühlte sich durch den Autoverzicht in seinen Aktivitäten eingeschränkt. Äußerst selten gaben unsere Teilnehmer an, daß sie wegen des Autoverzichts auch auf eine Aktivität hätten verzichten müssen. Im Gegenteil wurde den Teilnehmern im Experiment deutlich, daß die Fortbewegung mit den anderen Verkehrsmitteln selbst eine Aktivität darstellt, die sich durch spezifischen Erfahrungsdimensionen auszeichnet. Diese waren:

- die Wiedergewinnung eigener Zeit
- die Wiedergewinnung sinnlicher Wahrnehmung
- eine andere Form der Raumeignung

Die Wiedergewinnung der eigenen Zeit verweist auf die Wahrnehmung, die die Teilnehmer von ihren im Auto zurückgelegten Verkehrswegen hatten. Sie wurden hauptsächlich instrumentell gesehen. Ganz anders die zu Fuß, mit dem ÖV oder dem Fahrrad zurückgelegten Wege. Sie wurden nicht immer und nicht sofort, im Ganzen aber doch als Wege begriffen, die die eigene Zeit nicht verbrauchen, sondern die man mit eigener Zeit ausfüllt. Auch wenn Wege also z.T. mehr Zeit in Anspruch nahmen, so war es doch Zeit, die nicht als Verlust empfunden wurde, sondern als zusätzlich gewonnene Zeit.

Die Wiedergewinnung sinnlicher Erfahrung zeigte sich nicht nur beim Radfahren, sondern auch bei den anderen Fortbewegungsarten. Beim Radfahren war es vor allem

die insgesamt nicht so negativ wie erwartet wahrgenommenen Wetterabhängigkeit, die über die Erfahrung des Schönwetterradlers hinausging. Die Veränderung der Wahrnehmungsqualitäten betraf alle Fortbewegungsarten: gegenüber dem Automobil ermöglicht jede Fortbewegungsart eine direktere und sinnlichere Wahrnehmung.

In engem Zusammenhang damit steht die andere Form der Raumeignung, die explizit in den Tagebuchaufzeichnungen zu finden ist. Es sind nicht nur die Stadt und ihre Quartiere, die anders angeeignet werden, es ist auch und vor allem die Erfahrung der eigenen Körperlichkeit im Raum, die hier wichtig erscheint und die überhaupt die Basis von Raumeignung darstellt.

5. Empfehlungen

Der Charakter unserer Untersuchung erlaubt es nur in sehr geringem Maße, Empfehlungen auszusprechen. Die Gründe hierfür haben wir bereits mehrfach angeführt. Unser Sample ist nicht nur nicht repräsentativ, es ist durch die sozialstrukturellen Merkmale und durch die sich in der Beteiligungsmotivation ausdrückenden Orientierungen hochgradig spezifisch. Die aus dieser empirischen Studie gewonnenen Erkenntnisse können zwar für andere Gruppierungen gelten, müssen es aber keineswegs. In der Sache sind die herausgearbeiteten Problemsituationen aber durchaus typisch.

Viele der von unseren Projektteilnehmern erlebten Probleme betreffen Sachverhalte, die längst Gemeingut einer kritischen Verkehrswissenschaft sind. Daß das Radfahren erst dann zu einer wirklichen Alternative werden kann, wenn man in einer Stadt auch alle Punkte über ein Radwegenetz erreichen kann, ist weder neu noch originell, nichtsdestotrotz aber wichtig und richtig. Daß die Stadt-Umland-Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs unzureichend sind, werden schon nur noch die unmittelbar betroffenen Pendler und diejenigen wissen, die solche Beziehungen untersucht haben. Es ist gleichwohl ebenso trivial wie wahr. Daß dagegen viele Städter gerade wegen ihrer Wochenendfahrten ins Umland nicht auf ein Auto verzichten können und wollen, dürfte weniger bekannt sein.

Um nun nicht nur allgemeine Sachverhalte hier wiederzugeben, beschränken wir uns in unseren Empfehlungen auf die Erkenntnisse, die einerseits projektspezifisch sind, andererseits aber nicht unbedingt zum Alltagswissen kritischer Verkehrswissenschaftler und aufgeklärter Planer gehören. Wir benennen zuerst einige Problempunkte, deren bessere Auflösung oder Bewältigung denjenigen, die sich zu einem Verzicht auf die Verwendung des Automobils in der Stadt entschlossen haben, das Leben erheblich erleichtern würde. In einem zweiten Abschnitt möchten

wir dann Empfehlungen zu der Frage formulieren, wie überhaupt städtische Haushalte einem freiwilligen Verzicht auf das Automobil nähergebracht werden könnten.

Die Adressaten der verschiedenen Empfehlungen sind völlig unterschiedliche. Da aber erst die relative Gleichzeitigkeit einer Verwirklichung der verschiedenen Empfehlungen zu kumulierenden Effekten wird führen können, gehen wir davon aus, daß die Realisierung solcher Vorstellungen von einer Stelle angestoßen werden müßte, etwa den Ressorts für Stadtentwicklung, Umweltschutz und/oder Stadtökologie, den Stadtteilparlamenten oder Bürgerinitiativen. Entscheidend ist, daß unsere Vorschläge von Stellen und Personen in die Hand genommen werden, die nicht nur an der Sache selbst interessiert sein müssen, sondern auch völlig unbürokratisch und in direktem Kontakt zu verschiedensten Initiativen, Funktionsgruppen, Lobbyisten und Einzelpersonen zu agieren in der Lage sind. Und die selber genügend Phantasie entwickeln, um unsere Vorschläge noch zu ergänzen oder zu verändern.

5.1 Verbesserung der äußeren Bedingungen für einen freiwilligen Autoverzicht

Zur Förderung und Unterstützung des freiwilligen Verzichts der Benutzung des Autos bieten sich die Situationen als Ansatzpunkte an, in denen die Versuchsteilnehmer ohne ihr Auto oder bei der Benutzung der Alternativen zum Auto Schwierigkeiten hatten. Wir haben diese Problembereiche oben im Abschnitt 1. genannt und handeln sie hier in der o.a. Reihenfolge ab.

(a) Großeinkauf und Transporte. Das Problem vor allem größerer Haushalte besteht hier in der Warenmenge, die jeweils eingekauft wird oder werden muß und die mit dem Fahrrad schlecht oder nicht zu transportieren ist. Der Transport solcher Großeinkäufe und von Getränkekisten wäre durch einen Bringe-Service des Einzelhandels lösbar. Allerdings widerspräche ein solcher Service dem bisherigen Konzept der Großmärkte, die als Service kostenloses Parken für Autofahrer anbieten. Für den Einzelhandel in den Stadtteilen könnte aber gerade ein Bringe-Service die Attraktivität und damit auch die Konkurrenzfähigkeit zu den Märkten an der Peripherie verbessern. Ein solcher Service ließe sich relativ leicht zumindest von den Stadtteilsupermärkten organisieren und liegt ohnedies im Trend der Dienstleistungsentwicklung. Darüber hinaus können Transportprobleme aber auch durch technische Veränderung teilweise gemildert werden, wie wir sie unten unter (e) ansprechen.

(b) Unflexible Arbeitszeiten. Flexible Arbeitszeiten sind hauptsächlich zur Entlastung der Verkehrsspitzenzeiten eingeführt worden. Dabei hatte man allerdings primär den automobilen Berufsverkehr im Blick. In unserer Untersuchung hat es sich gezeigt, daß auch für den Verzicht auf die Autobenutzung für die Wege zur Arbeit flexible Arbeitszeiten eine wichtige Voraussetzung sind. Die Benutzung der Alternativen zum Auto - des Fahrrades und des ÖVs - wird erheblich erleichtert, wenn z.B. ein Regenschauer abgewartet werden kann oder eine verpaßte Straßenbahn keine Hektik auslöst. Wo auch immer es möglich ist, sollten flexible Arbeitszeiten eingeführt werden. Außerdem können aber auch Fahrgemeinschaften zur Reduzierung der Autofahrten beitragen.

(c) Unzureichendes ÖV-Angebot, besonders an Wochenenden ins Umland. Reisen ins städtische Umland sind nur dann ohne Auto praktikierbar, wenn ein öffentliches Verkehrsmittel verfügbar ist. Nach den Erfahrungen unserer Versuchsteilnehmer ist aber das ÖV-Angebot auf diesen Strecken, besonders an den Wochenenden - wenn überhaupt vorhanden - unzureichend. Selbst das Mitnehmen von Fahrrädern, durch das in Selbsthilfe das fehlende Angebot ausgeglichen werden könnte, ist nur schwer möglich. Für die städtische Bevölkerung wäre aber gerade an den Wochenenden der ÖV für den Ausflug aufs Land eine Alternative zum Auto. Berücksichtigt man zudem die zunehmende Freizeit, so kann eine Reduzierung der Automobilnutzung nur dann zustande kommen, wenn zumindest ein Teil der Wochenendaufahrten ins städtische Umland vom öffentlichen Verkehr übernommen wird. Flankierend zur Verbesserung des ÖV-Angebotes könnten z.B. die Eintrittspreise der Freizeitangebote - wie Spaßbäder oder Zoo's - mit den Fahrpreisen verrechnet oder die Fahrten selbst als Freizeitangebot gestaltet werden.

(d) Unzureichende Übersichtlichkeit von Fahrplänen und Tarifsystemen. Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel kann erleichtert werden. Für Leute, die nicht regelmäßig fahren oder nur wenige Strecken regelmäßig benutzen ist es wichtig, daß die Tarifgestaltung einfach und verständlich ist. Darüber hinaus bietet die Darstellung der Fahrpläne Anlaß zur Kritik. Die an den Haltestellen aushängenden Fahrpläne sind für ältere Leute oft schwer lesbar. Besonders betroffen von der Kritik sind aber die Fahrplanbroschüren, die käuflich erworben werden können und häufig Rechenoperationen zur Ermittlung der Abfahrzeit an einer bestimmten Haltestellen notwendig machen. Schließlich wäre die Verbreitung der Fahrpläne - eventuell als Stadtteilmfahrpläne - an alle Haushalte empfehlenswert, wie es in Bremen z.B. die Bundesbahn halbjährlich über eine Lokalzeitung veranlaßt. Personen, die keinen Fahrplan im Hause haben, werden auch dann kein öffentliches Verkehrsmittel benutzen, wenn es sich anböte. Tun sie es doch und gehen aufs Geratewohl zur Haltestelle, werden sie sich in dem Vorurteil bestätigt sehen, daß man auf den Bus oder die Bahn immer warten muß.

(e) Technische Ausstattung der Fahrräder. Bei der Verbesserung der Fahr-sicherheit, der Transportkapazität und des Bedienungskomforts des Fahrrades, insbesondere bei der Anbringung von Packtaschen und Kindersitzen, ist die Inno-vationsfähigkeit der Fahrrad-Branche gefragt. Auch die Konstruktion leicht zu handhabender Fahrradanhänger mit verschiedenen Tragfähigkeitsstufen und Funk-tionsmöglichkeiten dürfte von dieser Branche zu lösen sein. Darüberhinaus könnte auch die Stiftung Warentest angeregt werden, sich des Transportproblems mit dem Fahrrad anzunehmen und die auf dem Markt angebotenen Produkte miteinander zu vergleichen.

Aber auch mit dem Verleih von Fahrradanhängern durch den lokalen Fahrradhandel könnte all denen geholfen werden, die sich keinen eigenen Anhänger anschaffen können oder wollen, weil sie ihn nicht unterstellen können oder nur sehr selten einen benötigen.

(f) Anzahl, Zustand und Sicherheit der Radwege. Für die Benutzung des Fahrrades auf den täglichen Wegen ist es wichtig, daß ein Radwegesystem vorhanden ist. Möglichst alle Ziele müssen ohne Umwege auf Radwegen erreichbar sein. Darüber-hinaus ist es von großer Bedeutung, daß die Radwege bzw. die Strecken, auf denen auch Fahrräder verkehren, sicher sind (besonders an Kreuzungen und Straßenein-mündungen). Wie diese Sicherheit hergestellt werden kann, ist ein Problem, zu dem sich unsere Projektteilnehmer nicht geäußert haben. Daß es aber ein Problem ist, dazu haben sie sehr deutlich Worte gefunden.

Ein für die tägliche Benutzung besonders wichtiges und immer vernachlässigtes Problem besteht in der Oberfläche des Radweges. Gerade für Familien mit Kindern oder bei der Verwendung des Fahrrades als Transportmittel muß eine glatte Ober-fläche vorhanden sein.

(g) Erlebnisumfeld von Fahrradwegen. Besonders förderlich scheint es außerdem zu sein, wenn die Radwege ein angenehmes Umfeld aufweisen und nicht parallel zu verkehrsreichen stinkigen Straßen verlaufen. Hier sind die Stadtplanungsämter gefordert.

(h) Automobilverfügbarkeit ohne Autobesitz. Unser Projekt hat gezeigt, daß der Verzicht auf ein eigenes Auto durchaus machbar ist, wenn die Möglichkeit besteht, gelegentlich auf Leihwagen, Mietautos oder auf die Autos sogenannter "Car-Pools" zurückzugreifen. Während für Leih- und Mietwagen die gewerbliche

Wirtschaft ebenso sorgt wie für Taxen, sind die Car-Pools private Zusammen-schlüsse, deren Bewährung genau zu beobachten wäre. Gegebenenfalls sind sie in der Anfangsphase durch die öffentlich Hand zu unterstützen.

5.2 Strategien zur freiwilligen Reduzierung der Automobilnutzung

An dieser Stelle können wir uns besonders kurz fassen. Aktionen, wie wir sie in unserem Projekt durchgeführt und untersucht haben, lassen sich auch in größerem und anderem Rahmen durchführen. Die Ergebnisse unseres Projektes verweisen allerdings darauf, daß bei den Aktionen, die gelegentlich in diesem Handlungs-spektrum durchgeführt worden sind, bestimmte notwendige Voraussetzungen nicht zureichend berücksichtigt wurden.

Die Chancen für eine freiwillige Reduzierung der Automobilnutzung stehen gar nicht schlecht. Voraussetzung ist allerdings, daß

- eine Bereitschaft zur Einschränkung der Automobilbenutzung vorhanden ist,
- die konkreten Erfahrungen eines Alltags ohne Auto ermöglicht werden,
- auf die Verarbeitung dieser konkreten Erfahrungen geachtet wird und
- ein institutioneller und/oder kollektiver Kontext hergestellt wird.

Unter diesen Voraussetzungen kann auf die Wirksamkeit der neuen Erfahrungen, die von den Haushalten gemacht werden, durchaus vertraut werden. Der anfängliche Verzicht auf das Automobil verwandelt sich unversehens in die Wiedergewinnung von wichtigen Lebensdimensionen, der Verzicht wird zu einem qualitativen Gewinn.

Darüber hinaus aber halten wir es für wichtig den Versuch zu machen, die im letzten Abschnitt gegebenen Empfehlungen in einer Art konzertierter Aktion in einem ausgewählten Stadtteil einer dafür geeigneten bundesrepublikanischen Stadt umzusetzen. Es läßt sich nach unserem Projekt mit guten Gründen vermuten, daß ein Erfolg nicht ausbleiben und sowohl auf die Gesamtstadt als auch auf andere Städte ausstrahlen wird.

INHALTSVERZEICHNIS

I. EINLEITUNG	4
1. Die Relevanz des Forschungsfeldes	4
2. Die Ziele des Forschungsprojektes	8
II. MOBILITÄT UND VERKEHRSMITTELWAHL	11
1. Mobilität und Individualverkehr	11
1.1 Mobilität im Raum: ein sozialer Sachverhalt	11
1.2 Die Mobilität und die Fortbewegungsart	13
1.3 Die Ursachen des Personenverkehrs	16
1.4 Das Mobilitätsverhalten von Personen	18
1.5 Fragen zur Mobilität	23
2. Verkehrsmittelwahl	24
2.1 Das Experiment als Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl	24
2.2 Verkehrsmittelwahlmodelle	26
2.2.1 Limitierende Determinanten der Verkehrsmittelwahl	26
2.2.1.1 Die Wahlsituation und Entscheidungsprozesse	27
2.2.1.2 Vorentscheidungen und Verkehrsmittelwahl	30
2.2.1.3 Subjektive Wahrnehmung	30
2.2.1.4 Haushaltsabhängigkeit der Verkehrsmittelwahl	32
2.2.2 Die Bedeutung der Verkehrsmittelwahl im Kontext unserer Untersuchung	33
III. BESCHREIBUNG DES EMPIRISCHEN VORGEHENS	36
1. Vorläufer: Das Stuttgarter Experiment	36
2. Die Datenbasis unseres Projektes	37
3. Die Tagebücher der Projektbearbeiter	38
4. Die Auswahl der Teilnehmer am Experiment	41
5. Die Merkmale der teilnehmenden Haushalte/Personen	42
6. Verfahren der Analyse und Interpretation	47
6.1 Die haushaltsorientierte Perspektive	47
6.2 Die synoptische Perspektive	48
6.3 Zur Relevanz qualitativ interpretierter Daten	48
6.4 Analyse, Darstellung und Interpretation	49

IV. DARSTELLUNG UND INTERPRETATION DER ERGEBNISSE DES EXPERIMENTS	52
1. Interpretation der Tagebuchaufzeichnungen in synoptischer Perspektive	52
1.1 Das Tagebuch	52
1.2 Was mußte wegen des Autoverzichts an diesem Tage neu organisiert werden?	53
1.3 Warum wurden gerade die Verkehrsmittel gewählt, die heute benutzt worden sind?	55
1.4 Welche Probleme tauchten mit/bei der Benutzung der Verkehrsmittel auf, bzw. was wurde negativ wahrgenommen?	60
1.5 Was wurde bei der Benutzung der Verkehrsmittel positiv wahrgenommen?	64
1.6 Gab es ein Erlebnis oder eine besondere Situation auf den Wegen, die heute zurückgelegt wurden, das/die mit dem benutzten Verkehrsmittel zu tun hatte oder das/die bei der Autobenutzung nicht möglich gewesen wäre?	69
1.7 Wurde heute die Benutzungsmöglichkeit des Autos vermißt? Wenn ja, warum, bei welcher Gelegenheit?	72
1.8 Was scheint Ihnen sonst noch erwähnenswert?	75
2. Nutzung und Bewertung der Fortbewegungsarten	79
2.1 Einleitung	79
2.2 Die Bewertung des Radfahrens	81
2.3 Die Bewertung des öffentlichen Verkehrs (ÖV)	86
2.4 Die Bewertung des Gehens	92
2.5 Die Mitfahrgelegenheit	97
2.6 Die Bewertung des Automobils	100
3. Das Alltagsleben der Haushalte ohne eigenes Auto	103
3.1 Der Einkauf ohne Auto	104
3.1.1 Das Beibehalten des Großeinkaufs	105
3.1.2 Das Steigern der Einkaufshäufigkeit	108
3.1.3 Die täglichen Kleineinkäufe	109
3.2 Transporte ohne Auto ?	110
3.3 Der Weg zur Arbeit	112
3.3.1 Die Woche vor dem Experiment	115
3.3.2 Die vier autofreien Wochen	116
3.4 Reisen aus der Stadt	122

3.4.1	Besuche im näheren und weiteren Umland	123
3.4.2	Reisen in andere Städte	127
4.	Mobil ohne Auto	131
4.1	Aktivitätenhäufigkeit als Merkmal der individuellen Mobilität	131
4.2	Die Beweglichkeit im Raum und die Erreichbarkeit von Zielen	135
4.3	Fortbewegung mit Kindern	137
4.4	Wegezeiten: verbrachte Zeit und verbrauchte Zeit	140
4.5	Die Raumwahrnehmung und Kommunikation auf den Wegen	142

V. DIE CHANCEN FÜR EINE REDUZIERUNG DER AUTOMOBILNUTZUNG:

ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN		150
1.	Was steht einem freiwilligen Autoverzicht entgegen?	150
2.	Der Autoverkauf: ein unerwarteter "Erfolg"	151
3.	Hinweise zur Einschätzung der Ergebnisse	152
3.1	Die unmittelbare Erfahrung	152
3.2	Erfahrung und Reflexion	152
3.3	Die Kontextualisierung der Erfahrung	153
4.	Die Inhalte der neuen Erfahrungen	154
5.	Empfehlungen	156
5.1	Verbesserung der äußeren Bedingungen für einen freiwilligen Autoverzicht	157
5.2	Strategien zur freiwilligen Reduzierung der Automobilnutzung	160

LITERATURLISTE

161

IV. Lehrveranstaltungen

Lehr- und Forschungsfelder am Fachgebiet "Soziologische Grundlagen der Raumplanung" am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund

Lehrveranstaltungen und Studienprojekte im Sommersemester 1990/91

Lehrveranstaltungen

Wolfgang Börstinghaus:
Kultur und Stadtentwicklung

Wolfgang Börstinghaus/Christian Kuthe:
Handlungsfelder für Raumplaner: Weiterentwicklung von Großsiedlungen

Sebastian Müller (zusam. mit Ursula v.Petz und Klaus M Schmals):
Westliche Metropolen verändern ihr Gesicht - Konkurrierende Konzepte für den Umbau des Ruhrgebietes

Sebastian Müller:
Villes européennes et l'aménagement du territoire (I.U.G. Univers. de Grenoble)

Klaus Schmals:
Die Dritte Industrielle Revolution - Der Wandel von Raum, Zeit, System und Lebenswelt

Klaus Schmals:
Theorie der Stadt - Theorie der Gesellschaft

Rainer Stierand (zus. mit Michael Wegener):
Planungstheorie seit 1945

Rainer Stierand:
Sozialwissenschaft und Planung in den fünf neuen Bundesländern

Gabriele Sturm:
Räumliche Organisation gesellschaftlicher Prozesse

Studienprojekte

Klaus Schmals:
Anfängerprojekt: Studierende schaffen sich Wohnraum - Umbau und sozial-räumliche Integration einer Kaserne

Rainer Stierand:
Fortgeschrittenenprojekt: Mittelstadt im Wandel - am Beispiel der Stadt Neuruppin

Gabriele Sturm:
Anfängerprojekt: Verkehrsplanung aus Frauensicht

Hartmut Häußermann
Thomas Krämer-Badoni

Soziale und ökologische Dimensionen von Urbanität
Bremer Stadtteile im Vergleich
Projekt im Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung ab WS 1991/92

AV Osterholz-Tenever: Entstehung und Entwicklung einer
Neubausiedlung
Häußermann 2 SWS

AV Ansätze zur Analyse von Orts- und Stadtteilen
Krämer-Badoni 2 SWS

AV Soziologische Zugänge zur Stadtökologie
Krämer-Badoni 2 SWS

Das Projekt soll regulär über 4 Semester mit je 6 SWS laufen. Die
Detailplanungen für die folgenden Semester können erst im WS 1991/92 erstellt
werden.

V. Literatur - Hinweise

SEXUELLE GEWALT - DIE ALLGEGEWÄRTIGE MENSCHENRECHTSVERLETZUNG
Herausgegeben von Doris Janshen. 560 Seiten. Paperback. 22 DM.

Inhalt:

Sexueller Mißbrauch: *Petra K. Mein* Über alles geliebter Papi, *Jörg M. Fegert* Glaubensbekenntnis und Gruppenjargon, *Elisabeth Trube-Becker* 90% der Fälle bleiben unentdeckt, *Rosemarie Steinhage* Niemand macht sich die Mühe zu fragen, *Barbara Kavemann* Opfer und Überlebende, *Alexander Stachiw* Der Altersdurchschnitt liegt bei 12 Jahren, *Birgit Laudan* "Wildwasser" etcetera, *Vienna Botens* Parteiliche Unterstützung, *Marion Mebes* Zum Beispiel: CHILD ABUSE UNIT, *Elisabeth Fey* "Du bist einzigartig, wichtig und liebenswert".

Vergewaltigte Frauen: *Doris Janshen* "So ist es gewesen", *Sabine N.* Vergewaltigt-für mein Leben, *Theresia Degener* "Das glaubt mir doch sowieso keiner", *Michael C. Baurmann* Die offene, heimliche und verheimlichte Gewalt von Männern gegen Frauen sowie ein Aufruf an Männer, sich gegen Männergewalt zu wenden, *Gisela Clausen* Frauen nach einer Vergewaltigung, *Sybille Humburg* "Es gibt keine typische Situation", *Beate Cordes und Monika Pflüger* "Ich könnt' mich eigentlich nicht groß beklagen".

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz: *Sibylle Plogstedt* Sexuelle Gewalt im Betrieb.

Erfahrungen mit den Tätern: *Jörg M. Fegert* Knastrealität und Täterforschung, *Wilfried Rasch* 80% werden als schuldig beurteilt, *Eva Hedlund* Wie betrachten sexuelle Gewalttäter ihr Verbrechen?, *Gerd Böse, Silvia Henke, Doris Ingenhag-Schuster* Gruppenarbeit mit Vergewaltigern im Strafvollzug, *Christian Spoden* Gewalt als Zeichen von Schwäche und Verzweiflung, *Margret Hauch* Ausgrenzung ist keine Lösung.

Juristischer Alltag und Rechtspolitik: *Doris Janshen* Gelegenheitsprostitution kann nicht ausgeschlossen werden, *Birgit Laubach* Chronik eines Skandals, *Claudia Burgsmüller* Die "Dritte Front" des Strafprozesses? *Günter Tondorf* Grenzen der Verteidigung in Vergewaltigungsprozessen, *Renate Volbert* Das Mißtrauen gegen weibliche Zeugen, *Edeltraut Wörz-Polachowski* Die Kriminalpolizei hat lernen müssen, sich selbstkritisch zu sehen.

Klärungsversuche: *Volker Elis-Pilgrim* Das Männlichkeitsdefizit als Ursache männlicher Gewaltanfälligkeit, *Christina Thürmer-Rohr* Frauen in Gewaltverhältnissen, *Diskussionsprotokoll:* Mündliche Kommentare zu Pilgrim und Thürmer-Rohr

Nachhall auf die "Kampagne gegen Sexuelle Gewalt": *Pieke Biermann* Ein Tribunal ist ein Tribunal ist ein Tribunal, *Ulrich Albrecht* Männerversuch gegen Männergewalt.

Anhang: *Kontaktadressen* Initiativen gegen "Sexuellen Mißbrauch"/ Notrufe, Krisentelefone - bei Vergewaltigung, Belästigung etc./ Männer gegen Männergewalt - Täterproblematik.

Zu bestellen bei: Zweitausendeins, Postfach 610 637, 6000 Frankfurt/Main 60
Tel.: 069 - 420 8000, Fax: 069 - 415 003

Universität Dortmund

S. Müller, K.M. Schmals, F. Schrooten/R. Bossard, G. Sturm:
Internationale Bauausstellung Emscherpark - Balanceakt zwischen internationaler Kapitalverwertung und lokaler Verbesserung der Lebensverhältnisse, Arbeitspapier Nr. 6, hrsg. vom Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund, Dortmund 1991.

Wolfgang Börstinghaus, Barbara Paul
Private Kulturförderung und Kommunale Kulturpolitik. Untersuchungsgegenstand auch in Dortmund. In: Ruhrwirtschaft 8/1990, S. 14-15.

Sebastian Müller
Schwachstellen im IBA-Konzept der ökologischen Erneuerung des Emscherraums, in: IBA-Balanceakt zwischen internationaler Kapitalverwertung und lokaler Verbesserung der Lebensverhältnisse, S. 2-26, Dortmund 1991

Regionale Strukturreform durch eine Internationale Bauausstellung Emscherpark, in: Alternative Kommunalpolitik, Juli 1991

Eine Denkschrift mit Stellungnahmen bekannter PolitikerInnen und ForscherInnen zu der brisanten Frage, ob und wie Frauen verhindern können, daß die Entwicklung der technischen Zivilisation die Grundlagen für zukünftiges Leben zerstört.

Wird die Technik ein Geschlecht?

Denkschrift für eine andere technische Zivilisation
Doris Janshen (Hg.)

Welche Auswirkungen hätte die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Entwicklung und Gestaltung von Technik? Handelte es sich lediglich um die Beteiligung an dem männlichen Privilegsystem Technik oder erstünde damit die von vielen erhoffte Wende zu einer anderen technischen Zivilisation? Sozialwissenschaftlerinnen, Ingenieurinnen und Politikerinnen greifen auf vielfältige Erfahrungen und Kenntnisse zurück und schlagen eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, um das Unverhältnis von Frauen und Technik zu beseitigen. Männern verlangen sie eine elementare Veränderung ihrer technischen Kreativität ab. Die Autorinnen fordern massive Eingriffe in den gesamten technischen Entwicklungsprozeß. Sie setzen auf den politischen Willen zukünftiger Technikerinnen und motivieren zu der Vision einer fundamental veränderten technischen Kultur. Die politischen Zielsetzungen der Denkschrift kommentieren bekannte PolitikerInnen und ForscherInnen.

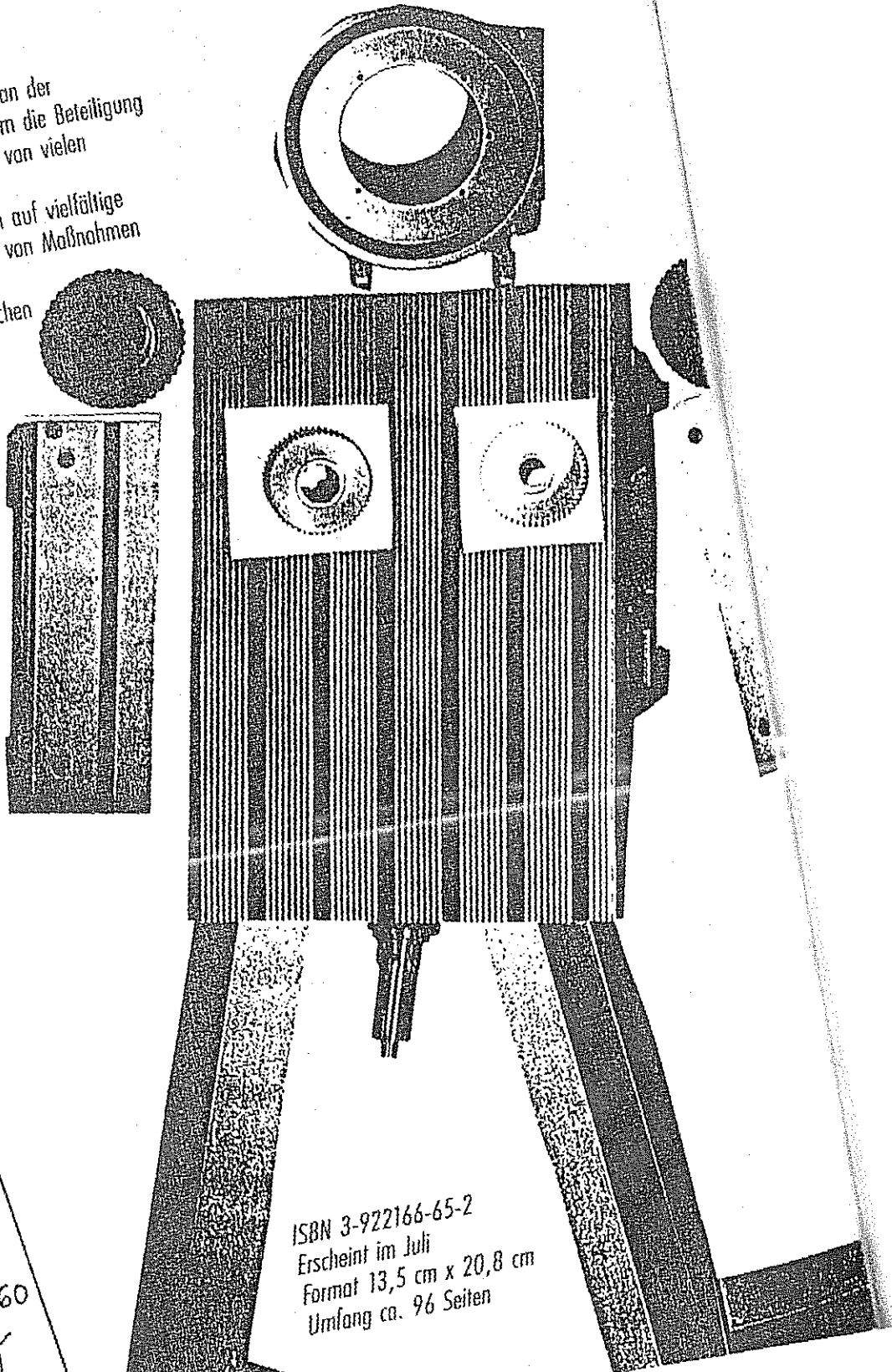
Herausgeberin:
Doris Janshen koordinierte den Arbeitskreis »Frauen und Technik«. Sie ist Professorin für Soziologie an der Universität Essen.

Autorinnen:

- Doris Janshen
- Monika Ganselorth
- Monika Langkau-Hermann
- Christa Lippmann
- Barbara Mettler-Meißner
- Silke Metz-Göckel
- Ina Nausel
- Ulrich Notz
- Margarete Pauls
- Christiane Schmarow
- Renate Schmidt
- Barbara Stiegler

KommentatorInnen u.a.:

- Anke Brunn
- Margrit Falck
- Helga Genrich
- Monika Greif
- Asha Kachru
- Eva Kühnkarf
- Hedwig Rudolph
- Elisabeth Vogelheim
- Christine von Woizsäcker
- Inge Weilig-Danielmeier
- Peter Glotz
- Herbert Kubicek
- Wolfgang Neef
- Spiros Simitis



ISBN 3-922166-65-2
Erscheint im Juli
Format 13,5 cm x 20,8 cm
Umfang ca. 96 Seiten

STADT UND RAUM

Soziologische Analysen

Centaurus-Verlagsgesellschaft
Pfaffenweiler 1991

Vorwort

Mit dem vorliegenden Band eröffnet das Herausgeberteam die Schriftenreihe "Stadt, Raum und Gesellschaft". In loser Folge sollen in dieser Reihe Texte publiziert werden, die Grundkonzepte und aktuelle Probleme der Stadt- und Raumentwicklung im gesellschaftlichen Kontext analysieren. Dies bedeutet auch, die Forschungsgegenstände in ihrem historischen Entwicklungsprozeß darzustellen. Die in diesem Band veröffentlichten Originaltexte versuchen jeweils auf unterschiedliche Art und Weise eine historische Rekonstruktion ihrer Themen. Wieweit die daraus gezogenen Schlußfolgerungen für die Analyse gegenwärtiger Problemlagen tragfähig sind, wird die wissenschaftliche Diskussion erweisen müssen.

Wir haben unsere Texte miteinander mehrfach diskutiert und überarbeitet. Daraus schöpfen wir die Hoffnung, nunmehr eine klare Argumentation mit sprachlicher Genauigkeit so verknüpft zu haben, daß die Lektüre dieses Bandes unseren Leserinnen und Lesern auch ein wenig Vergnügen bereiten möge.

Das Herausgeberteam

Inhalt

Die Stadt als sozialwissenschaftlicher Gegenstand Thomas Krämer-Badoni.....	1
Städtebaukonzepte - Bilder für den baulich-räumlichen Wandel der Stadt Marianne Rodenstein.....	31
Soziologie des Wohnens Hartmut Häußermann/Walter Siebel.....	69
Stadt und Land - Metamorphosen einer Beziehung Detlev Ipsen.....	117
Essay über den Raum Dieter Läßle.....	157

Erhältlich ab
Juli im Buchhandel
Information:
Hügel 030/2162960
Frauenverlag

Jörg Blasius, Jens S. Dangschat (Hg.)

Gentrification

Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel

INHALT

Vorwort	9
EINLEITUNG	
Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete - Grundlagen und Folgen <i>Jens S. Dangschat, Jörg Blasius</i>	11
I. AUSWIRKUNGEN VON VERÄNDERTEN ÖKONOMISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN RAUMNENNUNGEN AUF INNENSTÄDTNAHE WOHNGEHETE	
Der Einfluß von ökonomischen und sozialen Prozessen auf die Gentrification <i>Hermann Häußlermann</i>	35
Die Gefährdung preisgünstigen Wohnraums durch wohnungspolitische Rahmenbedingungen <i>Volker Krebich</i>	51
Geld ist nicht (mehr) alles - Gentrification als räumliche Segregation nach horizontalen Ungleichheiten <i>Jens S. Dangschat</i>	69
5	

Inhalt:

Einleitung	7
Teil I:	
<i>Ludwig von Friedeburg</i> , Frankfurt, die Stadt und ihre Soziologie	13
<i>Josef Esser, Heinz Steinert</i> , »Dienstleistungsgesellschaft« und »Scheinbürgertum«	31
<i>Volker Heins, Joachim Hirsch</i> , Auf welchem Mist wächst Grün? Sozialstruktur und Politik in einem »tertiarisierten Dienstleistungszentrum«	45
<i>Eike Hennig</i> , Die Praxis der politisch-sozialen Segregation und die Ideologie des Reichtums für Alle	63
Teil II:	
<i>Frank-Olaf Radtke</i> , Gleichstellung oder Multikulturalismus? Optionen und Wirkungen kommunaler Ausländerpolitik	73
<i>Walter Prigge</i> , Zweite Moderne. Modernisierung und städtische Kultur in Frankfurt	91
<i>Frank-Olaf Brauerhoch</i> , Das Prinzip Museum. Wechselwirkungen zwischen Institution und Kulturpolitik	107
Teil III:	
<i>Roger Keil, Klaus Ronneberger</i> , Macht und Räumlichkeit: Die Weltstadt geht aufs Dorf	125
<i>Roland Roth</i> , Frankfurt am Main. Skizzen zu einer Bewegungsmetropole	149
<i>Regina Dackweiler</i> , Am Beispiel Frankfurt: Autonome Frauenbewegung gegen männliche sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum	169
<i>Peter Noller</i> , Mythos Heroin: Szene und Politik in Frankfurt am Main	185
<i>Rita Weirich</i> , Das Frankfurter Bahnhofsviertel - der Großstadt- »Dschungel« wird gerodet	201
Autorinnen und Autoren	213

Campus Verlag
Frankfurt/New York

I. REAKTION DER RÄUMLICHEN PLANUNG AUF AUFWERTUNGEN DES INNENSTÄDTNAHEN WOHNRECHTSTANDS

Starkenernung und Gentrification am Beispiel Frankfurs <i>Werner Wügerfeld</i>	95
Der Verlust preiswerten Wohnraums - kann er abgeschwächt, können seine Folgen abgemildert werden? Das Beispiel München <i>Elisavet Heider</i>	114
"Frühe den Hinten ...?" Traditionelle und erweiterte Mietengesetze zur Sicherung preiswerter Wohnverhältnisse <i>Kauf-Fraesler, Klaus Seile</i>	128
Die Erhaltungssatzung als Mittel zum Erhalt der Sozialstruktur <i>Ursula Stein</i>	154
Gentrification - Bewertung aus planerischer Sicht <i>Walter Richter</i>	175
Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel in Köln <i>Arnold Schulz</i>	185
Gentrification: Stadtlehre im Konflikt - Beispiele aus Hamburg <i>Carl-Herlich Haase</i>	196
Gentrification und Stadtkernenernung - Dargestellt am Fallbeispiel Stuttgart <i>Wahlburg, Katz-Hoberg</i>	213

III. METHODISCHE PROBLEME

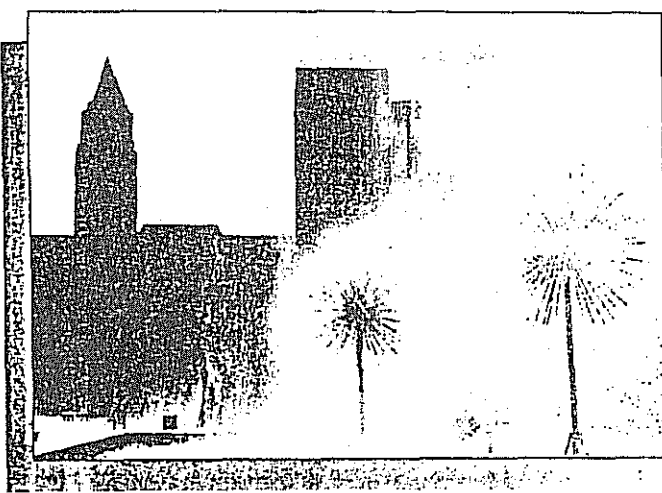
Zur Messung von Gentrification - Anmerkungen zu einem komplexen Forschungsdesign <i>Harald Rohlfinger</i>	231
Sozialwissenschaftliche Mehrerebenen- und Gentrification <i>Johannes Heintik</i>	251

IV. FALLSTUDIEN

"Das gute Wohngefühl ist weg!" - Wahrnehmungen, Bewertungen und Reaktionen von Bewohnern im Vorfeld der Veräußerung <i>Monika Alisch, Wolfgang zum Felde</i>	277
Soziale und strukturelle Folgen von Modernisierungen in innenstadtnahen Gebieten <i>Reinhard Wegler</i>	301
Bestimmungsfaktoren, Wirkungszusammenhänge und Folgen der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen <i>Wolfgang Kallisch, Reinhold Güter, Michael Ruf</i>	325
Gentrification und Lebensstile <i>Jörg Blasius</i>	354
Junge Erwachsene auf großstädtischen Wohnungsmärkten - Zugänge, Platzierungsprobleme, Ausgrenzungen <i>Wolfgang Götter, Hans-Ulrich Müller</i>	376
Wohnungsneubau in der Mannheimer Innenstadt <i>Stefan Krüner, Karin Zapf</i>	397
Über die Autoren	420

FRANKFURT am Main

Stadt, Soziologie und Kultur



Herausgegeben von Frank-Olaf Brauerhoch

Ab sofort über den Buchhandel beziehbar

VERVUERT

Brauerhoch FRANKFURT am Main



paraît quatre fois l'an

Directeur de la publication
Giairo Daghini

Comité de rédaction
Laurent Chenu
Patrick Devanthery
André Ducret
Inès Lamunière
Catherine Quéloz
Martin Steinmann

Assistante de rédaction
Catherine Dumont d'Ayot

Secrétaire de rédaction
Josiane Vuilleumier

Relecture des textes
Isabelle Charollais
Philippe Meylan

Réalisation graphique
Vitamine Publicité

Correspondants
Alain Charre Lyon
Pierre-Alain Croset Locarno
Hans Frel Zurich
Jean-Luc Grobety Fribourg
Dorothee Huber Bâle
Bruno Marchand Lausanne
Philippe Meyer Berne
Stéphane de Montmollin Bienne
Cyrille Simonnet Grenoble
Christian Sumi Zurich

Publicité
Carol Pache
Chemin Terroux 23A
CH-1218 Genève
Tél. 022/798 78 69

Photocomposition
A.R.P.
Carouge
Impression
Imprimerie Roulet & Cie,
Carouge

FACES

est une publication
de l'Ecole d'architecture
de l'Université de Genève

Rédaction, administration
et abonnements:
Usine Stern
Semier des Saules 3
CH-1205 Genève
Tél. 022/705 71 48
Fax 022/29 25 46
du lundi au vendredi de 14h à 17h30

© Faces, 1990
ISSN 0258-6800

Photo de couverture:

Hans et Wassili Luckhardt, le Landesversorgungssamt de la Bavière, construit de 1954 à 1958, Munich, démolé en 1989 (Photo: Klaus Kinold, Munich, in «Brüder Luckhardt und Alfons Anker», Schriftenreihe der Akademie der Künste, vol. 21)

Dos de couverture:

Max Taut et Ludwig Hoffmann, bâtiment du syndicat allemand des imprimeurs, construit en 1924-26, Berlin-Kreutzberg. La cage d'escalier dans la cour, état actuel (Photo: Bernd Nicolai)

4

DOSSIER

L'HÉRITAGE BERLINOIS

FACE AU MODERNE: POSITIONS EN ALLEMAGNE
Christian Freigang

L'ARCHITECTURE OUBLIÉE D'UNE CAPITALE
Les immeubles des syndicats dans le Berlin des années vingt
Bernd Nicolai

RECONSTRUCTION DU MODERNE OU RECONSTRUCTION MODERNE?
L'ancienne Ecole des syndicats, à Bernau
Roland Scheider

«TIME-LAG», OU DE L'USAGE DES BÂTIMENTS MODERNES
Les frères Luckhardt et Alfons Anker
Doris Mollenschott

EN QUOI LA STALINALLEE EST-ELLE MODERNE?
Hartmut Dorgerloh

«LE BAUHAUS EST MORT, VIVE LE BAUHAUS»
Hans Götze

24

REPÉRAGES

CONSTRUCTIONS BASSES, MOYENNES OU HAUTES?
A propos de la cité Boissonet, Lausanne - Atelier Cube
Bruno Marchand

GERHARD RICHTER
Denys Zacharopoulos

38

ARGUMENTS

ENTRE PLAN ET PROJET: DES VOIES POUR LA RECHERCHE
Giairo Daghini

LE PROJET DU PLAN
Le cas de Sienna
Patrizia Gabellini

«RENOVATIO URBIS»
Goffredo Serrini

L'ÉLABORATION DU PROJET D'URBANISME
Bernardo Secchi

50

ARCHIVES

LAUSANNE, BEL-AIR METROPOLE: UN IMMEUBLE - DES IMAGES
Pierre Frey

58

TRIBUNE

UNE FERME DANS LE JURA
La transformation d'une ferme jurassienne à la Sagne par Philippe Gueissaz

L'ART ET LA CITÉ: LA COMMANDE PUBLIQUE
Valérie Mavridorakis

Inhalt

Neues Wohnen am Stadtrand	123
Wenn Frauen "sozialistisch" wohnen - zur Lebensweise in "Hauptwohnbaustandorten" (Großsiedlungen) in der DDR <i>Christine Hannemann</i>	137
BewohnerInnenbeteiligung am Beispiel der Hamburger Großsiedlung Steilshoop <i>Camilla Hübsch-Törper</i>	149
Neue Wohngrundrisse von Frauen - gesprengte DIN-Normen! <i>Myra Warhaffig</i>	167
Metamorphosen	189
Alleinwohnen als Lebensform von Frauen <i>Ulrike Martiny</i>	205
Von der privaten Selbsthilfe zum FrauenStadtteilprojekt <i>Barbara Martwich</i>	
Architektinnen in der DDR <i>Helga Wetzel</i>	

ISBN 3-922981-61-5
WOHNBUND e. V.
6000 Frankfurt Main 1, Humboldtstraße 79

(C) 1991

Verlag für wissenschaftliche Publikationen
6100 Darmstadt, Ploenniesstraße 18

Umschlaggrafik
Druck
Copyright
Martina Ebert
direkt-druck, Darmstadt
für Fotos und Abbildungen liegt bei den Autorinnen

**FrauenPläne
Stadtbau, sozialer Wandel und Fraueninteressen**

Barbara Martwich (Hrsg.)

Vorwort

Politiken der Stadterneuerung

Frauen zwischen privater Teilhabe und politischer Ausgrenzung aus der Öffentlichkeit der Städte
Ulrike Martiny, Barbara Martwich

Bundesbaugesetze verstehen und anwenden
Cornelia Thömmes

Chancen für eine andere Stadterneuerung

Frauen erneuern Hamburg, Lübeck und Dresden
Helga Rake

Mieterberatungsgesellschaften - ein Modell für die "Westliche Innere Stadt" Hamburgs
Beata Huke-Schubert

Modernisierung von Gründerzeithäusern - Analysen, Konzepte und DDR-Realität
Grete Becker

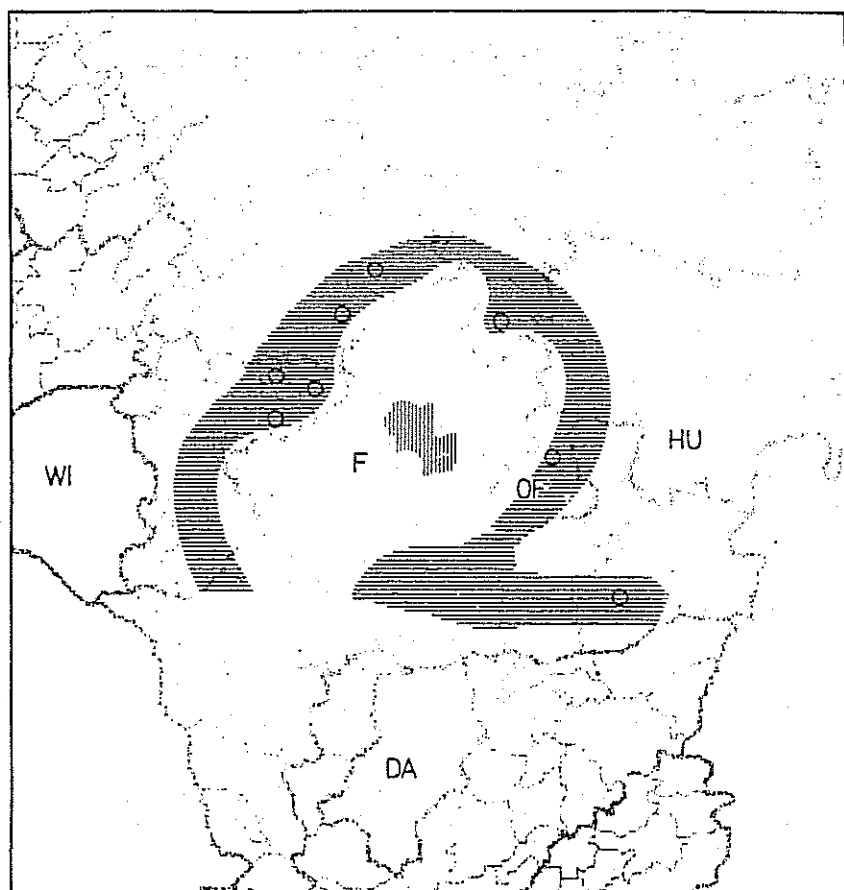
Behutsame Stadterneuerung in der Dresdner "Äußere Neustadt"?
Gabriele Bernhardt

Meine Erfahrungen mit der Stadterneuerung in Hamburg - ein Erfahrungsbericht und zugleich ein Diskussionsbeitrag zu Dresden
Marianne Säuer

111

KLAUS BRAKE

Dienstleistungen
UND
RÄUMLICHE ENTWICKLUNG
FRANKFURT
STRUKTURVERÄNDERUNGEN
IN STADT UND REGION



Mit der Untersuchung von Entwicklungen

- der Wirtschaftsstruktur,
- der mikrostandörtlichen Nutzungsstruktur und
- von sozialer Segregation

zwischen 1970 und 1987 wird den Fragen nachgegangen:

- Inwieweit entwickelt sich Frankfurt als Standort eines ganz spezifischen Segments nicht-haushaltsorientierter Dienstleistungen? Und zwar: inwieweit "eigenständig", d.h. nicht bloß als eine Bedingung regionalen Bedarfs?
- Inwieweit ist die "Natur" der aktuellen Dienstleistungs-Wirtschaft in Frankfurt durchaus spezifisch differenziert, was ihre Aktionsformen angeht damit auch und ihre Erwartungen an die Standort-Qualitäten?
- Inwieweit wird die dynamisch sich darstellende Stadtentwicklung Frankfurts geprägt von Polarisierung, insbesondere der räumlichen Nutzungsstruktur?

Zu den wesentlichen Ergebnissen dieser Fallstudie zählen:

- das spezifische - weltmarktorientierte/unternehmensberaternde - Dienstleistungs-Profil, das der "Motor" der Entwicklung in Frankfurt aufweist, und
- die Unterschiede, mit denen Teilbereiche von Dienstleistungen ins Zentrum der Stadt bzw. zur Peripherie der Region tendieren.

Deutlich werden spezifische Begleitumstände einer solchen Tertiarisierung: sie liegen ebenso im Bereich einer Tendenz zu stadtstruktureller Desintegration wie in den Möglichkeiten eines differenzierten städtebaulichen Umgangs mit dem Potential unternehmensberatender Dienstleistungen.

1991 - 169 Seiten / 33 Abbildungen

DIN-A 4 vervielfältigte Eigenpublikation im Direktbezug

Universität Oldenburg, FB 3, Postfach 25 03, 2900 Oldenburg

INHALTSÜBERSICHT

TEXT		
1.	Frankfurt als Thema	
2.	zum Wirtschaftsstrukturwandel in Frankfurt und Umland	
2.1	Entwicklung in Frankfurt (Stadt)	
2.1.1	Veränderungen im Überblick	
2.1.2	der Teil-Zeitraum 1970-1987	
2.1.3	der Tertiarisierungs-Schub ab 1977	
2.2	das Gebiet des Umlandverbandes (UVF) insgesamt	
2.2.1	Veränderungen im Überblick	
2.2.2	Besonderheiten	
2.3	inner-regionale Differenzierung des Strukturwandels 1970/1987: Unterschiede Stadt/Umland	
2.4	Präzisierungen für Frankfurt	
2.4.1	Tertiarisierung	
2.4.2	qualitative Differenzierung	
2.4.3	Entwicklungs-"Motor"	
3.	das Frankfurt-Profil	
3.1	spezifische Tertiarisierung	
3.1.1	die Industrie in Frankfurt	
3.1.2	Bedarf und Angebot unternehmensbezogener Dienstleistungen	
3.2	regionale Differenzierung	
3.2.1	Beschäftigten-Besatz	
3.2.2	Büro-Standorte	
3.2.2.1	expansive Tertiär-Standorte im Umland mit spezifischem Profil (1) der "regionale Ring", (2) weitere Standorte	
3.2.2.2	zentrumnahe Büro-Standorte	
3.2.3	Dienstleistungs-Segmente unterschiedlicher Kooperations-Intensität	
3.3	Dienstleistungen in Frankfurt	
3.3.1	der "motorische Bereich"	
3.3.1.1	Finanzwesen	
3.3.1.2	Versicherungen	
3.3.1.3	Wirtschaftsanwälte	
3.3.1.4	Unternehmensberatung	
3.3.1.5	Wirtschaftsprüfer	
3.3.1.6	Werbeagenturen	
3.3.2	ergänzende Dienstleistungs-Felder	
3.3.2.1	EDV-Dienste	
3.3.2.2	Verkehr/Nachrichtenübermittlung	
3.3.2.3	Organisationen ohne Erwerbzzweck	
3.3.3	weltmarktstrategische Profilierung	
3.4	zentrumbildender Komplex unternehmensberatender Dienstleistungen	
3.4.1	strategische Unternehmensberatung als Komplex	
3.4.2	der Gesamt-Standort	
3.4.2.1	die Messe	
3.4.2.2	Flughafen Rhein/Main	
3.4.3	Resümee	
4.	"neue City" - und: städtische Peripherie?	
4.1	Arbeits-Standorte	
4.1.1	"Adressen"	
4.1.2	Arbeitsstätten-Verteilung	
4.2	Büroflächen-Konzentration	
4.2.1	Bautätigkeit	
4.2.2	Büroflächen-Markt	
4.2.3	weitere Projekte	
4.2.4	Schwerpunkte zusätzlicher Büro-Bautätigkeit	
4.3	Wohnstandorte	
4.3.1	Veränderungen in der Verteilung der Wohnbevölkerung innerhalb des Stadtgebietes	
4.3.2	neue soziastrukturelle Segregations-Muster	
4.3.2.1	Lebensunterhalt	
4.3.2.2	Stellung in der Erwerbsarbeit	
4.3.2.3	Haushaltsstruktur	
4.3.2.4	Wohnsituation	
4.3.3	Gebiete "sozialer Benachteiligung" in Frankfurt	
4.4	Entwicklungs-Zone: konzentriert und polarisierend	
4.4.1	Büro-Konzentration in neuer Mischung	
4.4.2	Versorgung/Kultur	
4.4.3	Verkehr	
4.4.3.1	äußere Erschließung	
4.4.3.2	innere Erschließung	
4.4.4	Konzentration und Polarisierung	
5.	veränderte Nutzungsstruktur	
5.1	zur "Natur" des Entwicklungs-Motors	
5.2	"Auseinander-Setzung" der Region	
5.3	planungspolitischer Umgang	
ANHANG		
A.	Abbildungen	
B.	Exkurse	
	1. Firmen aus dem tertiären Sektor in ausgewählten Umland-Gemeinden	
	2. Besatz peripherer Bürogebiete in Frankfurt	
	3. neue Büroflächen-Bauprojekte in Frankfurt	
C.	Quellen	

Auszug aus den "Schnellinformationen" der BFLR über neu erworbene Literatur für die Bibliothek

- SEAB Schön, Karl Peter (Hrsg.)
KORP Univ. Bielefeld, Fakultät für Soziologie (Hrsg.); Univ. Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Praxisschwerpunkt "Regional- und Raumplanung" (Hrsg., Verantst.)
TITL Stadtentwicklung und technologische Innovation. Referate des 6. Theorie-Praxis-Forums, 26.10.-23.11.1988.
IMPR Bielefeld 1990. 11, 79 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. =Arbeitsber.u.Forschungsmater. Nr.53/Arbeitsber. "Regional-u.Raumplanung". H.12
SACH Stadtentwicklung, Technologie, Strukturpolitik, Telematik, Innovation, Raumentwicklung, Telekommunikation, Technische Infrastruktur, Produktionsfaktor
SIGN BfLR; C 20 531
- BEAB Becker, Heidede; Knopf, Christa (Mitarb.)
KORP Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin (Hrsg.)
TITL Neubauerneuerung, Vom Rückbau zur Nachverdichtung. Zus. dt.
IMPR Berlin 1990. 204 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Wohnungsversorgung, Regional, Wohnsiedlung, Neuer Stadtteil, Trabantenstadt, Gebäudealter, Neubau, Stadterneuerung, Wohnungswirtschaft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 20 702
- BEAB Böltken, Ferdinand (Red.); Irmen, Eleonore (Red.)
TITL Aktuelle Daten und Prognosen zur räumlichen Entwicklung. Städte u. Stadtregionen im Vergleich. Themenheft.
IMPR In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1989)H.11/12, S.811-998, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Stadt, Stadtregion, Verdichtungsraum, Regionalanalyse, Stadtentwicklung, Stadtteil, Regionale Disparität, Zukunft, Informationssystem
REGI Bundesrepublik Deutschland, DDR
SIGN BfLR; Z 703
- BEAB Dierkes, Meinolf, (Hrsg.); Zimmermann, Klaus (Hrsg.)
KORP Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (Hrsg.)
TITL Wirtschaftsstandort Bundesrepublik. Leistungsfähigkeit u. Zukunftsperspektiven. Beiträge zum 15. Politischen Vorstandsseminar der Versicherungswirtschaft, Frankfurt am Main, 31.Jan.-1.Febr.1989.
IMPR Frankfurt/M.: Campus Verl. 1990. 157 S., Lit.
SACH Standort, Wirtschaft, Wirtschaftsentwicklung, Standortfaktor, Wettbewerb, International, EG-Binnenmarkt, Technologie, Unternehmenspolitik, Gewerkschaft, Wirtschaftspolitik, Zukunft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; A 10 992
- BEAB Biotevogel, Hans Heinrich; Dohms, Norbert; Graef, Andreas; Schickhoff, Irmgard
KORP Univ. -GH- Duisburg, Seminar für Geographie (Hrsg.); Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Auftr.)
TITL Zentralörtliche Gliederung und Städtesystementwicklung in Nordrhein-Westfalen. Zus. dt.
IMPR Dortmund: Dortmunder Vertrieb f.Bau-u.Planungslit. 1990. ca. 257 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Duisburger geogr. Arb. Bd.7
SACH Zentralität, Zentraler Ort, Zentrale-Orte-Theorie, Landesplanung, Raumplanungsziel, Siedlungsstruktur, Siedlungsentwicklung, Regional, Stadt, Funktionsraum
REGI Nordrhein-Westfalen
SIGN BfLR; X 502/7
- KORP Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg., Verantst.)
TITL Stadtforschung in Ost und West. Perspektiven u. Möglichkeiten der Kooperation der großen Zentren in Europa. Kolloquium am 29./30.Jan 1990 in Berlin.
IMPR Hannover 1990. X, 199 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr. Akad.f.Raumforsch. u.Landesplanung. 115
SACH Stadtforschung, Großstadt, Millionenstadt, Stadtregion, Zentralität, Strukturpolitik, Forschungspolitik, Umweltpolitik, Technologiepolitik, Grenzüberschreitend
REGI Europa/West, Europa/Ost
SIGN BfLR; B 11 604
- BEAB Hauser, Richard; Semrau, Peter
KORP Univ. Frankfurt/Main-Univ. Mannheim, Sonderforschungsbereich 3 - Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik (Hrsg.)
TITL Trends in poverty and low income in the Federal Republic of Germany. Zus. dt.; engl.
IMPR Frankfurt/M. 1989. 37 S., Abb.; Tab.; Lit.=Working Pap. Sonderforschungsbereich 3,Univ.Frankfurt/Univ.Mannheim. Nr.306
SACH Armut, Sozialhilfe, Sozialstatistik
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 20 699
- BEAB Zeller, Peter (Hrsg.)
KORP TH Zürich (Hrsg.); Univ. Zürich (Hrsg.)
TITL Stadt der Zukunft.
IMPR Zürich: Verl.d.Fachvereine 1990. 279 S., Abb.; Tab.; Lit.=Zürcher Hochschulforum. Bd.17
SACH Stadt, Zukunft, Stadtökologie, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung, Gesundheit, Kind, Kultur, Energie, Kriminalität
REGI Schweiz
SIGN BfLR; A 11 147
- BEAB Kuttler, Wilhelm (Hrsg.)
KORP Deutsche Gesellschaft für Ökologie, Göttingen(Hrsg., Auftr.)
TITL Ökologische Auswirkungen von Ballungsräumen. 18. Jahrestagung vom 25.9. bis 1.10.1988 in Essen.
IMPR Göttingen 1989. 920 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=verh. Gesell.f.Ökol. Bd.18
SACH Ökologie, Landschaftsökologie, Stadtökologie, Umweltbelastung, Umweltplanung, Verdichtungsraum, Umweltforschung
SIGN BfLR; B 11 518
- KORP Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Bonn (Hrsg., Verantst.)
TITL Kommunale Wohnungspolitik - ein Neubeginn. Kommunales Akademiegespräch am 14./15. Sept. 1989 in der Bildungsstätte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berneustadt.
IMPR Bonn: Vorwärts Verl. 1989. 93 S., Abb.; Lit.=Demokr.Gemeinde. S.-Nr.
SACH Wohnungspolitik, Regional, Gemeinde, Zielanalyse, Wohnungsversorgung, Wohnungsbauunternehmen, Sozialer Wohnungsbau
REGI Bremen, Frankfurt am Main, HESS, Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; C 20 566
- BEAB Kramer, Peter; Scholland, Reinhard
TITL Entwicklung der Wohnungsnachfrage in Ballungsgebieten.
IMPR In: Langfristige Kred.; Frankfurt/M. 41(1990)H.4, S.104-109, Abb.; Lit.
SACH Wohnungsversorgung, Regional, Verdichtungsraum, Wohnungsmarkt, Wohnungspolitik, Wohnungsbau
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; Z 517
- KORP Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Bearb., Verantst.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr., Verantst.)
TITL Städtebauliche Forschungsaufgaben in den 90er Jahren. Dokumentation eines wissenschaftlichen Seminars am 26./27. Okt. 1989 in Bonn.
IMPR Bonn 1990. 223 S., Kt.; Lit.=Schriftenr."Forsch."d.Bundesminist.f.Raumordn., Bauwes.u.Städtebau. H.479
SACH Stadtplanung, Städtebaupolitik, Stadtforschung, Raumforschung, Forschungspolitik, Stadtentwicklung, Zukunft
REGI Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 562
- TITL Paris, capitale mujuscule. Schwerpunktthema.
IMPR In: Urbanismes, Paris 231/232(1989), S.22-103, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
SACH Hauptstadt, Millionenstadt, Stadtentwicklung, Architektur, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Regional, Wohnungsversorgung, Stadterneuerung, Arbeitsmarkt, Gewerbegebiet
REGI Paris, Frankreich
SIGN BfLR; Z 2413
- BEAB Schwinges, Ulrich; Kiehl, Klaus
KORP Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung e.V., Hamburg (Hrsg.)
TITL Die Eingliederung von Aussiedlern. Eine empirische Untersuchung in Hamburg. Zus.dt.
IMPR Hamburg 1989. 124 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Aussiedler, Großstadt, Herkunftsgebiet, Volksgruppe, Wertvorstellung, Sozialbeziehung, Arbeitslose, Beruf, Empirische Sozialwissenschaft, Sozialpolitik, Regional
REGI Hamburg
SIGN BfLR; C 20 512
- BEAB Schön, Karl Peter
TITL Disparitäten der sozialen Infrastruktur in der Stadt. Determinanten ihrer Entstehung u. Entwicklung. Zus. dt.
IMPR Frankfurt/M.: Lang 1990. 148 S., Abb.; Tab.; Lit. Soz. Diss.; Bielefeld 1987=Eur.Hochschulschr., R.22 Bd.201
SACH Sozialinfrastruktur, Regional, Stadtteil, Sozialökologie, Infrastrukturpolitik, Versorgung, Verteilung, Modell
SIGN BfLR; A 11 116
- BEAB Wortmann, Wilhelm (Hrsg.)
KORP Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel (Hrsg.)
TITL Deutsche Städtgründungen der Neuzeit.
IMPR Wiesbaden: Harrassowitz 1989. 216 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Wolfenbütteler Forsch. Bd.44
SACH Stadtgeschichte, Stadtplanung, Hafenstadt, Stadtentwicklung
REGI Deutschland, Bundesrepublik Deutschland
SIGN BfLR; B 11 522
- BEAB Wolf Christof
KORP Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung e.V., Hamburg (Hrsg.)
TITL Die Hamburger Innenstadt: Ihre Benutzung und Bewertung. Eine empirische Analyse sozialräumlicher Differenzierung. Zus. dt.
IMPR Hamburg 1988. 116 S., Abb.; Tab.; Lit.
SACH Sozialökologie, Innenstadt, City, Flächennutzung, Regional, Umweltpsychologie, Aktionsraum, Verhalten, Raumtheorie, Befragung
REGI Hamburg
SIGN BfLR; C 20 513
- BEAB Steiner, Michael
TITL Regionale Ungleichheit, Zus. dt.
IMPR Köln: Böckau 1990. 258 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg. Soz.Habil.; Graz 1988=Stud.zu Polit.u.Verwalt. Bd.32
SACH Regionale Disparität, Raumwirtschaftstheorie, Ursachenanalyse, Standortfaktor, Produktionsfaktor, Wirtschaftsentwicklung, Region, Typisierung, Indikator
REGI Österreich
SIGN BfLR; B 11 630
- BEAB Eckey, Hans-Friedrich; Josef, Matthias; Seifert, Peter
KORP Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (Hrsg.)
TITL Abgrenzung und interne Unterteilung von Agglomerationsräumen, dargestellt am Beispiel des Ruhrgebietes.
IMPR Hannover 1989. VII, 283 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Einzerveröff. Akad.f. Raumforsch.u.Landesplanung. 154; Arbeitsmater.
SACH Verdichtungsraum, Abgrenzung, Raumgliederung, Indikator, Faktorenanalyse, Clusteranalyse, Diskriminanzanalyse, Varianzanalyse
REGI Ruhrgebiet, NRW
SIGN BfLR; C 20 586
- BEAB Janßen, Michael
KORP TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung (Hrsg.)
TITL Städtebau und Identität.
IMPR Berlin 1988. ca. 109 S., Abb.; Tab.; Lit.=ISR Diskussionsbeitr. Nr.23
SACH Stadtplanung, Architektur, Regionalismus, Wohnwert, Stadtentwicklung, Stadtteil, Befragung
REGI Berlin-Tiergarten, BLN
SIGN BfLR; C 20 614
- BEAB Pfau, Wilfried (Proj.-Ltg.)
KORP Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur, Berlin/Ost (Hrsg.); Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft, Berlin/Ost (Auftr.)
TITL Stadtentwicklung in der DDR. Zustand, Probleme u. Erfordernisse
IMPR Berlin/Ost 1990. ca. 60 S., Kt., Abb.; Tab.; Lit.=Stadtentwicl. Inst.f. Städtebau u.Archit.
SACH Stadtentwicklung, Bestandsaufnahme, Siedlungsstruktur, Infrastruktur, Stadtstruktur, Innenstadt, Wohnen, Arbeitsplatz, Stadtökologie, Stadtplanung
REGI DDR
SIGN BfLR; C 20 885
- BEAB Zapf, Katrin (Bearb.); Krämer, Stefan (Bearb.); Ebbing, Burkhard (Mitarb.); Hörnle, Andrea (Mitarb.); Bender, Stefan (Mitarb.); Blattert, Barbara (Mitarb.); Gerstner, Petra (Mitarb.); Kress, Anne (Mitarb.); Raupp, Birgit (Mitarb.)
KORP Univ. Mannheim, Institut für Sozialwissenschaften (Bearb.); Univ. Mannheim, Lehrstuhl für Methoden der Empirischen Sozialforschung und Angewandte Soziologie (Bearb.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Hrsg., Auftr.)
TITL Die Bedeutung des innerstädtischen Funktionswandels und der Stadterneuerung für die Zukunft der Innenstädte. Pilotstudie Mannheim.
IMPR Bonn 1990. VII, 175 S., Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr. "Forsch."d.Bundesminist.f.Raumordn., Bauwes.u.Städtebau H.478
SACH Innenstadt, Stadtentwicklung, Städtebaupolitik, Stadterneuerung, Wohnstandort, Wohnungsbau, Investition, Neubau, Altbau, Befragung, Wohnwert
REGI Mannheim, BADW
SIGN BfLR; B 11 577

- BEAB Teuteberg, Hans-Jürgen (Red.); Schütter, Christoph (Red.)
 KORP Univ. Münster, Sonderforschungsbereich 164 - Vergleichende Geschichtliche Städteforschung (Hrsg.)
 TITL Vergleichende geschichtliche Städteforschung. Annotierte Gesamtbibliographie 1976-1988.
 IMPR Münster 1989. 242 S., Tab.; Lit.; Reg.
 SACH Literaturdokumentation, Stadtforschung, Geschichte, Stadtsoziologie, Sozialökologie, Stadtgeschichte
 SIGN BfLR; A 11 018
- BEAB Adams, Heinz W. (Hrsg.)
 KORP Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (Hrsg.)
 TITL Europa 1992. Strategie, Struktur, Ressourcen.
 IMPR Frankfurt/M. 1989. 426 S., Abb.; Tab.; Lit.=Frankf.Ztg. Blick durch d. Wirtsch.
 SACH EG-Binnenmarkt, Unternehmen, Unternehmenspolitik, Wettbewerb, International
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; B 11 578
- BEAB Zellmer, Astrid (Bearb., Proj.-Ltd.)
 KORP Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e.V., Institut für Städtebau Berlin (Hrsg., Verant.)
 TITL Europäischer Binnenmarkt - Frankfurt. Tagungsdokumentation: Städtebau u. Wirtschaft - Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt 1992. Frankfurt am Main, 14.-16. Juni 1989. Dokumentation des 255.Kurses.
 IMPR Berlin 1989. 126 S., Abb.; Tab.; Lit.=Inst.f.Städtebau Berlin d.Dt.Akad.f. Städtebau u.Landesplanung. 46
 SACH EG-Binnenmarkt, Wirtschaftsentwicklung, Regionalentwicklung, Stadtentwicklung, Stadtplanung, Bauwirtschaft, Immobilienmarkt, Messe, Kreditunternehmen, Kapitalmarkt
 REGI Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main, HESS
 SIGN BfLR; C 20 746
- BEAB Ewers, Hans-Jürgen (Hrsg.); Allesch, Jürgen (Hrsg.)
 KORP International Conference on Innovation and Regional Development/5, 1988, Berlin (Verant.)
 TITL Innovation and regional development. Strategies, instruments and policy coordination. Proceedings.
 IMPR Berlin: de Gruyter 1990. IX, 346 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Innovation, Regionale Disparität, Regionale Wirtschaftspolitik, Telematik, Regionalwissenschaft, Regionalentwicklung
 SIGN BfLR; B 11 603
- BEAB Henrichsmeyer, Wilhelm; Britz, Wolfgang; Rau, Thomas
 TITL Kultur als Wirtschaftsfaktor, dargestellt am Beispiel der Bonner Oper, Zus.dt. Witterschlick: Wehle 1989. 65 S., Tab.; Lit.
 IMPR Kultur, Regional, Theater, Öffentliche Ausgaben, Gemeindeausgaben, Kommunalwirtschaft, Wirtschaftsentwicklung, Öffentlichkeit, Bevölkerungsstruktur, Befragung
 SACH Bonn, NRW
 REGI Bonn, NRW
 SIGN BfLR; A 11 066
- BEAB Ernste, Huib (Hrsg.); Jaeger, Carlo (Hrsg.)
 TITL Information society and spatial structure.
 IMPR London: Belhaven Press 1989. XIII, 191 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
 SACH Telematik, Telekommunikation, EDV, Raumstruktur, Regionalentwicklung, Raumwirtschaftstheorie
 SIGN BfLR; B 11 575
- BEAB Klaassen, Leo H. (Hrsg.); Berg, Leo van den (Hrsg.); Meer, Jan van der (Hrsg.)
 KORP Erasmus Univ. of Rotterdam, European Institute for Comparative Urban Research (Förd.)
 TITL The city: Engine behind economic recovery.
 IMPR Aldershot: Avebury 1989. XI, 237 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Stadtökonomie, Immobilienmarkt
 SIGN BfLR; B 11 591
- TITL Quo vadis Wien. Themenheft
 IMPR In: Perspektiven, Wien (1990)H1/2, 100 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Stadtplanung, Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Stadtgestaltung, Stadtökologie, Großstadt, Regionalplanung
 REGI Wien, Österreich
 SIGN BfLR; Z 2384
- BEAB Sieverts, Thomas (Hrsg.)
 KORP TH Darmstadt, Fachbereich Architektur, Fachgruppe Stadt (Hrsg., Verant.); Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn (Verant.); Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn (Verant.); TH Darmstadt, Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung (Verant.)
 TITL Perspektiven künftiger Siedlungsentwicklung. Neue Siedlungsstrukturen als ökologische Chance? Städtebauliches Kolloquium u. Expertengespräch am 7. u. 8. Nov. 1989.
 IMPR Darmstadt 1989. 158 S., Abb.; Tab.; Lit.=THD Schriftenr.Wiss.u.Tech. Bd.50
 SACH Siedlungsentwicklung, Zukunft, Sozialwandel, Flächenverbrauch, Landschaftsökologie, Stadtökologie, Infrastruktur, Städtebauziel, Städtebaurecht
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; B 11 619
- KORP Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hrsg.)
 TITL Familien heute. Strukturen, Verläufe u. Einstellungen. Ausg. 1990.
 IMPR Stuttgart. Metzler-Poeschel 1990. 282 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.
 SACH Familien, Bevölkerungsbewegung, Kind, Erwerbspersonen, Berufsausbildung, Einkommen, Lebenshaltung, Sozialstruktur, Sozialwandel, Bevölkerungsstatistik
 REGI Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; B 11 565
- BEAB Alemann, Ulrich von (Hrsg.); Heinze, Rolf G. (Hrsg.); Hombach, Bodo (Hrsg.)
 TITL Die Kraft der Region: Nordrhein-Westfalen in Europa.
 IMPR Bonn: Dietz 1990. 651 S., Abb.; Tab.; Lit.
 SACH Bundesland, Region, Föderalismus, EG, EG-Binnenmarkt, Wettbewerb, Wirtschaftspolitik, Regionalpolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Energiepolitik, International
 REGI Nordrhein-Westfalen, Bundesrepublik Deutschland, EG-Staaten
 SIGN BfLR; A 11 068
- BEAB Haasis, Hans-Arthur
 KORP Verein zur Erforschung Gesellschaftlicher Entwicklungen (Auftr.)
 TITL Industriestädte im Wandel: Der Fall Mannheim.
 IMPR Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1990. 112 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Stud.z.gesellschaftl.Entwickl. Bd.2
 SACH Industriesiedlung, Strukturwandel, Stadtentwicklung, Stadtregion, Regionale Disparität
 REGI Mannheim, Rhein-Neckar-Gebiet, BADW, Bundesrepublik Deutschland
 SIGN BfLR; B 11 501

Ausgewählte Veröffentlichungen
 aus der Bundesforschungsanstalt
 für Landeskunde und Raumordnung

Informationen zur
 Raumentwicklung

Experimenteller Wohnungs- und Städtebau
 Anwendungsbezogene Forschung und praxis-
 orientierte Politikberatung
 Heft 10/11.1990, DM 14,--

Beiträge zur räumlichen Umweltforschung
 Heft 12.1990, DM 7,--

Forschungen zur
 Raumentwicklung

H.-P. Gatzweiler / E. Irmen / H. Janich
 Regionale Infrastrukturausstattung
 Band 20, DM 38,--

Seminare - Symposien -
 Arbeitspapiere

Stadterneuerung: Probleme - Perspektiven - Ziele
 Dokumentation des 5. Polnisch-tschechoslowakisch-
 deutschen Symposiums zur Stadt- und Regional-
 soziologie
 Heft 37, DM 24,--

Materialien zur
 Raumentwicklung

Frauen und räumliche Planung
 Heft 38, DM 14,--
 Raumordnung in Deutschland, Teil 1:
 Konzepte, Instrumente und Organisation
 der Raumordnung
 Heft 39, DM 24,--

Raumordnung in Deutschland, Teil 2:
 Aufgaben und Lösungsansätze
 Heft 40, DM 24,--

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel zu beziehen oder beim
 Selbstverlag der BfLR, Postfach 20 01 30, 5300 Bonn 2